

trag gegeben wurden. Und im Zuge einer internen Grenzlandenquête unserer Partei wurden dann die Ergebnisse zusammengefaßt und in Form eines Antrages vor der Sommerpause hier in den Landtag eingebracht. Die Forderungen lauten im einzelnen: Erstens Gründung eines Entwicklungsverbandes Steirisches Grenzland; zweitens Förderung dieses Entwicklungsverbandes durch Bund und Land; drittens Besetzung des Verbandes durch fachlich ausgebildete und regionalbezogene Betreuer; viertens Anpassung der 100.000-Schilling-Aktion auf die Gegebenheiten des Grenzlandes; fünftens Förderung von Initiativen, die die Ressourcen des Grenzlandes in einer Aktion durch Bund und Land nutzen; sechstens Förderung von Projekten der Veredelung und der Direktvermarktung; siebentens Förderung von Fremdenverkehrsaktionen, die den Gegebenheiten des Grenzlandes entsprechen, wie zum Beispiel Ausbau des Thermengürtels, eventuell Naturpark, Weinland; und schließlich achtens Gründung eines Komitees, bestehend aus Mitgliedern der Landesregierung und allen Abgeordneten aus den Grenzbezirken, das bis zum Ende der Frühjahrssession 1984 über die von uns geforderten Maßnahmen in Beschlüssen zu berichten hat. Ein Teil der Forderungen könnte im Rahmen der 15a-Vereinbarung abgehandelt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wirtschaftsförderung sehen wir als notwendiges Instrument, mit dem Ziel, jene Nachteile zu beseitigen, die die Wirtschaft selbst weder verursacht hat noch selbst aus eigener Kraft in der Lage ist, völlig auszugleichen. Wenn ich die Rede des Herrn Kollegen Ing. Stoisser aufmerksam verfolgt habe, so hat er das Übel, das er – seit acht Jahren bin ich jetzt da – immer wieder an erster Stelle nennt, so definiert: „Es liegt im wesentlichen an der Kapitaldecke, alles andere kann man vergessen.“ (Abg. Ing. Stoisser: „Das hat gerade Prensberger bestätigt!“) Darf ich, Herr Kollege Ing. Stoisser, aus einem unverdächtigen Papier, nämlich einer Analyse des Kreditschutzverbandes von 1870, Ihnen ganz kurz ein paar Ergänzungen liefern. Ich nehme zwar an, daß Sie das kennen, aber ich möchte es doch geraderücken. Übrigens, für das Protokoll: Mein Name ist Kohlhammer, nicht Kohlmeier. Privat macht es mir nichts aus, aber für das Protokoll nur die Richtigstellung. (Abg. Ing. Stoisser: „Der ist dir lieber, deshalb!“ – Landesrat Dr. Heidinger: „Der hielt aber keine solche Rede!“)

Ich darf feststellen, daß wir bei der Aufteilung der Insolvenzen, in den absoluten Zahlen, in der Steiermark an dritter Stelle stehen und diese hauptsächlich in der Bauwirtschaft, Textilwirtschaft, im Maschinen- und Metallbereich passieren.

Wenn ich mir hier – ich mache es mir nicht so einfach, jetzt die Statistik vorzulesen – die Verteilung zwischen kleineren und größeren Betrieben anschau, die durchaus gleichmäßig verläuft. Ich meine, zahlenmäßig überwiegen bei weitem die kleinen, aber bekanntlich gibt es auch viel mehr kleine, aber hier ist es durchaus ausgeglichen, bitte. Und der besondere Hinweis: Vor allem junge Unternehmen seien betroffen. Also nicht jene, die sich keine Kapitaldecke bilden konnten, sondern die, die von vornherein keine mitbringen, und hier müßten uns eben jetzt Möglichkeiten einfallen, diese Entwicklung – (Abg. Ing. Stoisser:

„Wir haben keine – stimmt, was Sie sagen!“) – Nein, es wird immer von der Bildung der Kapitaldecke gesprochen, und ich rede davon – (Landesrat Dr. Heidinger: „Das ist ja bei der Steuergesetzgebung legal nicht möglich, lieber Freund!“) Herr Landesrat, ich möchte gerne einbringen, daß ich mit dafür eintrete, daß Möglichkeiten entwickelt werden, daß junge Unternehmen Starthilfen in der Form erhalten, daß sie überleben können. Aber Sie können nicht erwarten – das ist unlogisch –, daß sie sich schon zu Beginn eines Unternehmens selbst eine Eigenkapitaldecke gebildet haben können. Das ist einfach technisch nicht möglich. Und hier können wir nicht aneinander vorbeireden. (Abg. Dr. Dorfer: „Anträge auf Förderung von Jungunternehmern wurden immer voll abgelehnt, weil Androsch eine andere Ansicht hatte!“) Es könnten ja solche Gründungen in dem Maß sonst gar nicht stattfinden.

Über die Statistik der Ursachen jetzt noch, Herr Kollege: Hier ist der Kapitalmangel ausgewiesen. Es gibt eine ganze Liste. Es ist einfach zu langwierig, das jetzt vorzulesen. Aber bitte, Fahrlässigkeit: 16 Prozent, wenn ich schon zusammenfasse. Wenn die Studie interessiert, wir können sie ja verteilen. Fehler anderer Verlustquellen, zum Beispiel Insolvenz von Abnehmern oder geänderte Marktlage, ausländische beziehungsweise inländische Konkurrenzsituationen: 16 Prozent, Ausfall von Lieferanten und so weiter. Insgesamt wieder außerbetriebliche Gründe: 26 Prozent. Innerbetrieblicher Bereich, bitte, Fehlen des unbedingt notwendigen kaufmännischen Weitblickes, der rationalen Planung bei Funktionsänderungen, Absatzschwierigkeiten, Kalkulationsfehler, mangelnde Beobachtung der Vorkommnisse in der Wirtschaft und so weiter: 42 Prozent der Fälle, bitte. (Abg. Ing. Stoisser: „Das bestreite ich nicht!“) Eine ganz neutrale Erhebung. (Abg. Ing. Stoisser: „Das bestreite ich nicht!“) Wenn man einen dicken Kapitalpolster hätte, könnte man das besser!“) Dann könnten wir das ein bißchen besser kaschieren, das ist richtig. Dann könnten wir Fehler in der Wirtschaft, im Management besser kaschieren, das ist richtig.

Kapitalmangel ist hier auch mit einem beachtlichen Prozentsatz von 29 Prozent angeführt. Aber bitte, eben nur – wenn man so will – 29 Prozent. Und Sie haben recht, man könnte – wie gesagt – Managementfehler durchaus besser kaschieren, wenn die Eigenkapitaldecke etwas größer wäre. (Abg. Ing. Stoisser: „Jeder Mensch macht Fehler, auch der Unternehmer!“) Richtig, das gebe ich gerne zu! Nur, wenn wir – Herr Kollege – das Geld brauchen, um Wirtschaftsförderungsmaßnahmen einzuleiten – und das ist eben der Teufelskreis, mir gefällt nur nicht, daß das hier so destruktiv dargestellt wird, sondern ich kämpfe dafür, daß es noch mehr und verfeinerte Methoden der Wirtschaftsförderung gibt, weil nur so können sie gerecht sein. Nur so können wir, bitte, aus dem Grenzland überhaupt erwarten, daß die wirtschaftlichen Nachteile ausgeglichen werden können. Wenn ich vorher diese Stehformel gebraucht habe, daß eine Wirtschaftsförderung nur das Ziel haben kann, nicht selbstverschuldete Kriterien beziehungsweise Schwierigkeiten zu beseitigen oder ausgleichen zu helfen, dann muß ich ja dafür das Geld irgendwo hernehmen, um es dort hinzugeben, um ausgleichend zu wirken.

Sonst kann das doch, bitte, nicht funktionieren. Das ist eine Milchmädchenrechnung. Und alles andere, was hier passiert – (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist richtig, das sind wir einer Meinung!“) –, ist ein sehr altes Lied, das Sie wahrscheinlich bei Versammlungen eben gut verwenden, indem Sie dem armen Unternehmer einreden, daß die böse Bundesregierung schuld ist, daß es uns allen so schlecht geht.

Wenn Sie auf die Gesetzeslage Bezug genommen haben, Herr Kollege, auch dazu ein Wort: Ich bin mit Ihnen grundsätzlich der Meinung, daß das ein Problem wird und daß wir danach trachten sollen, das zu ändern. Nur, bitte schön, jene Unternehmer, die das nicht können, haben immer noch die Möglichkeit, Arbeitnehmer dafür einzustellen, die sich auskennen und ihnen die Gesetzeslage interpretieren.

Unserer Meinung nach liegen die Chancen des Grenzlandes in erster Linie in einem Mehr an Selbstbewußtsein. Wir haben – wie ich schon gesagt habe – eine Reihe von Förderungsmöglichkeiten seitens des Bundes und des Landes. Wir sind auch bemüht, diese Förderungsmöglichkeiten auszuweiten, allerdings, meine Damen und Herren, müssen sie umgesetzt werden können, sie müssen greifen. Und hier haben wir tatsächlich den Umstand, daß sich allzuvielen Förderungswerber im Förderungsdickicht verirren, daß förderungswürdige Fälle keine Förderung erhalten, weil der nötige Servicecharakter nicht geboten wird. Die Förderungswerber werden in einer zu hohen Zahl als Bittsteller behandelt beziehungsweise fühlen sich so behandelt. Und ich kann Ihnen nur aus meinen Sprechtagserlebnissen und Interventionsfällen sagen, daß es leider so ist. Deshalb glauben wir, daß sehr wohl weitere Bemühungen stattfinden müssen, damit mehr Servicecharakter entsteht, und deshalb unser Vorschlag aus diesem Arbeitskreis, daß wir uns eben einen Grenzlandanwalt vom Bund finanzieren lassen – sozusagen als Vorleistung, wenn Sie wollen, für diesen Verband –, damit eben diese Stelle, diese Persönlichkeit – ich hoffe, es ist eine entsprechende – die Ressourcen aufgreift, die Möglichkeiten wahrnimmt und vor allem ergänzend Servicecharakter anbietet. Ich bestreite nicht, bitte, die Serviceleistungen der anderen Einrichtungen, aber hier passiert halt auch ein Umstand, den wir immer wieder vorgeworfen kriegen oder auch selbst vorwerfen in Richtung Zentrale Wien, daß alles zu sehr zentralistisch gesteuert ist. Das gilt auch schon, bitte, für die Steiermark. Hier passiert eben alles zentralistisch von Graz aus, nicht in Absicht, nehme ich an, sondern das ist eben so gewachsen. Wir glauben, daß wir diese Serviceleistung hinaustragen müssen, und haben deshalb entsprechende Vorschläge entwickelt.

Wir haben aus unserer Arbeitsgemeinschaft heraus unseren guten Kontakt zur Bundesregierung zu nützen versucht, haben ein Gespräch mit Staatssekretär Lacina geführt, der dafür zuständig ist, und den Eindruck gewonnen, daß wir durchaus in absehbarer Zeit konkrete Maßnahmen umsetzen könnten. Das wäre in erster Linie eben ein Grenzlandanwalt, oder wie immer Sie ihn bezeichnen wollen, als Servicestelle für Initiativen, das ist im weiteren Sinn als zweites eine Ausweitung der bestehenden Berggebietssonderaktion des Bundeskanzleramtes, möglichst auf das ganze Grenzgebiet, und schließlich drittens eine Ausweitung der

sogenannten 100.000-Schilling-Aktion auch für Maßnahmen im Bereich des Fremdenverkehrs. Staatssekretär Lacina hat uns seine Unterstützung zu diesen Punkten zugesagt. Wir haben das schriftlich bei Bundeskanzler Dr. Sinowatz deponiert und gleichzeitig Minister Dr. Salcher, der mit zustimmen muß, darum ersucht. Wir hoffen, daß diese direkten Bemühungen Erfolg haben werden, und ich möchte hinzufügen, daß diese Initiative natürlich jetzt den Bereich „Grenzland“ sieht, ich aber nicht bewußt ausschließen möchte, daß auch andere Regionen dazu einbezogen werden sollten, wie beispielsweise der Bezirk Murau (Abg. Ritzinger: „Schon bewilligt!“), wo sich der Kollege Ofner immer sehr darum bemüht, diese Aktionen auch für diesen Bereich geltend zu machen. Bei uns intern in der Fraktion – erlauben Sie mir – macht es mit Abstand intensiver der Kollege Ofner.

Bei dieser Gelegenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch kurz zu einem anderen Thema. Ich möchte meiner persönlichen Freude darüber Ausdruck verleihen, daß die Haushaltspost 7670 „Förderungsbeitrag an das Berufsförderungsinstitut“ angehoben wurde von 1,166.000 Schilling auf 3,107.000 Schilling. (Abg. Ing. Stoisser: „Eine wirklich gute Institution! Tut dreimal sowenig wie das WIFI und bekommt vom Bundeskanzleramt wahnsinnig viel!“) Ich weiß nicht, ob es am besseren Kontakt liegt. Ich würde zugestehen, daß das WIFI eine ausgesprochen gute Einrichtung ist, bin mit Ihnen der Meinung, daß hier mehr Förderungsmittel hingehören. Ich würde nur meinen, Sie sollten nur so negativ fragen, wofür hat das BFI das bekommen. (Abg. Ing. Stoisser: „Ich habe gesagt, daß es eine gute Institution ist! Wofür hat es das bekommen?“) Sie haben gerade gesagt, wofür hat sie es bekommen? Bitte, Herr Kollege Stoisser, wir sollen solid bleiben und gegenseitig die Bemühungen in der Erwachsenenbildung beziehungsweise für Weiterbildungsmaßnahmen anerkennen. Wir tun das jedenfalls in Ihre Richtung. Es ist etwas unseriös – würde ich meinen –, wenn Sie sich da nicht anschließen.

Mit diesen Schulungs- und Weiterbildungseinrichtungen wurde zum Beispiel bei uns im Bezirk Deutschlandsberg ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der Infrastruktur bezüglich Aus- und Weiterbildung gesetzt. Und ich möchte ausdrücklich anerkennen und danke sagen, daß auch Mittel des Landes für den Ausbau in Deutschlandsberg in der Höhe von 3 Millionen Schilling geleistet wurden. Das Sozialministerium leistete 7,5 Millionen Schilling, die Arbeiterkammer – hier möchte ich mich ausdrücklich beim Präsidenten bedanken – 2 Millionen Schilling. Hier möchte ich mich noch einmal beim Herrn Landesrat Dr. Heidinger bedanken, daß er sich auch bereiterklärt hat, wie sein Vorgänger, Schulungsmaßnahmen, im konkreten Fall Abiturientenkurse für Elektromechaniker und Schwachstrom- beziehungsweise für den Industrie-elektroniker für das WIFI in Fürstenfeld, aber auch in Deutschlandsberg zu fördern. Herzlichen Dank dafür! Ich glaube, daß die Mittel gut angewendet wurden. Wir sind besonders stolz darauf, daß sie zweckmäßig beziehungsweise sparsam eingesetzt wurden. Ich darf Sie alle, liebe Kollegen und Kolleginnen einladen, wenn es interessiert, sich das in Deutschlandsberg anzuschauen. Wir würden uns sehr über Ihren Besuch freuen. Herzlichen Dank! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten DDr. Steiner das Wort.

**Abg. DDr. Steiner:** Frau Präsident! Hohes Haus!

Herr Arbeiterkammerpräsident, ich möchte sagen, ich war ein aufmerksamer Zuhörer Ihrer Rede, und ich möchte sagen, daß ich es sehr begrüße, wenn etwa im obersteirischen Raum eine höhere technische Lehranstalt oder eine Fachschule für Möbelindustrie, für den Ausbau errichtet würde. Ich habe vom steirischen Schulentwicklungsplan gesprochen. Es wäre sinnvoll, Murau, ich könnte mir auch vorstellen Mariazell, wäre auch nicht unmöglich, hat keine höhere Schule, dieser Bezirk ist regional unterprivilegiert. (Abg. Ileschitz: „Zum Beispiel in Murau!“ – Abg. Ritzinger: „Würde mich freuen!“ – Abg. Schrammel: „Das ist Solidarität!“) Das wäre nicht schlecht, so etwas einzurichten. Und ich möchte sagen, im Raum Bruck an der Mur haben wir eine sehr gute Möbelindustrie.

Und nun zur wirtschaftlichen Situation des Bezirkes Bruck an der Mur: Der Bezirk Bruck an der Mur ist sowohl in wirtschaftlicher als auch in soziologischer Hinsicht ein sehr heterogener Bezirk mit landwirtschaftlichen Betrieben, Erholungszentren, aber auch den Ballungszentren Bruck und Kapfenberg. Und deswegen – glaube ich – hat der Herr Präsident zweimal Bruck an der Mur genannt, auch in der Arbeitslosenzahl und unter sonstigen Sorgengebieten. Es sind 80 Prozent Unselbständige in Bruck an der Mur. Die Menschen haben hauptsächlich ihre Beschäftigung bei der VEW, bei Felten, bei Austria-Draht AG, bei Pengg, bei PEWAG, bei Magnesit in Breitenau, Mürztaler Papierfabrik und bei den Baufirmen und vielen anderen Klein- und Mittelbetrieben dieses schwer geprüften Gebietes. Die angeführten Großbetriebe haben, so lange sie Vollbeschäftigung sicherten, das Wohlergehen aller Bevölkerungsschichten im Bezirk Bruck gewährleistet. In den letzten zehn Jahren allerdings mußten diese Betriebe mit Ausnahme etwa der privatwirtschaftlich geführten Firmen Pengg, PEWAG, gewaltige Einbußen hinnehmen. Der Bezirk Bruck/Mur ist von den großen Industriebetrieben abhängig, VEW und so weiter. Der größte Betrieb ist nach wie vor trotz Schrumpfung eben der VEW-Betrieb in Kapfenberg.

Nun aber zum Stand: Ich habe mir den Stand mit 1. Dezember geben lassen: Angestellte 1318, weniger 107 gegenüber dem Vorjahr; Arbeiter 4342, weniger 314 seit dem Vorjahr; Lehrlinge 385, weniger zehn seit dem Vorjahr; gesamt 6018, weniger 431. Man könnte noch die gesamte VEW nennen, die ich aber hier nicht zu vertreten habe. Diese Verminderung des Belegschaftsstandes ist aber auch zurückzuführen auf Vor-pensionierungen, auf „Aktion 57“. Herr Präsident, die „Aktion 57“ wird durchgeführt, ich muß sagen, notwendig aber schmerzlich für manche. Ich muß sagen, der Herr Landesrat Gruber und ich, wir sind auch nicht die Jüngsten, aber wir finden auch als Sechziger im Beruf Lebensverwirklichung und Sinnerfüllung. Und daher hat es manche Freunde hart getroffen, daß sie gehen mußten, obwohl sie noch gesund und lebensfähig und schaffenskräftig gewesen wären. (Abg. Ileschitz: „Im Saargebiet denkt man an 50 Jahre – ein Wahnsinn! Unmöglich!“) Es ist nicht das Glückliche. Man könnte sagen, wenn ja, dann freiwillig, aber nicht gezwungenermaßen. Ich habe von Freunden gehört,

als die Gießerei geschlossen wurde, ist der 56jährige Gießereileiter in Pension geschickt worden. Ein hartes Brot! Und er würde noch gerne arbeiten. In der gesamten VEW soll die Mitarbeiterzahl gar um 3500 vermindert werden. Besonders betroffen sind viele natürlich jetzt auf Grund des Strukturkonzeptes, das Anfang September die Leute erschüttert hat. Am 11. Oktober wurde im Bundeskanzleramt von Bundeskanzler Sinowatz, Sekanina, Dallinger, Benja ein Stillhalteabkommen beschlossen und von der Gewerkschaft um 2,7 Millionen Schilling ein neues VEW-Gutachten in Auftrag gegeben. Ich habe gehört, daß es gestern von Herrn Prof. Helmut Detter erstellt worden ist. Und dieses Gutachten – habe ich mir gestern sagen lassen – ist jetzt vorgelegt worden, wird aber erst am 26. Jänner 1984 vom Aufsichtsrat der VEW beraten werden. Darüber wird abgestimmt, und da wird überlegt werden, gilt das dritte Strukturkonzept, gilt das Gewerkschaftskonzept? Was ist dann die Mitte? Aber das bedeutet natürlich ein weiteres Hinausschieben von Entscheidungen von einem Konzept zum anderen. Und es könnte April werden, bis die Leute dort überhaupt einmal wissen, welches Konzept zum Zuge kommt und welche Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Inzwischen verschlechtert sich etwa die Situation. Der Bruttoerlös der gesamten VEW in den ersten acht Monaten 1983 ist im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent gesunken. Die Aufträge der Hütte haben um 15,3 Prozent und die Aufträge auf der Finalseite haben im selben Zeitraum um 16,3 Prozent abgenommen. Kurzarbeit bei Arbeitern und Angestellten ist daher in Aussicht gestellt worden. Ich könnte jetzt noch die Firmen in unserem Raum durchgehen – das vermeide ich aber –, wo es gut geht, wo es schlecht geht. Es geht interessanterweise wider Erwarten beim Magnesitwerk in Oberdorf gut, bei Pengg und PEWAG ist die Auftragslage nicht schlecht, und hier sind auch Hoffnungen.

Ich muß sagen, Hohes Haus, im Bezirk Bruck an der Mur sind mit dem heutigen Tag 1723 Arbeitsuchende, 927 männliche, 796 weibliche, das sind also im Brucker Raum fast 6 Prozent Arbeitsuchende. 682 Arbeitsuchende stehen im Alter von 19 bis 25 Jahren, das sind 37,5 Prozent. Die Prognose für den Winter liegt bei 2000 bis zu 2700 Arbeitsuchende. So sieht es aus. Ich kann nur an die Verantwortlichen für die verstaatlichte Industrie im Bund appellieren, aber auch an das Land die Bitte richten, hier Maßnahmen zu treffen.

Und nun ein Wort zum umstrittenen Begriff der Beschäftigungsgarantie: Als Jus-Studierender ist man doch auch mit der Volkswirtschaft vertraut gemacht worden, daß man sich mit dem Begriff auseinandersetzt. Der Herr Landesrat Dr. Klauser hat in seiner Budgetrede gesagt: „Auch wir Sozialisten bekennen uns im Rahmen dieser gemischten Marktwirtschaft dazu, daß der Unternehmer Gewinn machen muß, daß er so zu kalkulieren hat, daß ihm Geld übrigbleibt – nicht, weil wir ihm ein besonders schönes Privatleben wünschen, sondern weil er investieren soll.“ Der Herr Landesrat hat dann aber anschließend in seiner Rede auf Seite 25 gemeint, daß die gemischte Marktwirtschaft mit der Beschäftigungsgarantie nicht vereinbar sei. Ich möchte jetzt einen Standpunkt vertreten, den ich gewinnen konnte und der mir auch im Kontakt mit dem Institut von den Professoren Tichy, Beinsen und

Schleicher, dem großen Institut der Grazer Universität, bestätigt wurde. Hier heißt es eben auch, daß Arbeitsplatzgarantie, in diesem Sinne, wie es Herr Landeshauptmann Dr. Krainer gemeint hat, und gemischte Marktwirtschaft nicht unvereinbar sind, sondern daß darunter zu verstehen ist, daß es für die Steierinnen und Steirer in der Steiermark heißen kann, daß alles getan werden muß, daß die Steierinnen und Steirer in der Steiermark längerfristig die Arbeitsplätze finden, die sie suchen und anstreben. Das meint man etwa im Sinne der Arbeitsplatzgarantie. Eine Beschäftigungsgarantie kann nicht für einzelne Betriebe, sondern nur für Regionen gelten. Wir alle wissen, daß man sich nicht gegen einen Strukturwandel stemmen kann, daß man sich ihm aber anpassen kann und daß man unter Umständen eben Ansiedlungen vornimmt, Innovationen setzt, von denen Tichy spricht, und daß eben das endogene Potential aus der Region herausgeholt wird und dadurch eine Beschäftigung entsteht.

Am 22. November wurde hier in der Landtagssitzung beschlossen, daß das Land das Areal der Firma Felten, Diemlach, um 20 Millionen Schilling mit der Hoffnung kauft, daß in diese toten Hallen wieder Leben einzieht, daß sich Firmen finden, die das übernehmen. Daher möchte ich meinen: Hilfe für die Steiermark heißt eben Beschäftigungsgarantie für eine Region, damit sie längerfristig wieder das wird, was sie einmal war: ein Raum, der den darin lebenden Menschen Arbeit und Sicherheit garantiert. In diesem Sinne möchte ich auch zum Initiativantrag der ÖVP sagen: Ja zu 16,6 Milliarden Schilling, aber auch weitere Maßnahmen. (Abg. Kirner: „Kein Aber!“)

Ich möchte daher sagen: Der Wunsch nach Sicherheit, besonders von Arbeitsplätzen, ist legitim und fundamental. Dieser Wunsch wird auch dadurch hervorgerufen, daß wirtschaftliche Sicherheit als machbares Phänomen erachtet werden kann. Ich möchte sehr unterstreichen und wünschen, daß der Bund mit Unterstützung des Landes dafür sorgt, daß neue Produktionsstätten in der Obersteiermark in dem Maß angesiedelt werden, daß die Summe der Beschäftigten in der Region sowohl in den bisherigen verstaatlichten Industriebetrieben und in den neu anzusiedelnden Unternehmen erhalten bleibt – zum Wohle unserer Region und unseres Bezirkes. Ich danke sehr. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Hammer hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hammer:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn hier die Wirtschaft angezogen wird, und zwar die gesamtsteirische Wirtschaft und mit ihr die gesamtösterreichische Wirtschaft hier in Vergleiche gebracht wird, dann muß man wohl dieses Bild vor dem Hintergrund der gesamten Weltsituation sehen, wie sich uns die Weltsituation präsentiert. Die Weltstahlproduktion zum Beispiel beläuft sich in diesem Jahr auf etwa 725 Millionen Jahrestonnen. Die Prognosen für die weitere Weltstahlerzeugung sind zwar im Steigen begriffen, aber paradoxerweise nicht in den westlichen Industrieländern, sondern in den westlichen Industrieländern wird die Weltstahlproduktion noch weiter zurückgehen, und das trifft uns natürlich sehr stark.

Die Steigerung kommt eigentlich aus den Drittländern, aus den Entwicklungsländern, die jetzt mit ihren Erzeugnissen auf den Markt drängen, die sie dort herstellen.

Meine Damen und Herren, Österreich produziert in etwa 4,3 Millionen Tonnen an Rohstahl, die VOEST-Alpine davon 4 Millionen Tonnen Rohstahl. Sie können aus diesem Verhältnis ermessen, mit welcher Größe wir hier in dieser Stahlkrise agieren können beziehungsweise welches Gewicht unsere Entscheidungen zum internationalen Vergleich überhaupt haben. Meine Damen und Herren, das sind Größenordnungen, die man bei all den Überlegungen, um aus dieser Situation herauszukommen, beachten muß. Selbstverständlich enthebt uns diese Größenordnung nicht der Mühe, daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um aus dieser Situation herauszukommen. Ich darf hier sagen, daß die VOEST-Alpine von ihrer gesamten Produktpalette bereits 30 Prozent aus Neuprodukten erbringt, das heißt, daß hier bereits eine Umstrukturierung erfolgt und weiterhin im Gange ist.

Und, meine Damen und Herren, gerade in unserem Raum, im Raum Eisenerz, in dieser Region, die von der Stahlerzeugung, vom Bergbau lebt, spüren wir das doch am allerdeutlichsten. Es wird versucht, die Reduktionen, die dort eingesetzt haben, durch die Installation und Erhaltung von neuen Betrieben wieder aufzufangen. Natürlich – und das, meine Damen und Herren, muß man doch auch einmal zugeben – ist das Umsteigen der verstaatlichten Industrie in neue Produktionszweige ja wesentlich schwieriger, als wenn sich ein privater Unternehmer vornimmt, ein neues Produkt auf den Markt zu bringen. Hier gibt es bedeutende Schwierigkeiten, die der Verstaatlichten gemacht werden, weil immer wieder sofort der Ruf ertönt: „Na, das darf die Verstaatlichte aber nicht, hier bricht sie ja in unsere privaten Bereiche ein.“ Ja, wenn schon Marktwirtschaft, dann aber, bitte sehr, für alle die gleichen Voraussetzungen. Hier kann nicht unterschieden werden, daß es hier eine Verstaatlichte gibt, die sich nur nach der Grundstoffindustrie zu orientieren hat, und da eine Privatwirtschaft gibt, die sich nur nach den profitorientierten Produkten orientieren darf und soll.

Meine Damen und Herren, dann müssen hier Gleichheiten gesetzt werden. Ich sage das nicht ganz unbegründet. Ich weiß das aus eigener Erfahrung, weil uns bei der Installation der neuen Betriebe in Eisenerz überall Schwierigkeiten gemacht wurden, daß sogar die Produkte angezweifelt wurden, bevor sie überhaupt den Markt erreichen konnten. So, meine Damen und Herren, kann ich diese Bestrebungen dann aber wirklich nicht unterstützen, wenn ich sie schon vorher totrede, bevor sie überhaupt den Markt erreicht haben. Und ich hoffe – Franz, du brauchst nicht mit dem Kopf zu wackeln, du fühlst dich betroffen, ich weiß das, aber ich sage gar nichts dazu, ich will dich hier ja nicht aufdecken, aber so ist es, Franz! (Abg. Kollmann: „Nein, ich fühle mich nicht betroffen! Trotz des Defizits fühle ich mich nicht betroffen!“)

Meine Damen und Herren, es hat sich gezeigt, wenn eine Region den Mut faßt, die Probleme auch anzufassen, dann können wir auch mit Ruhe und mit Stolz sagen, daß es ein Werk ist, zu dem wir alle beigetragen haben. Und wir sollten dann nicht wieder in anderen

Reden sagen „das ist ja gar nichts, was dort passiert ist, da hätte ja viel mehr sein können“. Ja, viel mehr könnte es öfter sein, nicht nur in solchen Investitionsfragen, wenn sich eine Region hilft und wenn alle zusammenstehen, dieser Region auch die entsprechende Hilfe zukommen zu lassen.

Hier darf ich vielleicht auf eine positive Entwicklung in der Region Eisenerz zurückkommen, auf den regionalen Entwicklungsverband, der ja auch von Bund und Land subventioniert wird und auch von den Standortgemeinden. Auch hier gehen immer wieder positive Effekte aus, um die Wirtschaft in diesem Raum zu beleben. Meine Damen und Herren! Wir müssen alles tun, um uns selbst aus diesen Dingen heraus zu befreien. Das Beweinen allein wird uns nicht weiterbringen, und die Schuld einmal dem und einmal dem zuzuschieben hilft den betroffenen Arbeitern in den Betrieben überhaupt nicht weiter. Wenn wir in der Steiermark sehr gerne sagen „der Bund nimmt uns die Arbeitsplätze nach Wien hinaus weg“, meine Damen und Herren (Landesrat Dr. Heidinger: „Das hat der Herr Abgeordnete Preamberger gesagt!“), dann begeben wir uns in die Gefahr, daß man uns leicht nachsagt, mit dem Hinzeigen auf die anderen wollen wir unsere eigene Schuld vertuschen, denn – Herr Landesrat, entschuldigen Sie, aber diese Feststellung darf ich doch machen – seit 1945 ist das Wirtschaftsreferat in der Steiermark immer in ÖVP-Händen gewesen und nie in sozialistischen Händen. (Abg. Harmtoldt: „Gott sei Dank!“) Wenn wir heute eine hohe Pendlerquote gerade im Grenzbereich haben, meine Damen und Herren, dann frage ich Sie, ob das nicht doch auch ein Zugeständnis oder ein Eingeständnis Ihrer eigenen Schuld ist, weil dort die Versorgung der notwendigen Betriebe und die Verbesserung der Grenzlandstruktur nicht in entsprechendem Maß von Ihnen eingesetzt hat, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Pörtl: „Hast du noch nie etwas vom Strukturwandel gehört?“)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie von Beschäftigungsgarantie in der Verstaatlichten sprechen, bei der der Herr Landeshauptmann auch einen – ich möchte sagen – Rückwärtssalto gemacht hat, indem er gesagt hat, er wurde bei der Beschäftigungsgarantie falsch verstanden, dann muß ich Ihnen sagen, ja selbstverständlich bin auch ich für eine Beschäftigungsgarantie. Ich komme aus einem verstaatlichten Betrieb, und ich könnte ja gar nicht dagegen sein, gegen meinen eigenen Arbeitsplatz eine Garantie zu verlangen. Aber bitte, meine Damen und Herren, auch hier die gleichen Voraussetzungen: Wenn eine Beschäftigungsgarantie in der verstaatlichten Industrie, dann auch eine Beschäftigungsgarantie bei allen Privaten, die von öffentlicher Hand gefördert werden, meine Damen und Herren! Und das müssen wir uns einmal überlegen! Danke! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Kollmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kollmann:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf vielleicht etwas später auf die Ausführungen des Kollegen Hammer zu sprechen kommen, weil das in einen anderen Themenkreis hineinpaßt, den ich

dann auch berühren möchte. Zunächst aber bitte vielleicht eine kurze Replik auf das, was der Herr Mag. Rader gesagt hat. Er wird mich vielleicht von irgendwo hören – Kollege Chibidziura, du wirst es ihm sicher berichten. Herr Mag. Rader hat gemeint, daß es in punkto Niklasdorf nicht gerade glücklich gewesen wäre, daß der Abgeordnete Burgstaller seinerzeit eine Pressekonferenz veranstaltet hat und bei dieser Pressekonferenz diesen Scheich Abdoullah Fouad sozusagen als möglichen Investor oder neuen Besitzer von Niklasdorf präsentierte. Herr Mag. Rader hat gemeint, man hätte sich dieses Zwischenspiel mit dem Scheich ersparen sollen. Ich bin entgegen seiner Ansicht der Meinung, daß es sich hier um kein Zwischenspiel gehandelt hat, sondern um eine echte und ehrliche Rettungsaktion, denn Sie werden sich sicherlich alle an die Situation in Niklasdorf erinnern. Zu diesem Zeitpunkt, als Burgstaller die Pressekonferenz gegeben und diese neue Möglichkeit angedeutet hat, er hat sie ja nicht versprechen können, er hat es auch nie getan, zu diesem Zeitpunkt war Niklasdorf abgeschrieben. Abgeschrieben von einem Generaldirektor Pock, der behauptet hat, Niklasdorf fahre zu viele Verluste ein. Und dann hat sich durch das Gutachten herausgestellt, daß die Zentralregion, die Herr Pock Niklasdorf verrechnet hat, so hoch waren, daß die Verluste gigantisch geworden sind. Zum zweiten abgeschrieben von Herrn CA-Generaldirektor Androsch, der noch drei Jahre vorher in Niklasdorf erklärt hat, man werde ein Regionalkonzept für diesen Raum finden, man werde diese Arbeitsplätze in irgendeiner Form, und wenn durch Neugründung von Betrieben, erhalten. Abgeschrieben von Herrn Generaldirektor Androsch. Er war inzwischen ja nicht mehr Finanzminister, sondern ist aufgestiegen in die größte Staatsbank. Und zum dritten abgeschrieben – das stimmt mich sehr, sehr bedenklich – von Herrn Chemiarbeiter-Gewerkschaftschef, Nationalratsabgeordnetem Teschl. Auch er hat erklärt, Niklasdorf habe keine Zukunft mehr. Niklasdorf könne nicht mehr weitergeführt werden. Und das ist für mich deswegen so bedauerlich, weil Teschl wissen mußte, wie viele Arbeitsplätze hier auf dem Spiel standen, und weil Teschl auf Grund seiner Informationsmöglichkeiten auch wissen hätte müssen oder gewußt hat, daß in Niklasdorf das große von Leykam ausgewiesene Defizit nur deshalb so hoch war, weil eben diese Zentralregion und alles mögliche, was noch an Belastungen in die Bücher von Niklasdorf hineingeschrieben wurde, von der Leykam-Zentrale eingebracht wurde. Nun bitte, nur weil der Kollege Burgstaller diesen Scheich präsentiert hat, wird es möglicherweise in Zukunft in Niklasdorf noch Papierproduktion und Arbeitsplätze geben. Denn alles war abgeschrieben! Und als der Scheich nach Niklasdorf kam, hat sich erstmals auch der Herr Abgeordnete Fauland von der Sozialistischen Partei dort gezeigt und hat sich plötzlich nicht mehr von der Seite des Scheichs gerührt, weil dort immer die Fotografen und Fernsehkameramänner waren. Man hat das im Fernsehen sehr deutlich verfolgen können. Vorher kein Handstrich, kein bißchen Muskelspiel, aber dort an Ort und Stelle mit dem Herrn Scheich jedesmal fast Hand in Hand. Aber es spielt keine Rolle, meine Damen und Herren, es ist wirklich so. Ich bin davon überzeugt, daß letztlich diese Initiative von Burgstaller, die sehr ehrlich und ernst gemeint war, die Möglichkeiten zu weiteren Verhandlungen und zu weiteren

Gesprächen eröffnet hat. Letztlich war es auch – und da werden Sie hoffentlich mit uns übereinstimmen – das Land Steiermark mit Landeshauptmann Dr. Krainer und Landesrat Dr. Heidinger, die es bisher verhindert haben, daß die Verhandlungen abgebrochen wurden. Diese Gefahr bestand bereits mehrmals. Das Land Steiermark mit den beiden genannten Regierungsgliedern hat es bisher verhindert, daß Niklasdorf trotzdem noch abgeschrieben werden muß. Ich habe den Scheich damals persönlich kennengelernt. Und ich kann Ihnen sagen, dieser Herr Fouad hat für mich einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, einen wirklich ausgezeichneten Eindruck. Seine Referenzen waren erstklassig, seine Bankauskünfte waren hervorragend. Als der Scheich in Wien von Herrn Staatssekretär Lacina gefragt wurde, wie lange er bereit sei, die Arbeitsplätze in Niklasdorf zu sichern, hat er freimütig gesagt „so lange ich Gewinne mache“.

Und das ist meines Erachtens ein richtiger Standpunkt, den auch Gott sei Dank der Herr Kollege Prensberger früher in seiner Wortmeldung vertreten hat. Denn von Betrieben, die keine Gewinne machen, die nicht investieren können, kann man auch nicht erwarten, daß sie Arbeitsplätze sichern. Das geht vielleicht in der verstaatlichten Industrie eine gewisse Zeit lang, aber nicht in der privaten Wirtschaft, die sicherlich nicht so bedingungslos am Staatssäckel hängen kann.

Zu einem anderen Thema: Der Herr Kollege Mag. Rader hat auch dasselbe behauptet, was Herr Staatssekretär Bauer, nun am Gängelband der sozialistischen Regierung hängend, immer wieder sagt. Dieser Staatssekretär Bauer – und der Herr Mag. Rader hat es übernommen – behauptet, daß die seinerzeitige Sanierung durch den Herrn Finanzminister Dr. Koren seitens der ÖVP weit belastender gewesen sei als das derzeitige sozialistische Belastungspaket. In Relation, bitte – das ist errechnet und beweisbar –, zum Volkseinkommen waren die Mehreinnahmen unter Dr. Koren um 0,97 Prozent höher, nunmehr steigen sie aber um 1,36 Prozent. Das heißt, das Koren-Paket war um 40 Prozent kleiner – in Zahlen ausgedrückt – als das derzeitige Belastungspaket von Salcher und Bauer. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist die Tatsache!“) Und dieses Koren-Paket kam in einer Zeit einer funktionierenden Wirtschaft, in einer Zeit, wo die Staatskasse noch einigermaßen voll war, und weil man damals zu diesem Zeitpunkt Vorsorge treffen wollte. Aber, meine Damen und Herren, ob Koren-Paket oder Salcher-Steger-Belastungspaket, im Zweifelsfall – glaube ich – wäre es an sich noch immer besser, wenn man das Geld beim Bürger beließe, als daß es der Staat in noch höherem Ausmaß zur Verteilung bekommt, denn Verteilung bedeutet Reibungsverlust. Die Bundesregierung behauptet ständig, daß es bei der Verwendung der öffentlichen Gelder keine echten Alternativen gäbe. Damit bekennt sie sich aber zu jener Art des Geldverwendens, die in den letzten sieben Monaten, bitte meine Damen und Herren, genau zuzuhören, unserem Staat gleich viel Schulden bereitet hat, wie alle Kanzler der ÖVP-Regierungen von 1945 bis 1970, also durch 25 Jahre, zusammengenommen erwirtschaftet haben. Sieben Monate im Vergleich zu 25 Jahren; das ist ein Vergleich, den muß man sich merken und den muß man sich einmal anhören.

Noch etwas: Wäre im Jahre 1970, meine Damen und Herren, ein Belastungsstopp eingetreten, so wären die Steuern und Abgaben nicht um 17 Prozent real gestiegen. Das hätte bedeutet, daß die Betriebe heute um 140 Milliarden Schilling mehr Eigenkapital hätten. Wenn man das jetzt je österreichischem Betrieb zurückrechnet – das sind etwa 170.000 Betriebe, die man da annehmen kann –, so würde es bedeuten, daß jeder dieser 170.000 österreichischen Betriebe heute um 823.000 Schilling mehr Eigenkapital hätte. (Abg. Ing. Stoisser: „Das muß man sich vorstellen!“) Das ist doch etwas im Durchschnitt, vom kleinen Greißler bis zum großen Industriebetrieb. Das ist eine Demontage der Eigenkapitaldecke der Betriebe sondergleichen gewesen. Diese Demontage wird nun von Ihnen mit der Sozialistischen Partei fortgesetzt, Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Nur kann man das nicht so sagen, das ist Demagogie!“)

Und jetzt noch etwas: Meine Damen und Herren, es wird sehr oft von Chancengleichheit gesprochen, und auch der Herr Kollege Hammer hat gemeint, die Industrie müßte dieselben Chancen haben wie die private Wirtschaft. Können Sie mir aus den letzten zehn Jahren einen Fall nennen, wo die verstaatlichte Industrie nicht dieselben Chancen gehabt hätte wie die private Wirtschaft? In vielen Fällen hat die Verstaatlichte sogar noch größere Chancen gehabt. Ich behaupte zum Beispiel, bei der Wirtschaftsförderung des Bundes. Derzeit gehen – und bitte, merken Sie sich diese Zahl – 86 Prozent der direkten Wirtschaftsförderungsmittel von insgesamt 13 Milliarden Schilling in die großen Industriebetriebe. Die Mittelstandsförderung hingegen wird nicht nur eingefroren, sondern sogar gekürzt. Bei der BÜRGES liegen 250 Millionen Schilling unverbraucht, weil keine exakten Förderungsrichtlinien vorhanden und zum Teil nicht einmal die entsprechenden Formblätter erhältlich waren.

Meine Damen und Herren, ich stehe auf dem Standpunkt, daß man seitens des Bundes viel, viel mehr die mittleren und kleineren Betriebe fördern muß, denn ich sage es Ihnen offen, ohne die verstaatlichte Industrie abwerten zu wollen, aber was die Sicherheit der Arbeitsplätze betrifft, ist mir je ein einzelner geförderter Arbeitsplatz in tausend Betrieben tausendmal lieber als in einem großen Industriebetrieb tausend Arbeitsplätze auf einmal. Erstens kostet das mit den tausend Arbeitsplätzen auf einmal sicherlich mehr, und zweitens sind die kleinen Betriebe eben krisenfester und können die Arbeitsplätze und wollen sie auch besser halten.

Vielleicht noch ein Wort zum Herrn Kollegen Hammer, weil er mich früher herausgefordert hat: Er hat gemeint, ich fühle mich bezüglich der Chancengleichheit und bezüglich seiner Aussage, daß man neue Betriebe, die zum Beispiel in Eisenerz angesiedelt werden, schon vorher krankbetet, bevor sie überhaupt arbeiten, betroffen. Lieber Herr Kollege Hammer, ich freue mich, und ich habe das auch damals, als du mir in einer Eisenerzer Parteizeitung eine Wortmeldung etwas umgedreht hast (Abg. Hammer: „Habe ich nicht umgedreht!“), sehr deutlich gesagt, ich freue mich über jeden neuen Arbeitsplatz, speziell in Eisenerz. Ich habe damals auch dazugesagt, daß es natürlich bedauerlich ist, wenn ein Betrieb eröffnet wird, der hohe

Defizite erwirtschaftet. Und es ist halt leider so, daß es noch ärger geworden ist und daß die Lohnsumme niedriger ist als der Abgang. Nur hoffe ich, daß sich das einspielen wird. Und ich habe das auch damals gesagt, ich bin sicher, daß es bei der Autoglas in Eisenerz von vornherein anders läuft und von vornherein wirklich gut funktioniert.

Zum Schluß, bitte, noch zu den 16,6 Milliarden Schilling, wo die Sozialistische Partei noch immer nicht in der Lage war, festzustellen, daß die Österreichische Volkspartei eigentlich in ihrem Initiativantrag genau diese 16,6 Milliarden Schilling geben will – nur, unter gewissen Bedingungen. Jede Bank, jeder Geldgeber fragt heute einen Gläubiger, was er mit dem von ihm geliehenen Geld tut und was er beginnen will. So müssen, glaube ich, auch wir als Staatsbürger und als Volksvertreter fragen, was die VOEST-Alpine oder die verstaatlichte Industrie insgesamt mit jenen Geldern macht, die uns der Steuerzahler zur sorgsamsten Verwaltung übergeben hat. Und wenn ich Ihnen nun sage – und Sie wissen es –, daß die Österreichische Volkspartei genau diese 16,6 Milliarden Schilling gibt, aber dazu wissen will, was damit geschehen soll, und wenn die ÖVP verhindern will, daß ein Kündigungskonzept der ÖIAG durchgezogen wird, dann hat das seine Gründe. Ich will Ihnen einen Grund nennen, den ich mir persönlich zurechtgelegt habe und der in der Öffentlichkeit gar nicht gerne genannt wird. Ich will auch nicht das Land nennen, wo das geschieht. Aber, ein großes österreichisches Unternehmen der verstaatlichten Industrie hat in einem millionenschweren großen Land ein Werk aufgebaut, dieses Werk gemeinsam mit Partnern auch betreiben wollen, und nun stellt sich heraus – auf Grund wessen Verschulden immer –, daß dieses Werk nicht läuft. Hunderte Millionen, ja Milliarden, wurden dort hineinvestiert, und nunmehr sieht man, daß die Verträge seitens der verstaatlichten Industrie so schlecht erstellt wurden, daß allen anderen Partnern die Möglichkeit gegeben war, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen, nur diese österreichische verstaatlichte Firma muß drinnen bleiben. Dort werden, bitte, im wahrsten Sinn des Wortes viele Hunderte Millionen, möglicherweise sogar Milliarden Schilling, versandt.

Eine zweite Geschichte: Eine internationale Nachrichtenagentur aus dem Wirtschaftsbereich meldet, daß in Kreisen der internationalen Stahlindustrie ein Kredit, den die VOEST-Alpine an einen Stahlkonzern geben will, das schlimmste Beispiel für staatliche Subventionspolitik mit dem heimischen Steuerzahler im Rücken wäre. Es geht hier – bitte, hören Sie zu – um einen unbesicherten Lieferantenkredit in der Höhe von 450 Millionen Dollar. Unbesichert! Damit die VOEST-Alpine in der Lage ist, dort ein Werk zu modernisieren, das im übrigen Ende dieses Jahrhunderts wahrscheinlich stillgelegt werden wird. Der Kredit läuft 13 Jahre. Man kann sich die Unsicherheit ausrechnen! Wenn diese Dinge stimmen, dann bin ich fast nicht mehr sicher, ob es noch richtig ist, daß die ÖVP diesen 16,6 Milliarden Schilling zugestimmt hat. Diese Milliarden, die nicht zu heimischen Investitionen und zur heimischen Arbeitsplatzbeschaffung dienen, sondern letztlich nur zur Liquiditätsverbesserung dienen. Meine Damen und Herren, ich bin gerne bereit, diese Nachricht einem Vertreter des sozialistischen Land-

tagsklubs schriftlich weiterzugeben, damit Sie dem ganzen selbst nachgehen können. Ich glaube, solche Dinge dürfen im Interesse unserer Steuerzahler einfach nicht passieren. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Rainer hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Rainer:** Hochverehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man so die Ausführungen hier zur Kenntnis nimmt, bekommt man den Eindruck, man wohnt oder lebt in einem Staat, den es nicht gibt. Die Darstellungen zur wirtschaftlichen Entwicklung, die bis jetzt gegeben wurden, waren alle so, daß man annehmen muß, Österreich steht tatsächlich am Rande des Ruins. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Siehe Präsident Ileschitz!“ – Abg. Ing. Stoisser: „Schlecht zugehört!“) Es ist heute vom ersten Sprecher zur Wirtschaftsdebatte in etwa folgende Feststellung getroffen worden, ihm paßt dieses bürokratische Klima in unserem Staat nicht. Auch dazu ist folgendes zu sagen, das gilt wohl für alle Gebietskörperschaften, also auch für das Land und für die Gemeinden. Ich möchte aber sagen, in diesem Haus und nach den Ausführungen, wie sie getätigt wurden, ist eines festzustellen, daß wir ein paradoxes Klima hier haben: Während Sie im Haus relativ unterkühlt die wirtschaftliche Entwicklung und all die übrigen Debatten so geführt haben, daß keine richtige Debatte und Auseinandersetzung, wie es sein sollte, zustandekam, versuchen Sie aber genauso umgekehrt, außerhalb dieses Hauses durch eine besonders harte Agitation Ihre Politik zu verkaufen oder aber – hier werden Sie wahrscheinlich sehr unzufrieden mit dieser Ausführung sein – mit Halbwahrheiten die Menschen zu informieren. Einige Beispiele dazu: Kollege Kollmann hat eben zum Schluß Ausführungen zu den 16,6 Milliarden Schilling für die Verstaatlichte, also für die ÖIAG, getätigt. Dazu ist folgendes festzustellen: Ich habe in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß es der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer war, der in einem „Kurier“-Interview erklärt hat, „er kann sich nicht vorstellen, daß ein steirischer Abgeordneter“ – gemeint war das Bundesparlament – „gegen diese Hilfe stimmen wird“. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, daß dagegengestimmt wurde, wie dieser Antrag von uns eingebracht wurde. (Abg. Ing. Stoisser: „Wir haben nichts dagegen!“) Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß der Bundesrat einen Einspruch erhebt (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie informieren den Landtag falsch!“), wir mußten weiter zur Kenntnis nehmen, daß die Regierungskoalition im Parlament gezwungen war, einen Beharrungsbeschluß zu fassen, weil Sie von der ÖVP diese 16,6-Milliarden-Hilfe abgelehnt haben. (Abg. Aichhofer: „Das ist die halbe Wahrheit!“) Und das ist – bitte – in der Art der Darstellung, die Sie hier geben, eine Unwahrheit. (Abg. Aichhofer: „Das ist die Halbwahrheit!“) Das ist keine Halbwahrheit, sondern das sind belegbare Fakten, weil es diese Gegenstimmen Ihrer Abgeordneten gegeben hat. Sie können hier diskutieren wie Sie wollen, meine Damen und Herren! (Abg. Aichhofer: „Gegen die Schlamperei ist gestimmt worden!“) Tatsache ist, daß die ÖVP-Abgeordneten nicht für diesen

Antrag im Parlament gestimmt haben! (Abg. Ing. Stoisser: „Die SPÖ hat gegen den ÖVP-Antrag gestimmt!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Genauso ist es!“) Nein, Herr Ing. Stoisser, wir haben nicht dagegengestimmt, wir haben bereits zugestimmt gehabt, daß der Staat als Eigentümer dieser Unternehmungen diese Mittel aufbringt und daß diese Mittel eingesetzt werden. Sie haben das ganze nur in einer Art des dialektischen Prozesses umgestellt, weil Sie nicht dafür sein wollten. Weil Sie dagegengestimmt haben, haben Sie Argumente gesucht, wie Sie aus dieser Situation herauskommen. Und hier ist folgendes festzustellen: Sie erklären in einem derartigen Pamphlet, das Sie den Beschäftigten in den betroffenen Betrieben zugestellt haben, Landeshauptmann Dr. Krainer sagt ja zur verstaatlichten Sanierung, nein zum Kündigungskonzept. Niemand von uns redet einer Kündigung das Wort. (Abg. Aichhofer: „Nicht einmal deine Kollegen glauben das!“) Wir alle können uns sofort verständigen, wie es dargestellt wurde, wenn es darum geht, daß wir tatsächlich diese Garantien, die Sie verlangen, auch umsetzen. Nur frage ich Sie, meine Damen und Herren, auch wenn Sie jetzt die Ausführungen der Abgeordneten gehört haben, kein einziger – der Herr DDr. Steiner hat eine neue Definition Ihrer Beschäftigungsgarantie gefunden –, kein einziger konnte bis jetzt erklären, wie das für alle übrigen steirischen Regionen aussieht. Wie sieht es dort aus, wo es keine verstaatlichten Unternehmungen gibt, garantieren Sie jeden Arbeitsplatz oder garantieren Sie wenigstens so lange, wenn Sie so zu verstehen waren, bis Ersatzarbeitsplätze in diesen Regionen entstehen, wenn ein Betrieb insolvent wird, wenn ein Betrieb rationalisiert, wenn ein Betrieb einschränkt – aus welchen Gründen immer. Wir müssen feststellen, daß Sie bis jetzt keine derartige Erklärung abgegeben haben und daß Ihre Garantien mehr als fragwürdig sind. Sie dienen nur dazu, das zu verschleiern, was auch hier mehrmals zum Ausdruck gekommen ist, Ihr „Ja aber“ und Ihr „Aber“ war letztlich ein Nein, weil Sie dagegengestimmt haben. (Abg. Pörtl: „Das ist wirklich allerhand!“ – Abg. Aichhofer: „Das glauben dir die Leute nicht!“ – Abg. Brandl: „Dagegengestimmt!“) Ich habe es bei der Generaldebatte bereits ausgeführt. Mein Kollege Hammer hat es dargestellt, meine Damen und Herren! Tatsache ist, daß diese verstaatlichten Unternehmungen gerade in der Steiermark mit ihren Betrieben, mit ihren Standorten eine ganz besondere Bedeutung haben. Da gingen wir, wie ich sehe, Herr Kollege Ing. Stoisser, völlig konform. Würden größere Einbrüche in der Beschäftigung erfolgen, wissen wir, welche Gefahren damit verbunden sind. Umgekehrt müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Weltmarktbedingungen auch für diese verstaatlichten Unternehmungen gelten und daß wir uns nicht abstrahieren können von einer Entwicklung, die es außerhalb unserer Grenzen gibt, und daß wir keine Chance und keine Möglichkeit haben, andere Bedingungen zu schaffen, wenn am Weltstahlmarkt die Bedingungen so sind, wie wir sie alle kennen und wie es zur Genüge dargestellt wurde.

Jetzt zu den Vorwürfen, die Sie immer wieder erheben. Sie sagen zum Beispiel, diese verstaatlichten Unternehmungen seien schlecht geführt oder haben schlecht gewirtschaftet. Deswegen sind sie in dieser Situation. (Abg. Harmtodt: „Die Belastung ist so!“) Wir

sagen Ihnen, bitte, die Belastung hat mit diesen Unternehmungen überhaupt nichts zu tun, wenn Ihre Argumente stimmen. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß wir feststellen, daß es in diesen Unternehmungen seit dem Jahre 1945 bis zum heutigen Tag, mehrmals ausgeführt, eine Führung dieser Unternehmungen gibt, die fast immer noch paritätisch zusammengefasst ist – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Fragen Sie den Generaldirektor Apfalter!“) –, zwischen Vertretern der ÖVP, Vertretern der SPÖ, und daß wir – (Abg. Dr. Maitz: „Fragen Sie den Apfalter!“) – jetzt feststellen, Kollege Dr. Maitz, daß Sie einfach zusammen mit Ihren Vertretern Ihre Verantwortung weglegen, nicht bereit sind, zu Ihrer Verantwortung zu stehen, daß Ihre Vertreter in diesen Unternehmungen keine Erklärungen abgeben. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist nicht wahr! Das ist eine ganz böswillige, polemische Unterstellung! Der Bund hat die Verstaatlichte nicht entsprechend unterstützt!“) Nein, überhaupt nicht! Vielleicht kann man das auch so machen wie Sie, vielleicht darf man einmal fragen. Vielleicht kann ich folgende Frage stellen: Warum erklärt der Herr Dipl.-Ing. Fegerl, warum erklärt der Generaldirektor Baier, warum erklären viele andere Vertreter – ich habe absichtlich diese Namen genommen – nicht, wie sie sich zu Ihren Vorstellungen der Beschäftigungsgarantie und zu jenen Konzepten, die von uns erstellt wurden, verhalten. Ich sage es Ihnen, warum. Weil diese Herren ihre Erklärungen nicht übernehmen können, weil sie dort die Verantwortung tragen – (Abg. Dr. Maitz: „Das ist ja schon wieder eine Unterstellung!“) Nein, das ist keine Unterstellung! –, weil folgende Situation gegeben ist: Es gibt ja im Rahmen der ÖIAG und im Rahmen dieser betroffenen Konzerne sehr wohl Konzepte. Eines wurde angesprochen. (Abg. Dr. Maitz: „Sie machen Ihre billige Polemik auf Kosten der Verstaatlichten!“) Äußerst unerfreulich ist zum Beispiel das dritte Strukturkonzept für die Vereinigten Edelstahlwerke. Auch hier muß man Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Tatsache ist, daß dieses Konzept fast ausschließlich von Vertretern der ÖVP oder des ÖAAB erstellt wurde. So ist das. Das ist alles nachweisbar. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist ein Unsinn! Das ist eure Parteipolitik, Propaganda und sonst nichts!“) Und Sie gehen her und drehen das wieder um. Sie sagen dann, meine Damen und Herren, folgendes: Sie sind gegen Arbeitsplatzvernichtungskonzepte. Ich sage Ihnen: Diese Konzepte haben jene Herren erstellt, die ich eben zitiert habe. (Abg. Grillitsch: „Die Arbeitsplatzvernichtung hat 1970 angefangen!“) Und ich sage Ihnen auch, wie wir dagegen reagiert haben: Wir haben als Interessensvertreter der Arbeitnehmer erklärt, wir wollen das überprüft haben, wir wollen eine objektive Überprüfung. Stimmen denn all diese Aussagen? Sind diese Gutachten, die erstellt wurden, korrekt? Und wir stellen jetzt fest, daß sich leider herausstellt, meine Damen und Herren, daß wahrscheinlich eine weitgehende Übereinstimmung gegeben sein wird. Aber noch einmal: Es waren Ihre Vertreter, die diese Konzepte erstellt haben.

Zu einer anderen Frage, die in diesem Zusammenhang steht: Sie erklären immer wieder: Die wirtschaften so schlecht. Tatsache ist, daß gerade die steirischen Unternehmungen der verstaatlichten Industrie den Nachweis dafür erbringen, daß die Umstrukturierungen bereits in einem sehr weiten Maß gediehen sind. Ich denke zum Beispiel an die Werksgruppe der

VOEST-Alpine in Kindberg-Krieglach. Da wird der Vertreter wahrscheinlich dazu noch reden. Ich denke an das Werk der VOEST-Alpine in Donawitz, ich denke an die Betriebe der Vereinigten Edelstahlwerke, wo überall diese Umstrukturierungen bereits eingeleitet oder durchgeführt wurden.

Und auch hier, bitte, einen Aspekt, der angesprochen wurde: Da wird erklärt, die seinerzeitige Fusion vor 15 Jahren – bitte, grundfalsch, die Fusion ist vor zehn Jahren erfolgt – sei zu spät gekommen oder sei nicht richtig gewesen. Wer war es denn? Die Österreichische Volkspartei hat gegen die Fusionspläne für die verstaatlichte Industrie gestimmt. Sie waren damals dagegen, und wir haben sie durchgeführt. Hätten wir diese Fusion nicht durchgeführt, wären heute die meisten Betriebe der seinerzeitigen Alpine bereits geschlossen. (Abg. Kollmann: „Das ist unabweisbar!“) Und daher sagen wir Ihnen, bitte: An Ihren Darstellungen ist halt recht wenig. Ihre Darstellungen sind nicht wahr, sondern Sie versuchen jenen dialektischen Prozeß, daß Sie jetzt das umkehren und den Menschen draußen glaubhaft machen, das ist so. Das ist keineswegs richtig, und wir bedauern das, und zwar deswegen, weil wir unsere Verantwortung nicht, so wie Sie, weggelegt haben. Wir bekennen uns dazu. Wir haben alle Mittel, die noch verfügbar und möglich sind, eingesetzt, um die Beschäftigung in diesen Unternehmungen abzusichern. Wir haben tatsächlich alles getan, um die Krise in jenen Branchen und jenen Bereichen etwas zu lindern, zu erleichtern, und das, bitte, angesichts der Probleme, die vom Weltmarkt herkommen. Sie sind also in diesem Fall und in dieser Frage keineswegs glaubwürdig. Das muß man Ihnen leider sagen.

Nun zu einem weiteren Problem, das jetzt hier in der Debatte eine Rolle gespielt hat. Auch da ist folgendes zu sagen: Wenn man das Schicksal der Betroffenen in Niklasdorf nimmt, so möchte ich in aller Eindeutigkeit erklären: Wir bekennen uns dazu, daß es dort eine Lösung geben muß, und wir haben bisher jede Lösung dahin unterstützt. Aber es ist einfach nicht zulässig, wenn Sie erklären: Da war der Gewerkschafter Teschl, der hat an diesem Werk kein Interesse mehr gehabt, der hat das abgeschrieben – so wie die CA. Ich kann ja, bitte, nur annehmen, daß das mißverstanden worden ist. Ich war im Zuge der Verhandlungen ununterbrochen auch mit dem Herrn Kollegen Teschl in Kontakt. Wir waren ja jene, die erklärt haben, es müssen Gutachten erstellt werden, und wir sind auch an das Land herantreten. Wir haben das Land gebeten, uns zu unterstützen, es müssen diese Gutachten erstellt werden. Auch ein Gutachten. Man kann also zu Gutachten stehen wie man will, aber dieses Gutachten hat einen positiven Ausgang gefunden. Dieses Gutachten bringt uns jetzt die Möglichkeit, tatsächlich weiterzuführen. Wir freuen uns darüber, und wir freuen uns im besonderen, da ja dieser Interessent, der da gefunden wurde, scheinbar kein ernsthaftes Interesse gehabt hat. Und warum? Wenn das richtig ist, was publiziert wird, dann müssen wir feststellen, das Interesse des „Unternehmers“ ist deswegen nicht gegeben gewesen, weil er nicht bereit war, jene notwendigen Sicherheiten anzubieten, die wir – wie wir glauben, meine Damen und Herren – zu Recht beanspruchen. Es kann doch niemand ein derartiges Risiko eingehen und Mittel

einsetzen, die dann abfließen, und die Beschäftigung ist erst nicht gegeben. Ich denke da an ein anderes Abenteuer, zum Beispiel in Feldbach, wo auch ein Interessent aufgetaucht ist. Er hatte zufällig Ihre Farbe, aber er war von Natur aus schwarz. Es war der Herr di Gallo, der seinerzeit versucht hat, bei der Merino einzusteigen, und wir mußten nachher feststellen, daß das ein Spekulant gewesen ist. Wir stellen heute fest: Es war nichts an diesem Interessenten. Wir stellen auch im Zusammenhang mit Niklasdorf fest, daß nichts an diesem Interessenten war, daß jetzt aber, Gott sei Dank, ein anderer gefunden wurde. Dazu bekennen wir uns.

Ich bedaure es sehr, meine Damen und Herren, daß all die anderen Probleme der übrigen Regionen nicht angesprochen wurden. Wir sind dem Land sehr dankbar. Das dürfen wir gleich sagen, ich wollte Sie gerade ansprechen, Herr Landesrat Dr. Heidinger. Im Zusammenhang mit weiteren CA-Betrieben, wie zum Beispiel beim Stölzle-Werk Voitsberg, wurde wirklich alles – und das darf man hier in aller Eindeutigkeit und Offenheit erklären –, auch vom Land her, versucht, einen Weg der Lösung zu finden. Aber auch dort ist es ähnlich wie in der Stahlindustrie, wenn man das ernsthaft und seriös prüft, daß eben die Weltmarktgegebenheiten solche sind, daß Schwierigkeiten da sind. Wir freuen uns, wenn weiterhin die Unterstützungsbereitschaft gegeben ist, daß etwas getan wird. So verstehen wir eine Problemlösung. Wir müssen es leider ablehnen, daß Sie in einer demagogischen Art die Menschen verunsichern und ihnen Dinge vorsezen, die keineswegs mit den Gegebenheiten, mit der Wahrheit übereinstimmen. Sie haben damals im Parlament dagegengestimmt, Sie haben im Bundesrat abgelehnt, und Sie haben noch einmal dagegengestimmt, so daß nur wir das wirklich für die verstaatlichte Industrie durchgesetzt haben. Sie haben in weiten Bereichen jetzt keinen Nachweis liefern können, daß Sie in der privaten Wirtschaft wirklich bereit wären, selber Kategorien einer Beschäftigungsgarantie anzubieten, wie Sie sie offensichtlich für die verstaatlichten Unternehmungen verlangen.

Aber noch einmal sei es Ihnen gesagt: Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie es wirklich zuwege bringen, daß im ganzen Land keine Kündigungen mehr kommen, daß Sie so lange garantieren, daß, wenn Kündigungen oder andere Maßnahmen eintreten müssen, Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen werden oder bereits vorher bereitgestellt werden. Wenn Sie dazu in der Lage sind, schaffen Sie etwas, was in Österreich niemand kann, und schaffen Sie etwas, was weit darüber hinaus nicht möglich ist. (Abg. Kollmann: „Herr Kollege, wenn Sie einen Belastungsstopp machen, geben wir jede Garantie. Aber wenn wir nicht wissen, was kommt, ist es aus!“) Nein, nein, der Belastungsstopp, bitte – ich komme auf diese Frage dann ganz kurz noch zurück –, wird uns nicht helfen, weil wir hier international durchaus vergleichbar liegen und weil sich der österreichische Staat keineswegs mehr nimmt als andere Staaten. Das ist völlig unrichtig, und Sie versuchen, das auch nur in dieser Form darzustellen.

Ein anderes Problem: Ich habe damit begonnen, daß wir Ihnen dargestellt haben, daß Sie nicht sehr glaubwürdig sind oder daß Sie einfach ein klimatisches

Verhältnis schaffen, das Ihnen nutzt und das Ihnen dient. (Abg. Dr. Maitz: „Sie verwechseln den Landtag mit einer parteipolitischen Veranstaltung!“) Nein! Zu einer anderen Frage, die im Landtag behandelt wird: Wir haben im Zuge der Budgetdebatte feststellen müssen, daß es eigentlich mit Ausnahme einer abschließenden Berichterstattung durch den zuständigen Landesrat keine besonderen Auseinandersetzungen bei den Fragen der Holding und der Krankenanstalten gegeben hat. Wir müssen jetzt sagen, und wir deponieren es deswegen noch einmal - eben aus diesen Überlegungen: Meine Damen und Herren, wenn Sie glaubwürdig bleiben wollen, dann bleiben Sie bei korrekten, sachlichen Verhandlungen, und nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir uns nicht überfahren lassen und daß wir diesen Weg, den Sie da bei der Verstaatlichten vorgegeben haben, auch dort nicht akzeptieren werden. Wir akzeptieren ihn bei der Verstaatlichten nicht und in der Frage der Holding erst recht nicht und auch nicht bei den Krankenanstalten. Wir müssen nämlich fürchten, daß Sie tatsächlich so vorgehen werden.

Und nun zum Schluß eine andere Bemerkung. Ich habe damit begonnen, daß ich manchmal den Eindruck habe, wir reden von einem Staat, der Utopia heißen könnte. Österreich ist es sicher nicht. Wir haben - und das ist in der Generaldebatte fast alles sehr deutlich herausgekommen - den Nachweis geführt, daß sich innerhalb der 24 Mitgliedsstaaten der OECD die Republik Österreich sehr, sehr gut halten konnte, daß wir heute, im Durchschnitt aller Indikatoren betrachtet, an der vierten Stelle liegen, daß wir uns tatsächlich wesentlich besser behauptet haben als die übrigen Mitgliedsstaaten. Und das möchte ich jetzt an Hand von einigen Zahlen darlegen. Der Schuldenstand, der immer ein Thema bei Ihnen ist, pro Einwohner in Österreich liegt gegenwärtig bei 60.000 Schilling. Ich nenne Ihnen Staaten dazu, die durchaus vergleichbar sind: Belgien 130, Dänemark 120, die Vereinigten Staaten 110, die Schweiz, die ein so gerne genommener Vergleich ist, 100.000, und vielleicht noch Norwegen mit etwa 110.000 Schilling. Hier sieht man an Hand eines einzigen Beispiels, wo wir wirklich liegen. Wenn man dazu die Arbeitslosigkeit nimmt, stellen wir fest, daß wir gegenwärtig abschließen werden mit einem Wert von 4,6 Prozent. Der Durchschnitt der OECD-Staaten in Europa wird bei 10,5 Prozent liegen. Wenn man das Wirtschaftswachstum nimmt, so ist hier dargestellt worden, daß wir uns so schlecht entwickelt haben. Wir werden über ein Prozent nunmehr nach den jüngsten Prognosen erreichen. Das werden wir auch sicher erreichen, weil ja das Jahr 1983 gelaufen ist. Der Durchschnitt dieser Staaten wird ein halbes Prozent haben. Es ist sehr klar und sehr eindeutig nachzuweisen. Wir haben uns tatsächlich wesentlich besser behauptet als alle übrigen Mitgliedsstaaten der OECD. Und auch daher ist das, was vorgebracht wird, keineswegs richtig, und wir bedauern dies. Wir bedauern dies deswegen, weil immer wieder dieses steirische Klima und diese Zusammenarbeit angesprochen wurden und weil es tatsächlich so ist.

Meine Damen und Herren! Wir sind auf diese Zusammenarbeit im Interesse der gemeinsamen Lösung der anstehenden Probleme besonders im Jahre 1984 ganz besonders angewiesen. Wir werden jedwede

Kraftanstrengung brauchen, um diese Probleme, die auf uns zukommen, wirklich meistern und lösen zu können. Und daher bedauern wir es, daß es sehr schwierig ist mit Ihnen, immer eine korrekte, aufrechte und wirklich ehrliche Zusammenarbeit zu finden. Wir sagen Ihnen aber zu, daß wir uns um diese Zusammenarbeit nach wie vor im Interesse aller Steirer bemühen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prof. Dr. Eichinger:** Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Rainer, der letzte Satz von dir, der Ruf nach Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit, der ist zu unterstreichen. Aber alle übrigen Sätze, umrahmt von Demagogie, die müssen wir ablehnen. Zur Verstaatlichten kann ich nur sagen: Wir brauchen wirklich nicht umzukehren, denn wir stehen zur Verstaatlichten, wir stehen auch zur privaten Industrie, und ich wiederhole nochmals, für uns gibt es nur eine steirische Industrie. Nun, lieber Kollege Rainer, Urteile aus der Arbeiterschaft: „Da gibt die Regierung 16,6 Milliarden Schilling her, und Tausende von uns verlieren ihren Arbeitsplatz. Ich weiß genau, ich bin auch dabei.“ Das ist kein Programm! (Abg. Ing. Stoisser: „Genauso ist es!“) Deshalb möchte ich unseren Antrag herausstreichen, der sich wesentlich mehr bemüht. Es ist im Grunde genommen - ich zitiere noch einmal Sepp Wille - das gleiche, nur mit der Ergänzung, daß man sich ernster mit der Problematik beschäftigen muß, um möglichst wenige zu treffen. Das wollten wir als Regierungsbeschluß mit drinnen haben, Herr Kollege, das ist der Unterschied. Das ist der positive Unterschied, und nicht das, was Ihr immer behauptet.

Nun möchte ich nur noch ein paar Dinge sagen, worüber man spricht, Kollege Rainer, wenn man hineinhört zu den Leuten. „Was ist heute, 13 Jahre haben wir jetzt die Sozi“ - wie man so redet im Volk -, „was ist heute ein Tausender wert? Nichts ist er mehr wert. Und wenn man eine Familie mit mehreren Kindern hat, dann ist der Tausender noch weniger wert.“ Das sind heute die Gespräche, die man führt. Und, lieber Kollege Rainer, daß das stimmt, muß du auch damit zur Kenntnis nehmen, daß euch alle Wahlergebnisse beweisen, daß diese Regierung ganz einfach nicht mehr liegt, daß sie die Kraft nicht hat, daß sie es nicht schaffen kann und daß natürlich die Freiheitlichen in dieser Regierung praktisch all das tun, was die sozialistische Mehrheit hier sagt. Ich wiederhole nur den Staatssekretär Bauer mit dem „brutalen Griff“, der ja wesentlich brutaler ist, als dies damals in der ÖVP-Zeit geschehen ist. Das muß ich wirklich sagen. Wenn man heute sieht, was alles teurer wird: die Stempelgebühren, der Führerschein, die Paßverlängerung, da hätte es seinerzeit in den Betrieben Aufstände gegeben. Aufstände, hätten wir das gleiche gemacht. Einen Fehler macht Ihr: Ihr verteidigt als Gewerkschafter diese Regierung, statt, so wie wir es versuchen, diese Regierung ganz einfach in Zugzwang zu bringen, daß sie bessere Ideen produziert.

Ich wollte das nur einleitend sagen, um gleich auf meinen Bezirk, auf das Mürztal, zu kommen, wo es erfreulich ist, Kollege Karter wird auch darüber reden,

daß wir das Nahtlosrohrwerk in Kindberg haben. Erfreulich, weil hier mit Fleiß und unerhörtem Einsatz produziert wird. Unerfreulich, daß trotz dieses Fleißes – das wißt Ihr alle – der jährliche Verlust um die Milliarde Schilling liegt. Der Fleiß kann in Kindberg und in Krieglach noch so groß sein, wenn man es leider in Linz versäumt, mit den Russen preislich richtig zu verhandeln. Hoffentlich kommt es einmal zu anderen Ergebnissen bei den Linzern. Unser Sorgenkind, das ist die VEW. Präsident Ileschitz hat es schon gebracht. Uns allen brennt das unter den Nägeln. Auch der Kollege Rainer muß sich sagen, jeder weiß, was in den nächsten Monaten auf uns zukommt, was hier geschieht. Dieses Ergebnis sieht so aus, daß man versucht, die Finalindustrie über den Semmering nach Ternitz zu heben. Das bedeutet im Grunde genommen das Ende. Da hat man noch ein Blechwalzwerk, das 30 Jahre alt ist, und da sagt man, „Ihr dürft noch drei Jahre arbeiten. Wenn ihr nach drei Jahren in die schwarzen Zahlen kommt, dann könnt ihr den Betrieb weiterführen.“ Jeder von uns weiß, daß dies nicht geht. Da können sich die Arbeiter noch so rackern und sich die Ingenieure noch so anstrengen. Das bedeutet mit anderen Worten, daß wir praktisch vor dem Ende stehen. Das bedrückt uns alle, die sozialistischen Gewerkschafter genauso wie die Gewerkschafter von der christlichen Fraktion, die Politiker der Sozialisten genauso wie uns. Wir leben ja letzten Endes gemeinsam. Darum hat es mich ganz besonders stark verwundert, daß der zuständige Nationalrat Tirnthal von einer ausgesprochen guten Situation, die es hier gibt, gesprochen hat.

„Der Bezirk Mürzzuschlag ist geradezu ein Musterbeispiel sozialistischer Politik“, schreibt er in der „Neuen Zeit“. Dann schreibt er weiter: „Auch im VEW-Werk Mürzzuschlag-Hönigsberg, das von der Stahlkrise am meisten betroffen wurde, wird es wieder aufwärts gehen.“ Das schreibt er am 19. Mai 1983, wo jeder gewußt hat, was sich abspielt. Was soll man von solchen Leuten halten? Die Belegschaft hält jedenfalls nicht mehr viel davon, weil die genau weiß, wohin der Weg letzten Endes mit diesen Ideen gegangen ist mit einer Politik, die bedeutet, daß man vor dem Bundeskanzler in die Knie gegangen ist. Heute bedauern im Betrieb alle, daß man so gehandelt hat, daß man nicht stärker aufgetreten ist, denn das, was hier auf uns zukommt, ist furchtbar. Ich möchte aber noch eines sagen: Wenn diese Politik so fortgesetzt wird, dann bedeutet es tatsächlich das, was der Betriebsratsobmann Berger sagt. Er hat in der Jubilarehrung gesagt: „Wir sind Leid gewohnt, doch wir haben alle gehofft, daß solche Maßnahmen wie im Jahre 1924 nie mehr getroffen werden können. Wir haben uns alle schwer getäuscht. Wir werden aber jedes Unrecht von unserem Standort abwehren.“ Und um diese Abwehrhilfe und um diese Kraft bitte ich den steirischen Landtag. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Die nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Karrer:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es sollte bei uns im Landtag immer so sein, daß wir als Vertreter vom Bezirk hintereinander zu Wort kommen, um über die Probleme zu reden, die

uns täglich bedrücken. In der Gruppe 7 sind das eben die wirtschaftlichen Überlegungen, und hier prallen die Meinungen von Rot und Schwarz – wenn Sie wollen – aufeinander. Das ist ja ganz natürlich. Schon allein durch die politische Situation, durch die politische Auffassung und auch durch die persönliche Einstellung jedes einzelnen kann hier keine Einigung erzielt werden. Die einen sagen, sie sind momentan in der Minderheit in der Bundesregierung, die Regierung ist für alles das, was in Österreich nicht himmlisch passiert, schuld, auf der anderen Seite sind sie aber nicht gewillt, hier mitzuarbeiten, nämlich mitzuarbeiten für ein gutes Ergebnis. Und wenn ich hier sage, mitzuarbeiten, dann, meine Damen und Herren, deshalb: Es ist ja fast müßig, hier noch einmal die wirtschaftliche Weltsituation aufzuzeigen. Es ist ja gigantisch, daß sich Leute hier so weit vertiefen und sagen: Aus dieser großen Unsicherheit, die wir momentan auf dem Weltwirtschaftsmarkt finden – in Österreich ist allein die Regierung schuld. Alles das, was momentan auf uns hereinbricht, wird in eine hausgemachte Krise – wenn Sie so wollen – umgekehrt. Sehen Sie, meine Damen und Herren, so – glaube ich – kann man in Österreich nicht positiv zu den Dingen stehen, wenn es notwendig ist, auch hier Maßnahmen zu treffen, die uns aus dieser uns auferlegten schwierigen Situation herausführen. Ich meine hier das sogenannte Maßnahmenpaket. In diesem Maßnahmenpaket stecken – wie heute schon vielfach angezogen – diese Milliarden für die Hilfe der verstaatlichten Industrie Österreichs. Sie haben mit Publikationen – vielleicht bedingt durch Ihre Politologen verdreht – der Bevölkerung einreden wollen: „Wir sind jene, die Arbeitsplätze schaffen wollen, und die Sozialisten wollen sogar die Arbeitslose herbeiführen.“

Meine Damen und Herren, das kann man aus den Schriften, wo der Herr Landeshauptmann auf der Titelseite oben ist und die anlässlich Ihrer Tagungen verteilt worden sind, herauslesen. Aber sehen Sie, wenn man sich ernstlich mit dem Problem befaßt – und ich bin überzeugt, das tun Sie auch: Die Fachleute – von denen gibt es ja sehr viele und sehr gute in Ihren Reihen – wissen das ganz genau. Sie werden natürlich bei der Aussage, bei der Erkenntnis ihrer Arbeit in den Hintergrund gedrängt. Diese Arbeit, die momentan vorliegt, ist ja ein Resümee aus all dem, was sich im Verlauf der letzten Krisensituation in Österreich auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft ereignet hat, und sie haben versucht, aus der Situation einen Ausweg vorzuschlagen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dieses Paket über die verstaatlichte Industrie, wo Sie jeden Schilling nachweisen können, wo diese 16,6 Milliarden Schilling im Verlauf der nächsten Jahre hingehen sollen, wofür sie verwendet werden sollen, wenn Sie das studieren, wenn Sie das lesen, dann sage ich Ihnen offen: Da werden Sie vielleicht nicht zu der Erkenntnis kommen, daß dies das Paradies für Österreich bringt, aber Sie kommen zur Erkenntnis, daß mit diesem Fachwerk ein Ausweg aus der Situation gefunden werden kann. Und darum geht es uns, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist ein schlechter Weg!“)

Wir glauben, daß auch die Verstaatlichte, sosehr sie von der ÖVP namentlich herabgesetzt wird, ja auch

international ihre Anerkennung findet. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das stimmt ja gar nicht!“)

Meine Damen und Herren, wir hatten heuer den Papstbesuch in Österreich, und ich bin überzeugt, daß der Papst über die Situation in Österreich sicher informiert war, aber nicht über das klaglose Funktionieren, über den Wohlstand, den er in Österreich vorgefunden hat, auf Grund seiner vielen, vielen Auslandsreisen, denn sonst hätte er nicht in einer seiner Reden - und hier hat das die Tiroler Tageszeitung, also keine unsrige, sondern eine ziemlich konservative Zeitung berichtet - lobend über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gesprochen. Ich könnte es vorlesen, ich glaube aber, daß Sie das selbst gelesen haben. Wenn aber die Tiroler Tageszeitung einen Auszug aus seiner Rede wiedergibt, meine Damen und Herren, dann glaube ich, haben Sie auch ein Interesse daran, daß dies so veröffentlicht wird.

Die Untersuchungen aus dem Konzept, die bisher vorgelegen sind - und mein Kollege Dr. Eichtinger hat ja auch darüber gesprochen -, VEW Mürzzuschlag: Das ist so ein brisanter Punkt, daß ich mich wahrscheinlich persönlich nicht getraue, heute und hier eine Aussage zu machen: So wird das laufen. Und alle jene, die das tun, meine Damen und Herren, die machen das, obwohl sie genau wissen, daß sie dazu nicht berufen sind. Es gibt natürlich fachliche Aussagen, die auf Grund von Marktsituationen ihr Fundament bekommen haben. Daneben gibt es aber auch andere Berücksichtigungen zu überlegen: Das ist die menschliche Seite. Und sehen Sie, meine Damen und Herren, das müssen die Politiker. Wir können den Fachleuten nicht auftragen, ein Konzept zu machen, das für alle Lebenssparten seine Gültigkeit hat. Das wird nicht der Fall sein. Die Techniker, die Fachleute werden sich nicht so sehr in politische Dinge hineinmischen. Aber wir müssen den Mut haben, nach Erkenntnis und nach Studium dessen, was wir mit ihnen ausmachen beziehungsweise was herauskommt, daß wir auch danach handeln, und das wird so der Fall sein. Wenn der ÖGB und die Arbeiterkammer ein Gutachten in Auftrag gegeben haben, dann mit der Überlegung und der Gewißheit, daß doch letzten Endes alles untersucht werden muß, um hier den richtigen, besten Weg für unsere Bevölkerung und für die Betriebe herauszufinden. Das wäre zu den Gutachten allgemein dazuzusagen.

Ich will mich auf die Problematik im Bezirk beschränken: Der Herr Kollege Dr. Eichtinger hat das Rohrwerk Kindberg genannt. Meine Damen und Herren, das Rohrwerk Kindberg ist einer der modernsten Betriebe in dieser Sparte in Europa. Das kann man sagen. Wir haben - und da war ich auch einige Male dabei - alle jene technischen Verbesserungen mit aufgenommen, und ich kann aber heute sagen, daß nicht alles das so geglückt ist. Warum? Nun, jeder, der einigermaßen mit Maschinen, mit Aggregaten, mit solchen Anlagen vertraut ist, weiß, daß es etwas Teureres gibt, was vielleicht sicherer und besser produziert wird - das sind aber innerbetriebliche Überlegungen. Gestimmt hat aber, meine Damen und Herren, die Überlegung, daß dieses Nahtlosrohrwerk in das Mürztal als Ersatzbetrieb für Kindberg hineinpaßt. Ursprünglich sollte es ja in Krems errichtet werden. Dank unserer Bemühungen und unserer Verhandlungen mit dem ÖGB, mit der Arbei-

terkammer und auch den Betriebsvertretungen ist es gelungen, es nach Kindberg zu bringen.

Ich könnte nun einen sehr detaillierten Abriss über den derzeitigen Zustand des Werkes geben. Lassen Sie mich nur einige Sätze sagen: Daß in Kindberg kein alter Betrieb mehr läuft, daß man hier sagen kann, die Hilfe ist aus dem eigenen Haus gekommen, die endogene Aktivität ist hier voll eingetreten. Wir produzieren Nahtlosrohre - das wissen Sie -, wir produzieren auch Ölfeldrohre. Und hier hat es eine besondere Bewandnis - wie der Herr Kollege Dr. Eichtinger sagt - mit den Verträgen mit den Russen. Ich glaube nicht - ich war nie dabei -, daß unsere Finanz- und Wirtschaftsfachleute der VOEST-Alpine, gepaart mit den Leuten der Wirtschaft, der Handelskammer und allen - Sie sind ja mit drinnen, geben wir uns keiner Täuschung hin -, so dumm oder so „hopertatschig“ in Rußland verhandeln, daß hier nur ein Negativum herauskommt. Hier muß man ja auch die Situation berücksichtigen, die man nach etwa einem Jahr vorfindet, und jeder, der mit dem Osten zu tun hat, wo letzten Endes sichere Geschäfte sind - das muß man sagen -, weiß, daß sie auf der Preisseite sehr geizig sind. Wir glauben aber, daß wir diese Durststrecke überwinden werden und daß wir mit den prognostizierten Produktionszahlen darüber hinwegkommen, daß wir in Kindberg auch für das Jahr 1984 einen Drei- beziehungsweise Vier-Schicht-Betrieb aufrechterhalten werden. Und dieser Drei- und Vier-Schicht-Betrieb, meine Damen und Herren, ist die Garantie, daß wir zirka 1500 Arbeiter und 180 Angestellte haben. Wissen Sie, was das für Zahlen sind? Das sind mehr, als wir 1975 bei dem Maßnahmenstopp hatten. Damals hatten wir nur etwa 1200 bis 1250 Arbeiter, so genau kann man das pro Tag oder Monat nicht sagen, und die Angestelltenzahl lag bei etwa 165 bis 170. Also, Sie sehen, daß hier schon in die Zukunft investiert worden ist - letzten Endes sicher aus eigenen finanziellen Mitteln. Aber das geht nicht immer so, das wissen auch Sie. So darf ich zum Abschluß kommen und sagen, meine Damen und Herren: Wenn wir die Wirtschaftsprobleme hier im Land behandeln, dann sollten sie meines Erachtens sicher von Parteiüberlegungen gewürzt werden, aber in einem solchen tiefen Ernst, daß man auch gegenseitig sagen kann: Jawohl, wir finden uns auf der Linie, daß wir als Politiker verpflichtet sind, auch der steirischen Bevölkerung und unseren Mitmenschen zu helfen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Grillitsch:** Frau Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wenn man die Wirtschaftsdebatte so aufmerksam verfolgt, dann verspürt man sehr deutlich, wie verunsichert die sozialistische Fraktion in diesem Haus ist und wie sehr sie bemüht ist, die Schuld an den ganzen Vorkommnissen weiterzuverteilen. Ich glaube, es gibt niemanden in der Österreichischen Volkspartei, der die verstaatlichte Industrie irgendwo herabsetzen will. Es gibt auch eine klare Meinung darüber, daß man den Zuschuß der verstaatlichten Industrie geben muß. Das wird unterstrichen und war immer unsere Meinung.

Nur, meine Damen und Herren, wenn Sie heute versuchen, durch Ihre Wirtschaftspolitik seit 1970, wo die Probleme angefangen haben, die Schuld weiterzugeben, so kann Ihnen das nicht gelingen. Der Herr Abgeordnete Schützenhöfer hat es sehr deutlich in seiner Budgetrede gesagt, daß Sie 1970 die verstaatlichten Betriebe mit einem Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling übernommen haben. Ich komme aus einem Bezirk, wo wir 1970 noch 6400 Arbeitsplätze im verstaatlichten Bereich hatten. Heute sind es 3400. Und ich muß es Ihnen noch einmal sagen: Was ist in Fohnsdorf passiert? Sie haben versucht, mit einem Sozialzuckerl dort die Leute zu beruhigen. In Wirklichkeit haben Sie sie hineingelegt, meine Damen und Herren! Es war nur zwei Jahre wirksam, und heute haben alle die Folgen zu tragen. Was ist passiert in Judenburg? Sie haben immer auf das Versprechen gewartet, das Ihnen der damalige Bundeskanzler Dr. Kreisky gegeben hat, und warten heute immer noch auf das Versprechen von Dr. Sinowatz. Und Sie verunsichern in einem fort die Menschen dort. Es nützt nichts, wenn ein Abgeordneter dort ans Rednerpult geht und sagt, die schlimme ÖVP-Fraktion der Steiermärkischen Landesregierung will hier das und das verhindern, was dann in Wirklichkeit nicht stimmt, weil auch bekannt war, daß zwei Jahre lang der Zuschuß in der Steiermärkischen Landesregierung abruflbereit war, der Bund aber erst in der letzten Woche seine Zusage gemacht hat. Mit solchen Aussagen, meine Damen und Herren, kann man keine Beruhigung in die Bevölkerung bringen und kann man vor allem den Menschen nicht helfen. Ich glaube, Sie müssen erkennen, daß gerade auch Ihre Wirtschaftspolitik es verstanden hat, gute bestehende Betriebe in Schwierigkeiten zu bringen. Das Werk Zeltweg war ein dominierendes Werk innerhalb der VOEST-Alpine im Finalbereich. Auch das ist bereits in Schwierigkeiten, und es gibt ab 1. Jänner Kurzarbeit. Ich freue mich darüber, daß langsam bei Ihnen die Erkenntnis durchgreift, daß dieser marktpolitische Weg, den Sie vollzogen haben, gerade in den verstaatlichten Betrieben absolut nicht der richtige war. Und daß die Zukunft nur durch mehr Gemeinsamkeit lösbar ist!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich muß Ihnen noch einen Vorwurf machen. Ich bekenne mich absolut zur Arbeitnehmervertretung. Ich bin selbst ein Interessensvertreter, aber gerade das, was Sie seit 1970 im marktpolitischen Bereich auch in dieser Frage aufgeführt haben, war sicher den Betrieben nicht dienlich. Ich kenne Zustände, wo Manager, die die Dinge studiert haben, unerledigt aus Wien von Ihren Freunden zurückkamen, wo am nächsten Tag Betriebsratsobmänner hinfahren und mit einem Erfolg heimkommen durften. Es hat aber nur Jahre gedauert, dann wurde der Betrieb geschlossen. Ich weiß nicht, wie das Spiel in Judenburg jetzt weitergeht. Ist der Squarzer ein Geschädigter vom Gruber, oder ist der Gruber ein Geschädigter vom Squarzer, weil er nicht mehr nach Judenburg darf. Ich glaube, so – meine Damen und Herren – kann man die Probleme nicht lösen, sondern bekennen Sie sich zu dem Weg, zum steirischen Weg, den wir Ihnen hier immer vorschlagen, und bleiben Sie beim steirischen Weg nicht nur bis zum Semmering, und gehen Sie mit uns, um die steirischen Arbeitsplätze, was bedeutet „Arbeit für alle“. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihm.

**Abg. Halper:** Frau Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Der Herr Hofrat Dr. Kandler als Vorstand der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung hat in einem Gespräch gemeint, eigentlich müßte man die Wirtschaftswissenschaften aus dem Bereich der Wissenschaft entfernen und die Wirtschaftswissenschaften dem Bereich der Kunst zuordnen. Es wird nämlich – das mag das Bild am besten beschreiben – immer schwieriger, Prognosen zu stellen, weil sie innerhalb kürzester Zeit wieder verändert werden. Es wird immer schwieriger, auf Fakten Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsphilosophie zu entwickeln, um die Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Wenn wir die Wirtschaftslage der Weltkonjunktur betrachten, dann müssen wir feststellen, daß wir uns in einer großen strukturellen Veränderung befinden, daß Umstrukturierungen in allen Bereichen Platz greifen und daß der Welthandel in vielen Fällen aus seinen Fugen geraten ist. Die traditionellen Verbindungen Nord-Süd oder Ost-West geraten nahezu in unaufhaltsame, nicht kontrollierbare Bewegungen. Vielfach herrscht eine große Ratlosigkeit angesichts der vorhandenen Stagflation und der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit sowohl in den Staaten der OECD als auch versteckterweise in den COMECON-Staaten. Allein aus dem Gefüge des Handels muß festgestellt werden, daß aus den Leistungsbilanzen in nahezu allen Ländern der OECD – die OECD wird im heurigen Jahr ein Leistungsbilanzdefizit in der Größenordnung von 28 Milliarden Dollar aufweisen – nur zwei Länder ausscheren, nämlich mit einem Leistungsbilanzüberschuß: Japan mit einer Größenordnung von 20 Milliarden Dollar und Österreich mit einem Überschuß von 16 Milliarden Schilling. Nun meinen viele konservative Wirtschaftswissenschaftler, vor allem in den USA, in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Großbritannien, daß die Schuld an der Krise in der zunehmenden Intervention der Staaten liegt, daß das hohe Lohnniveau schuld ist und auch – wie in diesem Haus ausgesprochen – die hohen Steuern schuld seien, daß die Wirtschaft in die Krise gelangt. Dadurch – und das scheint die logische Schlußfolgerung – sinken die Profite. Die Folge ist, daß die Investitionsneigung sinkt, dadurch eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, dadurch ein Rückgang der staatlichen Steuereinnahmen eintritt, und dadurch wird der Wohlfahrtsstaat in die Krise gelangen, und der Verursacher dieser Krise sei eben der Wohlfahrtsstaat.

Nun, wie immer man diese Dinge beurteilt, man hat halt das Problem der Interpretation dieser Argumente. Geschätzte Damen und Herren, es ist in vielen Bereichen eine unumstößliche Realität, daß gerade in jenen Staaten mit hohen Sozialausgaben das höchste Wachstum erzielt worden ist. Dazu gehört auch Japan mit den derzeit besten wirtschaftlichen Kennzahlen im Bereich der OECD. Wenn aber ein weiterer Bereich diskutiert wird, daß die Löhne in vielen Bereichen zu hoch seien, dann müssen wir uns vor Augen führen, daß jeder Rückgang der Kaufkraft, die einzigen Aggregate der derzeitigen Wachstumspolitik, nämlich die Kaufkraft der breiten Masse, dazu beiträgt, die Konjunktur zu

beleben. Und ich meine auch, wenn immer wieder die Frage hoher Steuern aufgeworfen wird, dann soll einer hier aufstehen und sagen, um wieviel diese Steuern zu senken seien und um wieviel damit Effekte erzielt werden könnten, um jenes gebotene Wachstum zur Sicherung der Vollbeschäftigung zu erreichen. (Abg. Ing. Stoisser: „Das wäre eine Diskussion wert!“) Grundsätzlich – Herr Präsident, das wissen Sie genauso wie ich und jeder in seinem Bereich der Verantwortung, daß Investitionen getragen sind von der Gewinnerwartung des Unternehmens und daß es unabhängig von wirtschaftlicher Entwicklung, von Zinsen und, und, und ist und der Unternehmer dann investiert, wenn er Gewinne zu erwarten hat. Wir stellen aber fest, daß vor allem Österreich eine überaus hohe Investitionsquote hat und daß viele Investitionen nur aus dem Aspekt der Einkommensmehrung verstanden werden können, nämlich, um weniger Steuern zu bezahlen und nicht, um künftige Gewinne zu erzielen. Ich glaube, das Hauptproblem der Krise derzeit ist die Konkurrenzsituation zwischen den traditionellen Industrieländern und den Schwellen- und Entwicklungsländern und – ein zweiter Aspekt – die Standardisierung der Produkte; hier vor allem Verlagerungen teilweise in Niedriglohnländer, wie wir das beispielsweise an Hand des Problemkreises und der Produktion der Weltautofertigung immer mehr feststellen müssen, daß hier standardisierte Produkte in sogenannte Schwellenländer verlegt werden.

Für den österreichischen Bereich kann gesagt werden, daß wir derzeit vor allem eine gewisse Anpassungskrise feststellen, und die assoziiert sich vor allem aus dem Bereich einer überdimensionierten Grundstoffindustrie, daß wir in vielen Bereichen zuwenig spezialisierte Produkte aufzuweisen haben, daß wir im Bereich der Konsumgüterindustrie international unterrepräsentiert sind und daß die Industrie in vielen Bereichen eine fehlende Innovationsbereitschaft zeigt und – ein letzter Punkt – daß die mangelnde Bereitstellung von Risikokapital auch mit dazu beiträgt, daß jene Impulse, die notwendig wären, die wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu bringen, nicht gesetzt werden. Dazu einen Zahlenwert: Wir stellen fest, solange die Habenzinsenseite unserer veranlagten Gelder höher ist als die mögliche Rendite in einem Unternehmen, werden wir wenig Bereitschaft vorfinden, daß Menschen, die über freie Kapitalien verfügen, bereit sind, das als Risikokapital anzulegen, wenn dort Rendite in der Größenordnung von einem oder zwei Prozent mit der hohen Bereitschaft des Risikos verbunden sind. Die Hauptprobleme, die wir im Bereich der Grundstoffindustrie haben, sind vor allem, daß wir große Unternehmenskapazitäten haben und – das soll nicht übersehen werden und ist auch von vielen Vorrednern angerissen worden – die regionalpolitische Bedeutung dieser Unternehmen. Es geht vor allem in den alten Industrien um Innovationsprobleme. Ich meine, daß es nicht darum geht, die Konkurrenzfähigkeit der Massenprodukte um jeden Preis zu erzielen, sondern es geht um eine flexiblere Produktion, um eine kundenorientierte Produktion.

Und, geschätzte Damen und Herren dieses Landtages, dazu gehört, kundenkonform zu produzieren, daß auch die geographische Hürde zwischen Verwaltung und Produktion, wie wir sie in vielen Bereichen der

Steiermark feststellen, an Hand des Beispiels VEW, daß diese Verwaltungszentralen zu den Standorten gehören. Und ich meine, es ist ein Gebot aller Steirer, hier in diesem Landtag zu sagen – und da müssen wir einfach Steirer sein –, daß die Zentralen zu den Standorten gehören, um die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe zu erhöhen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich kann das nur aus einer Situation zum Ausdruck bringen, geschätzte Damen und Herren: Das Problem der Stölzle Oberglas, diese furchtbare Entwicklung, daß einen Tag vor dem Heiligen Abend in Voitsberg 180 Menschen – das sind die letzten, die im Betrieb beschäftigt sind – ihren Arbeitsplatz verlieren, ist auch aus der Entwicklung entstanden, daß die Zentrale in Wien ja überhaupt nicht auf die Kundenbedürfnisse eingegangen ist, und das heißt, daß der Betrieb systematisch ausgehungert wurde, wie wir es in anderen Bereichen immer wieder verspüren. Daher echt die Forderung: Standorte und Zentralen müssen eine Einheit bilden, um näher an den Markt rücken zu können.

Geschätzte Damen und Herren, in jedem Fall, wenn wir also unsere Produktionen auf flexiblere Produkte und auf marktkonformere Produkte verlagern wollen, müssen wir auch den Betrieben die Chance geben, die notwendigen Mittel zu haben, um diese Umstrukturierungen zu lösen. Deshalb bekennen wir uns als Sozialisten zur 16,6-Milliarden-Hilfe für die verstaatlichte Industrie. Geschätzte Damen und Herren, mit Schließen löst man keine Probleme, und ich meine, wir haben eine hohe regionalpolitische Verantwortung auch gegenüber jenen Regionen zu tragen, in denen solche traditionellen Betriebe in die Krise geraten sind. Die teuerste Form, den Strukturwandel zu lösen, wäre durch Industriefriedhöfe. Ich meine auch, wie ja die Arbeitslosigkeit insgesamt die teuerste Form ist, Arbeitszeit zu verkürzen, und dagegen müssen wir uns als Sozialdemokraten aussprechen.

Die Frage, wie wir im gemeinsamen Bemühen die wirtschaftlichen Strukturprobleme lösen, haben wir aus dem Schoß des Landes schon in die Wege geleitet, aber auch der Bund hat wesentliche Schritte gesetzt, um diesen Innovationswandel zu verwirklichen. Ich denke hier nur an die Gesellschaft für Bundesbeteiligung an Industrien, dadurch war es möglich, vor allem die Bauknecht-Werke zu retten und zu erhalten und auch für die Region diese Arbeitsplätze zu sichern. Und ein zweiter Bereich ist die ICD, die Industrieansiedlungs- und Corporationsgesellschaft des Bundes, wofür 250 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, um zusätzliche Investorenwerbung zu betreiben. Und ein dritter Bereich ist die Innovationsagentur, die sich bemüht, den Kontakt zwischen Wissenschaft und Forschung, getragen von den Sozialpartnern, herzustellen und den notwendigen Technologietransfer durchzuführen. Auch im Bereich des Landes Steiermark muß als positive Entwicklung ein Beitrag für die Wirtschaftsförderung erwähnt werden, die Einrichtung der Betriebsansiedlungsgesellschaft und der Technova vom Grundsatz, sofern sie nicht als eine Station für nicht mehr tätige Politiker gilt. Aber wir Sozialdemokraten müssen uns gegen die bisherige Art der Grundstücksbeteiligungsgesellschaft verwahren und verwehren, weil wir meinen, daß diese Form nur zusätzliche Belastungen für den Landeshaushalt bringt und diese Mittel effizienter für Wirtschaftsförderung eingesetzt

werden können. Wir meinen, Herr Abgeordneter Ing. Stoisser und Herr Präsident, daß es angesichts der vielen Probleme, die wir in der Steiermark haben, sinnvoll wäre, nicht nur uns gegenseitig die Hand zu reichen, sondern auch gemeinsam zu versuchen, die Dinge in den Griff zu bekommen. (Abg. Ing. Stoisser: „Das meine ich ja!“) Und deswegen wiederhole ich die Vorstellung der Sozialisten dieses Hauses, nämlich die Initiative von Hans Gross, die Gründung eines Industrieinstituts als eine Anlaufstelle zur Bewältigung der Betriebs- und Strukturprobleme. Im besonderen muß ich aber – es sei hier gerne geschehen – vor allem für die kooperative Zusammenarbeit zwischen Hofrat Dr. Kandler in Fragen der Wirtschaftsförderung aber auch für die sehr konstruktive Arbeit von Landesrat Dr. Helmut Heidinger und Herrn Landesrat Dr. Klausner danken, weil wir viele Probleme regionaler Art sehr unkompliziert zum Wohle der Wirtschaft und der Arbeitsplätze lösen.

Geschätzte Damen und Herren, nun noch zu einem zweiten Teil. Vor wenigen Tagen fand im weststeirischen Kohlenrevier die Barbarafeier statt. Als ein Problem der Bergarbeiter hat sich dargelegt, daß durch die Absicht der STEWEAG, das Fernheizwerk in Graz in der Puchstraße zu schließen und damit die bisherige Abnahme von 250.000 Tonnen Kohle nicht mehr zu tätigen, eine ernsthafte Gefährdung von Arbeitsplätzen im weststeirischen Kohlenrevier eintreten würde. Zur Zeit – und es ist eine positive Stellungnahme – stellen wir eine Renaissance der heimischen Braunkohle fest, die Arbeitsplätze sind dort über das Jahr 2000, wenn wir die Entwicklung weiterverfolgen, gesichert. Auch die Notwendigkeit der Kooperation vor allem durch Prospektion, zusätzlich Kohlevorkommen zu finden, findet auch zwischen Land und der GKB im positiven Sinne statt. Ich meine bei dieser Gelegenheit, daß wir alles daransetzen sollten, Arbeitsplätze im heimischen Bergbau zu sichern. Diese positive gemeinsame Politik ist der beste Dank der Öffentlichkeit an den heimischen Bergbau, an die weststeirischen Bergarbeiter, und in dieser Gesinnung Ihnen allen ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Harmtodd. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Harmtodd:** Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Ileschitz hat heute von der Lage in Deutschland gesprochen. Und da möchte ich hinzufügen, daß auch der Weg in Deutschland falsch war. Daher diese Situation in Deutschland. Ich möchte aber heute nicht über Deutschland reden, sondern über den falschen Weg in Österreich. In Österreich kann man von einer Besserung der allgemeinen Situation, also von einem wirtschaftlichen Aufschwung, zum momentanen Zeitpunkt überhaupt nicht reden. (Abg. Brandl: „Stoisser hat etwas anderes gesagt!“) Schuld daran ist sicherlich die Weltwirtschaft, vor allem aber auch der gepriesene österreichische Weg. Ein Weg, der sicherlich falsch ist. Ein Weg, der die Parteipolitik vor die Wirtschaftspolitik stellt. Das ist eindeutig sichtbar. (Abg. Ileschitz: „Eine Frage: Bist du der politische Vertreter?“) Allein – Herr Kollege Ileschitz, und jetzt komme ich zu einer Zahl – in der Steiermark hat die

Industrie vom Jahre 1977 bis heute 16.336 Arbeitsplätze verloren. (Abg. Tschernitz: „In der Privatindustrie!“) Das Gewerbe und andere Sektionen konnten bisher diese Arbeitsplätze einigermaßen halten. Der Fremdenverkehr – und das ist sehr erfreulich – konnte in diesem Zeitraum die Arbeitsplätze um 1687 Arbeitsplätze vermehren. Die Geschenkpoltik ist für den Wahlfang sicherlich von Vorteil. Jede Verschwendung, aber auch blödsinnige Dinge wurden mit diesem Slogan „Arbeitsplatzsicherung“ abgeschirmt. Verteilen, meine Damen und Herren, soll man nur das, was man vorher erarbeitet hat. Ganz trostlos sind die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit. Und hier täuschen – meine lieben Abgeordnetenkollegen – die Zahlen. Allein in der Steiermark gibt es zur Zeit 1268 Jugendliche, die auf eine Arbeit warten, in Wirklichkeit sind es wesentlich mehr. Im Jahre 1970 – das wurde heute schon einmal gesagt, ich muß es aber wiederholen – schüttete die verstaatlichte Industrie noch einen Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling aus, und seither mußten diese Betriebe, die früher Gewinne ausschütteten, mit 10,7 Milliarden Schilling aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. Weitere 16,6 Milliarden Schilling aus öffentlichen Mitteln müssen nun für die verstaatlichten Betriebe bereitgestellt werden. Von seiten der SPÖ – vor allem der Kollege Rainer hat es heute auch hier wieder gesagt – wird immer wieder betont, daß die ÖVP dagegen wäre. Das stimmt in keinster Weise, sondern auch hier ist wieder der Weg falsch, weil wir mit dieser Förderung Begleitmaßnahmen gefordert und damit verbunden haben, daß hier verschiedene Maßnahmen gesetzt werden. Unser Antrag mit dieser Auflage wurde von seiten der SPÖ abgelehnt. Meine persönlichen Meinungen, meine Damen und Herren, kennen Sie ja. Ich bin ein großer Gegner von Wirtschaftsförderungen, und ich habe davon schon sehr oft gesprochen. Einmal sind die meisten Betriebe von einer Förderung ausgeschlossen, andererseits sind sie nicht korrekt und auch nicht gerecht, weil sie nicht jeder bekommen kann. Zum anderen bringt eine Förderung sehr oft keine Erfolge, und außerdem verzerrt sie zum Teil die Wettbewerbsverhältnisse. Ausnahmen, die auch heute angeklungen sind, gibt es von meiner Warte aus. Hier verrete ich bestimmt die Meinung, daß wir eine Förderung für Betriebsgründungen geben sollen, bei Investitionen für neue Produkte, und auch für den Export ist sie notwendig.

Ganz kurz noch zu dieser Eigenkapitalslage, die unbedingt notwendig ist – auch der Herr Kollege Prensberger hat das heute ausgesagt. Die Eigenkapitalsdecke betrug im Jahre 1970 in Österreich etwa 33 Prozent – knapp vor der Hochwassermarke. Heute liegen wir in Österreich im Durchschnitt bei 15 Prozent, beim Gewerbe sogar nur bei 13 Prozent. Das ist selbstverständlich auch eine sehr große Schwierigkeit, die damit verbunden ist.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, gar nicht weiter darauf eingehen. Die Zeit drängt, ich weiß, Sie sind sehr hungrig, und ich habe auch einen Zettel bekommen, daß ich mich sehr kurz fassen soll. Daher nur ein Schlußwort:

Geben wir unserer Wirtschaft neue Impulse, nützen wir daher auch diese Chance, indem wir Fleiß, Tüchtigkeit und Risikobereitschaft anerkennen und der Tüch-

tigkeit eines Unternehmers mehr Gewicht beimessen. Der Nobelpreisträger Hajek hat einmal sehr treffend gesagt: „Mehr Hirne, die denken, mehr Hände, die zapacken, bieten die Chance zum Fortschritt.“ Danke, meine Damen und Herren! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Die nächste Wortmeldung ist der Herr Landesrat Dr. Heidinger.

**Landesrat Dr. Heidinger:** Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Im Vorjahr haben 15 Redner vier Stunden und 40 Minuten in Anspruch genommen. Bisher haben 14 Redner knapp drei Stunden und 50 Minuten geredet, und ich verspreche Ihnen, daß ich die vier Stunden 40 Minuten vom Vorjahr nicht erreichen werde. Ich möchte mich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit auf einige wesentliche Dinge beschränken. Gewisse Anfragen und Diskussionsbeiträge werden es allerdings erforderlich machen, etwas länger darauf zu antworten. Um eine unstrittige Basis für unsere Überlegungen zu haben, habe ich mir erlaubt – die Herren sind gerade dabei –, wichtige Statistiken auszuteilen. Sie stützen sich – und das möchte ich anerkennend hervorheben – sehr oft auf die Regionalstatistik der Arbeiterkammer, die ja ein ausgezeichnetes statistisches Referat hat, und ich hoffe daher, insbesondere bei den Kollegen von der linken Seite diesbezüglich keine Reklamationen zu bekommen. Gäbe es doch welche, bitte sie an das Statistische Referat der Arbeiterkammer zu richten. Viele Zahlen sind auch in der Debatte genannt worden, viele Probleme wurden von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet: aus der Sicht der Unternehmer, aus der Sicht der Gewerkschafter, aus der Sicht der Gemeinden, aus der Sicht der Regionen, der alten Industriegebiete, aus der Sicht der Landeshauptstadt, aus der Sicht des Grenzlandes und ländlicher Räume und schließlich aus der Sicht diverser Wirtschaftsbereiche und -branchen.

Es ist verständlich, daß es dabei auch eine unterschiedliche Interpretation von Statistiken gibt. Der allgemeine Ausgangspunkt: schwierige Situation, hohe politische Verantwortung und internationale Probleme. Aber – das muß man schon sagen – auch Probleme, die aus der besonderen politischen und gesellschaftlichen Struktur Österreichs entstanden sind. Daß manchmal auch recht dialektisch argumentiert wurde, ist das Salz der Demokratie, und ich glaube, es ist gut so. Es ist auch gut – und das ist mein genereller Eindruck –, daß sich viele, die sich früher wirtschaftlichen Fragen verschlossen haben, weil es kein Problem war, einen Arbeitsplatz zu bekommen, jetzt betriebswirtschaftlichen Argumenten nicht verschließen. Ich komme auf die Beschäftigungsgarantieforderung, lieber Herr Präsident Ileschitz, noch zurück. Ich hatte bei den Verhandlungen in Wien manchmal den Eindruck, daß ich nun Gewerkschaftsvertreter bin und kapitalistischen Unternehmen gegenüberstehe, wenn ich die Begründungen von Herrn Staatssekretär Lacina und Herrn Generaldirektor Grünwald, warum es keine Beschäftigungsgarantie geben könne, angehört habe. Ich unterstreiche, lieber Herr Präsident, deinen Aufruf zum Weg der Gemeinsamkeit, ich würde mich freuen, wenn du ihn auch in der Frage der Beschäftigungsgarantie mit uns gehen würdest.

Aber noch etwas Positives darf ich an die Spitze stellen: Generell gibt es wieder die Rückbesinnung zur Selbsthilfe. Ich nenne nur, Herr Kollege Halper, die Selbsthilfegruppe Glas mit all ihren Problemen, die wir, glaube ich, gemeinsam sehen. Bitte, etwas ist keine Selbsthilfe – und das sage ich auch in aller Deutlichkeit, denn mit solcher Selbsthilfe habe ich mich leider sehr oft herumzuschlagen: „Ich habe die Idee, und Sie, Herr Landesrat, oder du, Landesregierung, du, Bund, zahle.“ Das, bitte, ist genau das Gegenteil von Selbsthilfe.

Aber wir sind dafür: Eigeninitiative statt Subvention.

Es ist auch gut, daß es eine neue Geldanschauung gibt, daß die Betriebe und die Unternehmen wieder draufkommen, daß Schulden nicht immer ein Vorteil sind, weil eben die Zinsen zu zahlen sind. Und der Ruf nach Brechung der Zinsknechtschaft, den habe ich schon in Parteiprogrammen zu meiner Jugendzeit gelesen; er wird nicht stattfinden, er findet auch nach meinem Wissen in Zentralverwaltungswirtschaften nicht statt. Auch Kredite sollen keine Selbstverständlichkeit sein. Die Versuche, öffentliche Sparsamkeit zu predigen, werden nicht mehr als Witz aufgefaßt. Die wirtschaftliche Vernunft und die Bereitschaft, gemeinsam Lasten zu tragen, wachsen. Auch wenn der eine oder andere sehr hart Standpunkte der anderen Seite attackiert hat, zum Schluß war eigentlich überall der Appell zur Gemeinsamkeit zu hören. Und realistisch sehe ich ihn auch in den Lohnabschlüssen, die – auch das muß man offen sagen – zu Reallohnneinbußen führen. Ich weiß jetzt nicht mehr, wer das von den Abgeordneten gesagt hat, aber ich schließe mich voll der Meinung an – und das ist eine wesentliche Unterscheidung gegen die dreißiger Jahre –, daß bisher nicht mit Lohn- und Gehaltskürzungsprogrammen versucht wurde, etwa die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen, obwohl da manches zu Problemen führt, und daß Unternehmer und private Haushalte versuchen, ihr Bilanz- und Schuldenbild zu verbessern.

Und schließlich – und auch das sei mir gestattet – freut mich der Anschauungswandel, den ich bei vielen ideologisch vielleicht mit gewisser Blickrichtung ausgestatteten Kollegen gesehen habe: Kapital wird nicht mehr als Diebstahl betrachtet, sondern es wird als betriebswirtschaftliche Notwendigkeit und als Risikopuffer anerkannt! Damit können wir uns schon viel leichter sachlich auseinandersetzen.

Über die besondere Situation der Steiermark ist vieles und Gescheites gesagt worden. Ich möchte nicht verhehlen – weil auch das aus jeder Statistik ersichtlich ist –, der Anteil der Steiermark an der Bruttowertschöpfung Österreichs geht mit der – wenn Sie wollen – Wohlstandsverlagerung nach Westen kontinuierlich zurück. Er lag 1961 bei 13,6 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von 15,7 Prozent. Er ist leider 1982 auf 12,4 Prozent zurückgegangen. Aber ich sage – und das möchte ich dann begründen –, hätten wir nicht seit 1967 im Land doch eine sehr massive und spürbare Wirtschaftsförderung, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sähe die Sache noch viel, viel trüber aus. Wieviel, das kann niemand sagen, aber daß die Wirtschaftsförderung der vergangenen Jahre ein Flop war, kann man sicher auch nicht sagen. Tatsache ist auch, daß sich in der Industrie sehr wohl ein Strukturwandel

vollzogen hat. Sie sehen das in den Statistiken. Auf Basis 1970 = 100 der jeweils für die Branche tätigen Arbeitnehmer ist etwa 1982 im Bereich Bergwerk und eisenerzeugende Industrie der Index nur mehr von 54 gegeben, die Beschäftigten wurden hier also halbiert. Sie sind in Gesamtbetrachtung der Industriebeschäftigten von über einem Drittel auf etwas mehr als 20 Prozent zurückgegangen. Das ist ein gigantischer Strukturwandel, der bisher von der Öffentlichkeit kaum bemerkt worden ist. Erst jetzt mit den Strukturprogrammen für die VEW fängt man mit Recht darüber hart zu diskutieren an. In der Glasindustrie, Herr Kollege Halper, sind wir gar auf 46 Prozent, in der Papierindustrie auf 70 Prozent gefallen. In der papierverarbeitenden Industrie aber auf 113 Prozent angestiegen. Sägeindustrie 64 Prozent, Holzverarbeitende Industrie 120 Prozent - Herr Präsident Ileschitz, trotzdem ich absolut übereinstimme mit dem, was du gesagt hast, wir wollten im Holz etwas zusammenbringen. Maschinen- und Stahlbau 132 Prozent, im Fahrzeugbau gehalten, aber innerhalb des Fahrzeugbaues umgeschichtet auf 101 Prozent, Elektroindustrie mit Elektronik 128 Prozent und Gas- und Wärmeversorgung - das ist ein kleiner Bereich - 524 Prozent.

Der Strukturwandel zeigt sich auch bei der Verschiebung vom sogenannten primären zum tertiären Sektor. Wir haben im Primärsektor, also im Bergbau, noch 1970 über 5 Prozent der Arbeitnehmer gehabt, 45 Prozent im produzierenden Gewerbe und 44 Prozent im Dienstleistungsbereich. Wir sind 1982 auf knapp 2 Prozent im Primärsektor abgesunken. Der Sekundärsektor hält unverändert mit 45 Prozent und 53 Prozent haben wir im Dienstleistungsbereich. Aber vom Dienstleistungsbereich - und das soll man nicht verschweigen - sind 40 Prozent öffentliche Dienstleistungen.

Nun zur Wirtschaftsförderung. Es ist ja über den Wirtschaftsförderungsbericht diskutiert worden. Ich möchte mich nicht wiederholen. Aber eines muß ich sagen: Es steht dort sehr klar zu lesen, daß wir mit den herkömmlichen Förderungsinstrumenten die Auswirkungen der Krise nicht beheben können. Wir werden von direkten monetären Förderungen zugunsten nicht-monetärer Förderungen, wie Betriebsberatung, Informations- und Innovationstransfer, wegkommen müssen. Und bitte, hier ein offenes Wort: Mein Vorgänger im Amt, Herr Landesrat Fuchs, ist diese Dinge auch etwa durch die Gründung der Technova sehr intensiv angegangen, und vorher wurde - da war ich nicht ganz unbeteiligt - im Bereich der Kreditinstitute die Innofinanz gegründet, mit der die Technova sehr intensiv zusammenarbeitet. Aber wir haben auch die Betriebsansiedlungsgesellschaft gegründet mit der Idee, die Landesrat Fuchs gehabt hat, die Sozialpartner hier einzubinden, im Sinne der Anregung, die du, Herr Präsident Ileschitz, gegeben hast. Aber wenn man über das Budget verhandelt, dann sind zwar alle dabei, Arbeiterkammer, Handelskammer und so weiter, die Stadt Graz, aber jeder sagt, aus meinem Budget bekommt ihr nichts. Du, Land, zahle! Und das ist das Unbefriedigende. (Abg. Ileschitz: „Aber zuerst soll der geben, der Geld hat!“) Vielleicht weißt du gar nichts davon, Herr Präsident! Also gib deinem Herzen einen Stoß. Der Herr Landesfinanzreferent sitzt nicht weit von dir, er sitzt auch mit mir dort in den Gremien und wird gerne zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeiterkam-

mer mehr bezahlt. Dann wirst du auch die Handelskammer praktisch moralisch dazu bringen. Ich habe gar nichts dagegen, wenn Ihr einmal den ersten Schritt tut. (Abg. Ing. Stoisser: „Die Handelskammer hat nichts!“) Darüber möchte ich nicht rechten, Herr Präsident Ing. Stoisser. Aber ich möchte noch etwas sagen. Was die 25 Mitarbeiter der Wirtschaftsförderungsabteilung mit ihren ganzen fünf Akademikern leisten, ist sehr bemerkenswert, und das soll hervorgehoben werden.

Und nun - ich sehe, daß ich die Zeit dazu habe, ich hoffe, das Hohe Haus gibt sie mir - möchte ich mich mit einer Studie über die Wirtschaftsförderung auseinandersetzen, die offensichtlich manchen Reden der Vertreter der Gewerkschaft und Arbeiterkammer, auch deiner, Herr Präsident Ileschitz, mit zugrunde gelegen hat. Nämlich mit einer Studie, die vor kurzem von Magister Moser über die Industrieansiedlungspolitik und die Regionalentwicklung am Beispiel der Steiermark publiziert wurde. Ich kenne die Gesamtstudie nicht, sondern nur das, was publiziert wurde, und möchte mich, weil das eine durchaus sachliche Auseinandersetzung ist, ebenso sachlich damit beschäftigen. Es wird gesagt, daß zwar ein quantitativer Beschäftigungseffekt nicht zu leugnen sei, aber mittel- bis langfristig würde diese Politik nicht wirksam sein. Ich sage gleich und nehme mir diese Bewertung heraus, es ist das typische Werk eines Theoretikers mit idealistischem Einschlag. Der Idealismus nimmt bekanntlich mit dem Quadrat der Entfernung zum Problem zu. Moser zeigt auf, daß vor allem die Zweigniederlassungsgründungen negative Auswirkungen haben, also das, was einmal als verlängerte Werkbank bezeichnet wurde. Auch ich habe keine Freude damit. Aber wenn wir uns anschauen, wo überhaupt in den letzten zehn Jahren eine namhaftere Zahl von Arbeitsplätzen in einigermaßen innovativen Bereichen gesichert wurde, dann waren es die so verpönten Multis, das sind die Siemens-Bauelemente etwa in Deutschlandsberg mit all den Schwankungen, die sie mitgemacht haben, das ist die AMI zusammen mit der VOEST-Alpine, das kann man fortsetzen mit dem Philips-Farbbildröhrenwerk, das erst im letzten Jahr wieder die Belegschaft um etwa 20 Prozent vergrößert hat. Ich weiß schon, daß manches richtig ist, was gesagt wird. Die interregionalen Bezugs- und Absatzverflechtungen fehlen. Daher geringer Multiplikator, einverstanden. Höher qualifizierte Arbeitskräfte finden keine Arbeit, weil die Relation zwischen dem Leitungspersonal und den Arbeitnehmern eine relativ ungünstige ist. Das stimmt schon nur mehr zum Teil, denn Siemens hat auch in Graz ein Forschungszentrum und denkt daran, es zu vergrößern, wo eben die innovative Kraft einer Hochschulstadt eingesetzt wird. (Abg. Ileschitz: „Da ist keiner dagegen! Wir tun ja dabei mit, wir fordern es!“) Lieber Freund, ich setze mich sachlich mit dem auseinander, was Moser geschrieben hat. Die Betriebe hätten keine Entscheidungskompetenzen. Es gibt keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Ich sagte schon, daß das nicht immer stimmt. Die Ausbildung von Lehrlingen wird vernachlässigt. Es ist leider ein Faktum, daß eben die Industrie überhaupt nur 17 Prozent der Lehrlinge beschäftigt. Bitte, das ist ein fundamentaler Irrtum. Das Durchschnittseinkommen pro Beschäftigtem der Region sinke durch die Ansiedlung. Lieber Präsident, sage deinem aktiven und jungen

wissenschaftlichen Mitarbeiter, er soll solche Sachen mit Praktikern diskutieren, denn wie ist denn die Wirklichkeit? Da kommen Leute, die unterbeschäftigt in einem kleinen Bauernhof sind, in so ein Werk hinein und bekommen einen Industrielohn; der etwa bei Philips ein ganz respektable ist. Das heißt, daß er statt seiner vielleicht 2000 bis 3000 Schilling, die er aus der Landwirtschaft mit Mühe und Not pro Monat erlöst, dann seine 10.000 oder 15.000 Schilling bekommt, und damit wird das Einkommen der Region sehr wohl gestärkt. (Abg. Ileschitz: „Darf ich kurz dazwischenreden; Erst durch den Einfluß der Gewerkschaft war es möglich, den kollektivvertraglichen Mindestlohn in dieser Gruppe zu erreichen, weil man geglaubt hat, den Lohn eines Arbeiters oder Angestellten eines Entwicklungslandes zahlen zu können! Hier gibt es mehrere Beispiele, daß dies erst durch den massierten Einsatz unsererseits möglich war!“)

Lieber Herr Präsident, ich will das gar nicht bestreiten, nur, siehst du, zu welchen Löhnen die Leute bereit sind, eine Arbeit anzunehmen, weil sie eben vorher noch viel weniger verdient haben. Daß das lohnpolitisch jetzt, bitte, eine Diskussion ist und daß ein Kollektivvertrag die unterste Grenze auch für mich ist, das ist keine Frage.

Als künftige Erfordernisse – und jetzt darf ich fast lächeln – werden höhere Fördersätze verlangt: Aber bitte schön, wo ist das Budget? Es soll eine sorgfältigere Auswahl erfolgen, wenn überhaupt keiner kommt, der bereit ist, etwas zu tun! Wir sollen eine selektive Ansiedlungspolitik betreiben: Wir sind froh, wenn sich überhaupt noch einer findet, der irgendwo etwas tut. Das ist also die Differenz zwischen Theorie und denen, die politische und wirtschaftliche Erfahrung haben und in der Wirklichkeit leben, wie Sie alle. Ich habe gar nichts dagegen, daß kritisiert wird, daß wir sehr oft Sachen machen müssen, die ich immer als regionale Sozialmaßnahmen bezeichnet habe und worüber ich, wenn ich über die Beschäftigungsgarantie rede, noch einiges sagen möchte. Aber, es ist eben schwer, wenn vom Minister über den Arbeiterkammerpräsidenten, über den regionalen Handelskammerobermanager bis zum letzten Betriebsrat alle für so etwas intervenieren. Wir kommen auch zu der konkreten Liste: Das ist eben dann das Abwägen zwischen Innovation und Konservierung beziehungsweise Hinausziehen eines Zustandes, den wir alle nicht wollen. Denn eines möchte ich auch sagen: Selbstverständlich weiß jeder der Abgeordneten – und davon bin ich überzeugt, und das gilt für alle Mitglieder der Regierung – ganz genau, was es heißt, wenn man nicht helfen kann und ein Betrieb zugrunde geht; ob er zehn oder ob er 100 Arbeitnehmer hat. Gerade wir, die wir aus der Generation kommen, die die dreißiger Jahre bereits bewußt erlebt haben, wissen, daß sich so etwas nicht wiederholen soll. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

Ich möchte doch eine Statistik zitieren, die ein bißchen erschütternd ist und die gleichzeitig zeigt, warum wir jetzt endlich eine Beschäftigungsgarantie im Bereich der verstaatlichten Industrie wollen:

Von 1970 bis 1982 hat in der Steiermark in der ÖIAG-Gruppe die Beschäftigtenzahl um fast 18 Prozent abgenommen. In Österreich, ohne Steiermark, hat sie, bitte sehr, um 19 Prozent zugenommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die ÖIAG offensichtlich

die Möglichkeit einer Umstrukturierung hatte – sonst gäbe es dort nicht mehr Arbeitnehmer –, dann bitten wir schon, daß die Eigentümer das tun, was man als Verantwortung für ein Kind bezeichnen könnte. Ich habe gesehen, Herr Präsident, du stimmst mir da voll zu.

Ich darf Ihnen noch die Verminderung bei einigen Standorten zitieren: VOEST-Alpine in der Zeit von 1970 bis 1983: minus 12 Prozent; VEW – steirische Standorte: minus 30 Prozent; Simmering-Graz-Pauker: Ausnahme, plus 8 Prozent; ELIN: plus 25 Prozent, hoffentlich hält es; GKB: minus 52 Prozent. Bitte, das ist die harte Wirklichkeit.

Ich möchte auch zitieren, daß die Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie nur mehr 30 Prozent der Industriebeschäftigten betragen, in der Industrie im Bankeigentum 13 Prozent, im Privateigentum 57 Prozent. Aber bitte, von 1977 bis 1982 ist der Industriebeschäftigtenstand insgesamt um 10 Prozent gesunken.

Und nun zur Beschäftigungsgarantie: Ich darf das vielleicht vorlesen, weil es – glaube ich – zeigt, wie wir das meinen. Das ist der letzte Vorschlag, den wir Ende November dem Herrn Staatssekretär Lacina als Verhandler übermittelt haben. Wir hatten einen Termin für 22. Dezember; er ist leider aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, gestern vom Herrn Staatssekretär abgesagt worden. Wir haben vorgeschlagen, in dieser 15a-Vereinbarung folgendes festzuhalten: „Die unvermeidbare Reduzierung der Grundstoffkapazität in der Obersteiermark wird überwiegend in der Form erfolgen, daß die betroffenen Werke auf Produktlinien der Finalgüterindustrie umgerüstet werden. Die Stilllegung und Umrüstung werden nicht zuletzt aus arbeitsmarkt- und regionalpolitischen Überlegungen Zug um Zug erfolgen. Darüber hinaus werden Bund und ÖIAG dafür sorgen, neue Produktionsstätten in der Obersteiermark in dem Maß anzusiedeln, daß die Summe der Beschäftigten in der Region sowohl in den bisherigen verstaatlichten Industriebetrieben als auch in neu anzusiedelnden Unternehmen erhalten bleibt.“ – Also nicht Konservierung. – „Der Bund wird dafür entsprechende Sonderförderungsmittel zur Verfügung stellen und in den Förderungsbeträgen über die für andere regionalpolitisch weniger betroffene Gebiete hinaufgehen, wobei das Land nach Maßgabe seiner Budgetmittel in Relation zum Bundesgebiet Mithilfe leisten wird.“ Das ist unser Vorschlag; wir werden sehen, welcher Gegenvorschlag nun kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich wiederhole noch einmal: Ich fühle mich hier in der Arbeiterkammerresolution bestärkt, lieber Herr Präsident, in der von der Verantwortung der Banken für ihre Konzernbetriebe die Rede ist. Ich teile diese Auffassung, gerade weil ich aus dem Bankenbereich komme. Und ich habe das sehr offen den Herren der Maschinenfabrik Andritz und der Creditanstalt gestern bei den abgeschlossenen Verhandlungen, die Herr Landesrat Dr. Klauser und ich de nomine der Landesregierung zu führen hatten, gesagt. Nur hilft es nichts, wenn sie das freundlich lächelnd zur Kenntnis nehmen – die Herren der CA –, dazu noch sagen: „Ja, ja.“ (Abg. Preamsberger: „Die Bankleute sind manchmal hart und kalt!“) Lieber Freund, ich fühle mich nicht betroffen. Lieber Freund Preamsberger, die Sparkassen waren, wie sie gegründet wurden, Sozialinstitute mit

Geldinstitutscharakter, und sie sind heute noch Banken mit sozialen Aspekten. (Abg. Ileschitz: „Der Schilling hat kein Mascher!“) Daher danke ich für diese Feststellung. Wir haben nur gedacht – und auch das sei mir gestattet –, daß die Bankenverstaatlichung dazu dient, solche Dinge zu verhindern. Es hat sich, bitte, nichts geändert, ob das der Rothschild ist oder ob das die verstaatlichte CA mit Generaldirektor Androsch ist. Die Allüren sind auch ähnlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Und dann noch, von vielen angezogen, der Einsatz der Förderungsmittel: Herr Präsident Ileschitz, ich bin mit der Dreiteilung des Topfes durchaus einverstanden, und sie hat in der Realität de facto stattgefunden. Es ist halt so, und ich zitiere jetzt: In Graz-Stadt ist es arbeitsplatzmäßig wirklich lange gutgegangen, und wir wollten nicht zusätzlich den Sog durch Pendler provozieren, daher hat Graz – die Zahlen gelten jetzt immer von 1967 bis 1982 – bei einem Bevölkerungsanteil von 20 Prozent 12 Prozent der Förderungsmittel bekommen; Leibnitz bei einem Bevölkerungsanteil von 6 Prozent hat 9,7 Prozent der Förderung bekommen; in den letzten Jahren fast gar nichts mehr. Weil ich dort die Verhältnisse gut kenne: Dort haben wir vornehmlich Firmen gefördert, die sich aus der Region heraus entwickelt haben. Das war in den sechziger und siebziger Jahren eine Chance, die wir wahrgenommen haben. Wir haben nur zwei Neuansiedlungen, die beide florieren, und wir haben bis jetzt, Gott sei Dank, nur eine große Insolvenz von einem geförderten Betrieb, der aber vorher die Förderung zurückgezahlt hat. Er hat dann noch eine bekommen, weil wir hofften, ihn über die Runden zu bringen; da werden wir etwas Haare lassen müssen. Und bitte, der Bezirk Liezen mit 6,7 Prozent der Bevölkerung und Deutschlandsberg mit 5 Prozent der Bevölkerung haben je 9,3 Prozent der Förderung bekommen – das sehe ich im Sinne des geforderten regionalen Ausgleiches. Und gerade der Bezirk Deutschlandsberg ist ein besonders schwieriger Bezirk. Freund Harmtoldt, zu deiner etwas kritischen Bemerkung: Ich stehe grundsätzlich auch dazu, daß es am schönsten wäre, wir könnten die Wirtschaftsförderung abschaffen, und ich hätte damit nichts zu tun. Ich bin gar nicht machtgierrig. Aber in der heutigen Situation ist das eine Notwendigkeit, und ich darf vielleicht wegen der Klein- und Mittelbetriebe doch anmerken, daß wir in den Jahren 1980/83 bis zum 30. September, also in dreidreiviertel Jahren, 3600 Förderungsfälle behandelt haben. Das bedeutet, daß jedes achte Unternehmen – wir haben rund 33.000 Unternehmen – in dreidreiviertel Jahren eine Förderung bekommen hat. Wir haben ganz klare Kriterien. Wir haben ein Kuratorium, wie vielleicht bekannt ist, wo auch die Vertreter des freien Wirtschaftsverbandes über die Vergabe entscheiden. Wir entscheiden fast immer einstimmig. Ich glaube auch, daß es dieses Krisenmanagement in der Landesregierung gibt, meistens in Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung 10, mit der Wirtschaftsförderungsabteilung und dann in Form des Beirates – du hast es dankenswerterweise erwähnt, Herr Präsident – wo wir eigentlich wirklich kurz vor der Einigung über diese leidige Geschäftsordnung stehen.

Nun in aller Kürze zu den konkreten Förderungsfällen. Niklasdorf: Herr Abgeordneter Rader, die Sache Prinzhorn ist nicht ganz so, wie Sie das dargestellt haben. Herr Prinzhorn hat mit mir telefoniert und hat

damals ungefähr gesagt: „Ich bin bereit, mir von der Leykam Betriebszeit zu mieten und eventuell weiterzutun, und da werde ich 30 bis maximal 50 Arbeitnehmer beschäftigen.“ Und es war – glaube ich – klar, und wir waren da völlig einig mit den Bundesstellen, daß wir dem den Zuschlag geben, der realistischerweise bereit ist, die höchste Zahl von Arbeitnehmern weiterzubeschäftigen. Wenn man schon in die Kasse greifen muß, dann bitte so, daß es auch mittelfristig wenigstens eine Garantie für die leidgeplagten Niklasdorfer Arbeitnehmer gibt. Daß sich dann die Verhandlungen eben an diesen Garantien festgebissen haben und daß sowohl die Bundesstellen wie wir gesagt haben, so geht das nicht, wie sich das offensichtlich einer vorgestellt hat, zuerst das Geld geschenkt bekommen, dann als Eigenmittel darstellen und wieder in das Unternehmen zurückbringen und nachher abreißen, um es steirisch zu sagen. Wir sind sehr froh, daß wir jetzt mit der neu konstituierten Gruppe Papst, wenn ich so sagen darf, denn wer wirklich das Kapital hat, kann man nicht sehen, verhandeln. Prinzhorn hat uns erklärt, daß er 50 Prozent hat. So, wie er bei den Verhandlungen agiert hat, habe ich den Eindruck gehabt, er hat 100 Prozent, denn der andere ist nur mehr dabeigesessen und hat geschwiegen. Es würde mich auch nicht stören. Wir hoffen, daß wir am Montag – Herr Landesrat Dr. Klauer und ich werden wieder mit unseren Spitzenbeamten in Wien sein – zu Rande kommen. Herr Prinzhorn hat erklärt, daß im ersten Jahr die öffentliche Hand die Investitionen bezahlen muß, und dann haben wir gesagt, dann geben Sie uns aber wenigstens eine Hypothek auf das Werk, denn eines muß man auch sagen, die Leykam und die CA haben hier aus Gründen, über die jeder nachdenken kann, Kindesweglegung betrieben. Denn 40 Millionen Schilling ist das Werk immer noch wert, beim Durchsehen kommt um vieles mehr heraus. In der Situation sind wir, weil wir mit jemandem verhandeln müssen, dem auch das Werk gehört. Es gibt noch einen anderen Interessenten, einen seriösen Interessenten, der würde noch einmal 50 Arbeitnehmer weniger beschäftigen. Wo aber zusätzlich die Schwierigkeit kommt, ist, daß der Herr Papst dann sagt, es tut mir leid, dann werden wir das Werk liquidieren. Er verkauft das Wasserrecht und hat die 40 Millionen Schilling spielend herinnen. Da mit der öffentlichen Hand mitzuspielen, glaube ich, ist wirklich nicht möglich.

Ich darf dann ganz kurz auf Pöls zu sprechen kommen. Der Bescheid der Bezirkshauptmannschaft ist am 23. März 1983 ergangen. Es hat verschiedene Versuche gegeben, die Streit- oder Berufungspartner zur Zurückziehung zu veranlassen. Das ist gescheitert. Inzwischen sind die Sachverständigengutachten, die Messungen und so weiter erfolgt. Wir hoffen, daß wir noch vor Weihnachten den Bescheid herausbringen. Wir haben bis Ende November auf das Gutachten von Prof. Möse warten müssen. Jedenfalls wird das Werk eine 50- bis 60prozentige Verbesserung der derzeitigen Immissionen bei einer viel höheren Produktion bringen, und der Holzanlagenbescheid ist rechtskräftig. Ich sage das deswegen, weil heute im Radio und in der Presse der Hauptsprecher, der Berufungswerber, zu erkennen gegeben hat, daß er doch konsensbereit ist, wenn Umweltschutzaufgaben, die einigermaßen seinen Vorstellungen entsprechen, gegeben werden. Soweit ich den Akt kenne, und ich habe ihn mir sehr genau

angesehen, müßte jetzt eine Berufung nach dem zu erarbeitenden Bescheid, wo alle Sachverständigenmeinungen über Immissionsdauer und so weiter berücksichtigt werden, als Mutwillensschritt betrachtet werden. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Ich hoffe also, daß die Rechtsprobleme um Pöls bald ausgeglichen sind.

Ich darf dann schließlich abschließend noch auf das zu sprechen kommen, was wir im nächsten Jahr mit den Budgetmitteln zu verantworten haben und was wir machen können und wollen. Wir wollen einen gesunden Ausgleich zwischen den betriebswirtschaftlichen Maßnahmen und den regionalpolitischen Sozialmaßnahmen. Also Fälle wie Niklasdorf, Fälle wie die Maschinenfabrik Andritz auf der einen Seite, aber auch Innovation. Wir haben da einige Sachen, die wir durchaus herzeigen können. Ich sagte schon AMI, Motronic, mit all den Schwierigkeiten, weil das einmal ein privater Betrieb ist, der eben auch wieder kein Kapital hat, Herr Abgeordneter Kohlhammer. (Abg. Kohlhammer: „Wir haben schon andere Probleme auch noch!“) Und das Innovative nur auf der öffentlichen Hand abzuladen, ist auch ein Problem. Daher kommen ja die Innovationen dann letztlich von den Großen, wie von Siemens oder von Philips und so weiter. Das ist ein Teufelskreis. Wir wollen die Entleerung von Regionen, insbesondere auch des Grenzlandes, verhindern. Wir wollen um jeden Arbeitsplatz kämpfen, so wie das alle Sprecher direkt oder indirekt gesagt haben. Wir wollen vor allem die Beratung fördern. Wir hoffen, daß unser Paket „Gesundenuntersuchung“ im nächsten Jahr soweit einsatzfähig ist. Wir wollen den Innovationstransfer fördern. Die Gescheiten sollen zusammenkommen, und zwar die Gescheiten von der Hochschule mit denen der Betriebe. Es war nämlich interessant, daß erst einmal in der Hochschule der Rektor fragen mußte, was tut ihr eigentlich? Und der Herr Rektor Schuy von der Technischen Universität hat nun einen Katalog, wo überall geforscht wird, und jetzt kann man den Betrieben sagen, da gibt es Gescheite, die mit viel Geld oder mit wenig Geld der öffentlichen Hand an dem oder jenem Problem arbeiten – interessiert euch das? Und dann können wir sie zusammenbringen. Die Technova ist in diesem Bereich sehr erfolgreich. Ich bedaure, daß ich an der Vorstandssitzung am Montag nicht teilnehmen kann. Wir sind aber sicher, daß trotzdem gute Beschlüsse gefaßt werden.

Wir wollen schließlich die Neuordnung der Wirtschaftsgesetze – die Entwürfe liegen bereits im Beirat – im Jahr 1984 verabschieden, damit diese Beanstandung des Rechnungshofes, die formal zu Recht erfolgte, durch einwandfreie gesetzliche Grundlagen abgedeckt und beseitigt ist.

Und noch eine grundsätzliche Sache: Es wird immer von zukunftssträchtigen Branchen gesprochen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das gibt es nicht. Das, was der Herr Kollege Prensberger über seinen Betrieb hier gesagt hat – es ist alles zu unterstreichen, lieber Freund –, ist ein Beispiel, daß auch ein Betrieb in einer miesen Branche – denn Stahlbau ist etwas, was die Neger, die Araber und die Inder leicht können – Wege gefunden hat, gemeinsam, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, das Schiff nicht ins Schlingern geraten zu lassen, sondern ruhig zu halten. Man sieht aber daraus – und da komme ich auf die Zusammenarbeit zu-

rück –, was es eben bedeutet, wenn man einen vernünftigen Betriebsrat und wenn man ein vernünftiges Management hat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Und noch ein letztes Wort: Es wurde auch mit Recht von der geringen Flexibilität gesprochen, und zwar auch von Arbeitnehmerseite. Die 35-Stunden-Woche und die Auseinandersetzung darum, die ja sehr interessant am letzten ÖGB-Kongreß erfolgte, zeigt die Auseinandersetzung zwischen Pragmatikern und Dogmatikern. Ich hoffe, daß die Pragmatiker siegen, denn wir werden sicherlich die Probleme leichter lösen können, wenn gewisse arbeitsrechtliche Starrheiten beseitigt werden. In der Frage der Teilzeitbeschäftigung, der Frage der Jahresarbeitszeit anstelle der starren Wochenarbeitszeit, bei neuen Überlegungen, die mit Vertretern der Arbeitsmarktverwaltung jetzt im kleinen Kreis bei mir stattfinden, daß man anstelle der Kurzarbeit Teilzeitarbeit als Übergang zur Pension anbietet, was aber natürlich eine Änderung der sozialrechtlichen Basis voraussetzt – da wünschte ich mir eine konstruktive Zusammenarbeit in einem Bereich, wo wir vielleicht doch noch mehr tun können. Das kostet uns kein Geld, sondern das erspart uns Geld, denn jeder Arbeitslose kostet Geld, und die Nachdeckungen im Bundesbudget beweisen immer wieder die zu geringen Ansätze für diesen Bereich. Über die sozialen Dinge haben wir ja gesprochen.

Ich glaube, die Herren Abgeordneten werden es mir verzeihen: Ich hätte noch ein paar Bemerkungen zu machen, aber die Zeit ist fortgeschritten, und das, was man üblicherweise als Referent dazu sagen kann, habe ich gesagt. Ich darf all jenen danken, die in der Wirtschaftsförderung der Steiermark aktiv tätig sind. Das sind nicht nur die Beamten, deren Einsatzbereitschaft wirklich weit über das hinausgeht, was man sonst erwarten kann, das sind selbstverständlich auch alle Beiräte der Sozialpartner, mit denen wir laufend in Kontakt sind, und ich hoffe, daß die von den Konjunkturforschern erblickten Silberstreifen am Horizont für die Steiermark nicht nur Silberstreifen, sondern sogar ein Sonnenstrahl werden. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Bevor ich die Sitzung unterbreche: Laut Mitteilung des Obmannes vom Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß findet um 14.15 Uhr eine Sitzung statt. Ich bringe dies allen Mitgliedern zur Kenntnis.

Nun unterbreche ich die Sitzung bis pünktlich um 14.30 Uhr. Wir beginnen dann mit dem zweiten Teil, Fremdenverkehr. Der erste Redner wird der Herr Abgeordnete Kröll sein. (Unterbrechung der Sitzung um 13.40 Uhr).

**Präsident Feldgrill:** Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (Wiederaufnahme der Sitzung um 14.45 Uhr). Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kröll:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach der kräftigen Mittagspause und Stärkung, wie ich hoffe, dürfen wir nun sozusagen gestärkt in den steirischen Fremdenverkehr gehen. Der Fremdenver-

kehr beziehungsweise seine Bedeutung für die Volkswirtschaft wird immer deutlicher sichtbar. So hat Österreich im gesamten OECD-Bereich mit 7,7 Prozent den höchsten Anteil am Bruttonationalprodukt durch Einnahmen am Ausländertourismus. Waren in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft ohne die Verkehrsbetriebe, wie zum Beispiel Seilbahnen, 1975 64.223 Mitgliedsbetriebe bei der Kammer registriert, so stieg diese Zahl kontinuierlich auf 68.979 per Dezember 1981 an. Davon entfallen auf die Gastronomie 36.900 und auf das Hotel- und die Beherbergungsgewerbe 23.500. Das sind vor allem gewerbliche Familienbetriebe, die zugleich auch eine große Sicherheit gegen Krisenanfälligkeit bilden. Allein im Beherbergungs- und Gaststättenwesen waren in Österreich mit Stichtag 31. Jänner 1982 116.400 Arbeitnehmer beschäftigt und mit Stichtag 31. Juli 1982 128.243. Man sieht also, daß die Saison im Winter an jene des Sommers bereits sehr nahe heranrückt. Dies ist die höchste Zahl an Beschäftigten, die jemals im Fremdenverkehr zu verzeichnen war. Die Zahl der im Fremdenverkehr beschäftigten Lehrlinge stieg in den letzten fünf Jahren, meine Damen und Herren, von 14.143 auf 16.081 per 31. Dezember 1981, also um fast 2000. Sehr erfreulich dabei ist, daß der Anteil der Steiermark mit 3568 Lehrlingen der größte aller österreichischen Bundesländer ist. Der Gesamtexporterlös im Fremdenverkehr durch Deviseneinnahmen aus dem Ausländertourismus ist mit 94,6 Milliarden Schilling oder 35,5 Prozent aller wichtigsten Warengruppen im Außenhandel an der Spitze.

Der Fremdenverkehr in der Steiermark verzeichnete im Jahr 1982/83, gemessen an der gesamtösterreichischen Entwicklung, ein gutes Ergebnis. Während für Gesamtösterreich ein Rückgang, Sommer- und Winterhalbjahr zusammengenommen, mit 4,5 Prozent zu verzeichnen war, verlor die Steiermark nur 2,9 Prozent und konnte damit den Verlust an Nchtigungen in Grenzen halten.

Vor allem die klassischen Fremdenverkehrsländer, wie zum Beispiel Kärnten 7,1 Prozent, Vorarlberg 6,4 Prozent, Tirol 5 Prozent, Salzburg 4,8 Prozent, aber auch das Burgenland mit minus 6 Prozent, haben erheblich schlechter in Prozentsätzen abgeschnitten als wir in unserer grünen Mark. Die Steiermark ist nach wie vor mit über 9 Millionen Nchtigungen das viertstärkste Fremdenverkehrsbundesland Österreichs und hat diesen Platz stabilisiert. Gleichzeitig – und das darf ich besonders unterstreichen – konnten wir nach wie vor unsere Domäne als Inländerfremdenverkehrsland Nummer eins behalten.

Ich möchte mich ein wenig näher mit dem Sommerhalbjahr 1983 beschäftigen. Den 972.000 Ankünften mit Ende des Sommerhalbjahres, also 31. Oktober, was einem geringen Rückgang von 0,6 Prozent gleichkommt, die sich wieder auf minus 1,3 Prozent bei den Inländern und auf plus 0,5 Prozent bei den Ausländern aufteilen, stehen 5.527.000 Übernachtungen gegenüber. Von diesen 5.527.000 waren 3.494.000 Inländerübernachtungen, das ist eine Abnahme um 2,6 Prozent, und 2.033.000 Ausländerübernachtungen – dies ist eine Abnahme um 2,5 Prozent. Man könnte sagen, die Entwicklung ist parallel verlaufen.

Wir müssen feststellen, daß die Verweildauer der Gäste kürzer wird. Die wirtschaftliche Entwicklung im

In- aber besonders auch im Ausland schlägt sich natürlich auch auf den Tourismus nieder. Dabei ist zu beachten, daß trotz der Rückgänge der Anteil der Bundesdeutschen am Ausländertourismus mit annähernd 70 Prozent nach wie vor eine tragende Bedeutung hat, wenngleich auch zu sagen ist, daß durch diese Entwicklung umso mehr Anstrengungen zu unternehmen sind, zwar die traditionellen Märkte zu betreuen und gut zu betreuen, aber auch nach Neuem Ausschau zu halten.

Es kann allgemein gesagt werden, Hohes Haus, es wird sowohl am Urlaub durch kürzeren Aufenthalt als auch im Urlaub durch gewisse Rückgänge im Konsum gespart. Es ist also auch im Fremdenverkehrsgeschäft schwieriger geworden. Die Zuwachsraten der sechziger und siebziger Jahre sind endgültig Vergangenheit. Für die Steiermark, dem Land der Vielfalt, ergeben sich dennoch gute Möglichkeiten, nicht nur das Erreichte zu halten, sondern unsere Stellung zu verbessern. Derzeit gehören im Winter drei steirische Gemeinden den fünf größten österreichischen Fremdenverkehrsgemeinden und im Sommer zwei steirische Gemeinden den fünfzig größten österreichischen Fremdenverkehrsgemeinden an. Ich glaube, hier liegt mit entsprechender Anstrengung eine Verbesserung durchaus im Bereich des Möglichen. Wichtige Voraussetzungen sind meines Erachtens dafür bereits getroffen worden beziehungsweise sind in Vorbereitung, wie wir gerade dem Referat und den schriftlichen Unterlagen des neuen Fremdenverkehrsreferenten Dr. Helmut Heidinger anlässlich des Fremdenverkehrstages in Leoben vor ganz kurzer Zeit entnehmen können. Wie ich überhaupt sagen möchte, daß wir seit einigen Monaten mit großer Aufmerksamkeit verfolgen konnten, daß der Herr Landesrat mit vollem Engagement und mit viel Grundsätzlichkeit an diese schwierige Aufgabe herangegangen ist und viele dieser damals als Zielsetzung erhobenen Themen – zum Beispiel vor einem Jahr – schon gelöst hat oder einen großen Schritt dem Erfolg näherbringen konnte.

Zur Grundlagenarbeit: Hier wurden einerseits durch die Raumordnung und Herrn Abteilungsleiter Dipl.-Ing. Hasewend Unterlagen geschaffen, andererseits wird an Sachprogrammen gearbeitet, und die Eignung der Landschaft wird immer mehr auch zu einem Primat in allen Überlegungen. Auch sind neue Begriffe in diesem Zusammenhang raumordnerischer Überlegung aufgetaucht, denen wir uns auch zu stellen haben. Zum Beispiel der Begriff „sanfter Tourismus“. Sicherlich eine überlegenswerte Sache, der man näherzutreten muß. Die Marktforschung und die Analyse kamen deutlich gerade bei der Fremdenverkehrsenquête in Graz am Kongreß deutlich zum Ausdruck. Es ermöglicht gezielte Ansprache von Gästen, und es ist heute ein Gebot der Stunde, sich dieser modernen Erkenntnisse zu bedienen. Die verstärkte Werbung und die Information im In- und Ausland nach neuesten Erkenntnissen und Methoden unter Einbeziehung des Brauchtums, der Kultur und vor allem auch des Sports werden zu verstärken sein. Konkrete Verkaufsangebote sind zu schnüren, und es ist heute schon darauf hinzuweisen, daß wir auch die moderne Technik des Bildschirmtextes zweifelsohne hier miteinzubeziehen haben. Ein weiteres Element wird die verstärkte Koordination aller hauptberuflichen und ehrenamtlich ver-

antwortlichen Träger im Tourismus sein. Einerseits soll durch diese verstärkte Koordination hinauf zu den Bundesstellen, im Lande hinaus zu den regionalen Verbänden, zu den Gemeinden und Ortsvereinen im Fremdenverkehr, zu der Fremdenverkehrswirtschaft, zu den Privatvermietern, insbesondere aber auch zu den nahestehenden, befreundeten Einrichtungen und Organisationen wie Verbänden getrachtet werden, ob es der steirische Schiverband, die Schischulen, die alpinen Vereine oder die Seilbahnen sind, um nur einige zu nennen. Dieser koordinierten Aufgabenstellung, sicherlich auch der neuorganisierten Organisation mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer, der nominiert wurde in der Person von Rainer Friedl, kommt im Landesverband erhöhte Bedeutung zu. Die Neuordnung der Satzungen, die dies ermöglichten, hat im Verband eine breite Zusammenarbeit und Koordination bereits eingebunden. Ich möchte dankbar feststellen, daß dies sowohl regional wie auch von den Trägern her – Vereine, Verbände, Gemeinden, Land auch innerhalb des politischen Spektrums – auch gelungen ist und daß dort im Verband auch wirklich sozusagen alle wesentlichen Träger durch eine starke Einbindung vor allem auch der Wirtschaft nun gewährleistet sind. Das Fremdenverkehrshaus, auf das wir alle warten, für die Steiermark und für Graz, zeigt ebenfalls eine baldige Realisierung.

So kommen wir letztlich zum Kapitel der Finanzen. All diese Dinge, werden Sie sagen, sind ohnehin bekannt, nur, wer wird sie bezahlen? Damit komme ich auch schon zum Budget und zum Voranschlag. Und im Voranschlag – und das ist eine besonders erfreuliche Feststellung – ist mit der Besserdotierung von 10 Millionen Schilling eine wesentliche Voraussetzung geschaffen – 5 Millionen für die Werbung und 5 Millionen für Infrastrukturmaßnahmen. Damit ist eine echte Hilfe für das kommende Jahr geschaffen, und die verbesserten organisatorischen und übrigen Maßnahmen können zum Tragen kommen. Echte Hilfe für den steirischen Fremdenverkehr unterstreicht die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges nicht nur der Höhe nach, sondern daß es in dieser schwierigen Zeit gelungen ist, hier auch eine wirkliche Mittelverstärkung einzusetzen. In der Steiermark sind die Beschäftigten allein in den letzten zehn Jahren im Fremdenverkehr von 11.100 auf 14.200, also um 3100 oder 27 Prozent gestiegen, während leider zur gleichen Zeit – wie wir gerade aus der Debatte am Vormittag vernehmen konnten – eine starke Abnahme in der Industrie zu beklagen war. Ich danke daher dem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und dem Herrn Landesfremdenverkehrsreferenten Dr. Heindinger sehr herzlich für diese Schwerpunktbildung im Budget, weil damit nicht nur die Arbeit ermöglicht wird, sondern weil damit auch eine Bestätigung für die vielen, vielen Hunderte und Tausende Mitarbeiter im Fremdenverkehr in ehrenamtlicher, aber auch in hauptamtlicher Weise gegeben ist. Ich danke sehr herzlich dafür. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erlaube mir auch, der Fremdenverkehrsabteilung mit Winkl. Hofrat Dr. Hermann und all seinen Mitarbeitern für die gewissenhafte und gute Leistung zu danken. Das ist gezielte Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, und zugleich im höchsten Maße Arbeitsplatzsicherung. Wir haben gestern bereits – und daher möchte ich heute nicht noch einmal

darauf eingehen – in diesem Zusammenhang auch erwähnt, was das eine und das andere in Form von Empfängen direkt auch mit Fremdenverkehr zu tun hat und daher auch Fremdenverkehrsförderung bedeutet. Ein dauerhaftes finanzielles Fundament für den Fremdenverkehr und damit die Voraussetzung kann sicher nur durch ein Fremdenverkehrsgesetz erwirkt werden. Ich weiß schon, daß das nicht das Allheilmittel sein wird, denn wäre es so, dann könnte Tirol mit dem anerkannt besten Fremdenverkehrsgesetz nicht gerade heuer im Sommer auch mit einem starken Rückgang zu rechnen haben. Sicher ist auch ein Fremdenverkehrsgesetz aber vor allem die Grundlage für die örtlichen Vereine, für die Struktur in den Gemeinden und den regionalen Verbänden, die Grundfinanzierung und auch jene des Landesfremdenverkehrsverbandes sicherzustellen und insgesamt damit verstärkt Werbung und Marketing betreiben zu können. Es macht die Arbeit effizienter und, wie ich hoffe, auch noch erfolgreicher. Ich ersuche daher alle befaßten Stellen, die Zuständigkeit besitzen, sobald der offizielle Entwurf eines Fremdenverkehrsgesetzes vorliegt – und wenn ich wieder den Herrn Landesrat zitieren darf, dann ist ja noch in diesen Wochen damit zu rechnen, ob es nun die letzten Tage im Dezember oder die ersten im Jänner sein werden, ist, glaube ich, nicht von Bedeutung, aber in allernächster Zeit wird es sein, und ich würde Sie sehr herzlich bitten, daß wir dann sofort die Beratungen gemeinsam aufnehmen.

Zum Schluß erlauben Sie mir noch, auf die besondere Bedeutung der Zusammenarbeit von Fremdenverkehr und Kultur und Fremdenverkehr und Sport besonders hinzuweisen. Zunächst Fremdenverkehr und Kultur: Ich kann es wesentlich kürzer machen als geplant, da bei der Debatte über Kultur in so ausführlicher Weise auf diese Fremdenverkehrsbeziehungen eingegangen wurde, insbesondere auf Landesausstellungen und dergleichen mehr. Ich möchte das daher nicht weiter wiederholen. Es ist auch gesagt worden, daß das Leben und Wirken Peter Roseggers, der Waldheimat, seiner Waldheimat, auch einen Bezug zum Tourismus hat. Und da möchte ich doch auf die wirklich enorme Chance für den steirischen Fremdenverkehr hinweisen, daß die TV-Serien mit 26 Folgen in Deutschland und in Österreich wirklich wieder Wertbegriffe entdecken können, die man allgemein verständlich machen soll und die zu allgemeinen neuen, hochaktuellen Wertbegriffen unseres gesamten Bundeslandes werden können. Rosegger-Land Steiermark, Waldheimat Steiermark: Hier sind doch viele Möglichkeiten der Begriffsfindung drinnen, daß geschickte Werbeleute – und solche haben wir ja und bekommen wir ja auch – aus dieser bedeutenden kulturell historischen Sache zugleich eine ganz, ganz große Bewußtseinsbildung im Zusammenhang mit dem Stellenwert unseres Heimatlandes Steiermark schaffen werden. Ich glaube, das ist eine ganz große Chance.

Nun möchte ich noch etwas den Bereich Fremdenverkehr und Sport herausstellen: Wie bedeutend es ist, wenn zum Beispiel am Österreichring – das haben wir ja in der Bezirksstatistik des Bezirkes gesehen – 100.000 Besucher sind und dergleichen mehr. Aber gerade im Jubiläumsjahr des Steirischen Schiverbandes, „90 Jahre Steirischer Schiverband“, oder des Wintersportvereines Schladming, der heuer sein 75jähriges Jubiläum gefeiert hat – und ich habe früher den

Herrn Präsidenten Dr. Straub und den Herrn Vizepräsidenten Lexer für den Steirischen Schiverband hier draußen gesehen –, darf ich doch erwähnen, welche ungeheuren Leistungen von diesen Sportverbänden und -vereinen nicht nur für den Sport und nicht nur von diesen, sondern von allen erbracht werden, die sich damit befassen und sie sich seit der Gründung in Mürzzuschlag in so hervorragender Weise um Sport und Tourismus gekümmert haben und welchem enormen Wert das gleichkommt. Ich darf auch noch sagen, daß die alpine Schiweltmeisterschaft endgültig abgeschlossen wurde. Am 4. Dezember wurde unter dem Vorsitz von Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer die Akte geschlossen. Es blieb dabei, daß diese 11 Millionen Schilling tatsächlich zurückgezahlt werden konnten. Es war ein gutes Ergebnis. Ich kann mit großem Optimismus auch dem Rechnungshofbericht entgegensehen.

Und nun glaube ich, daß wir jetzt gerade mit den Weltcupveranstaltungen in meiner engeren Heimat in Schladming am vierten und heute in Ramsau, weil sie das Rennen der Südtiroler übernommen haben, die ja keinen Schnee haben, und in wenigen Tagen in Haus im Ennstal mit den Damenbewerben einen guten Start für den steirischen Winter haben. Ich darf allen, die dort beschäftigt sind und Verantwortung tragen, sehr herzlich danken für die großartigen Vorbereitungen, und wünsche, daß es eine gute Saison wird. Alle diese erfreulichen Akzente werden aber auch durch die Tatsache getrübt, daß nun ernstlich geplant ist, am Truppenübungsplatz Dachstein des Bundesheeres einen Scharfschießplatz zu installieren, der seinerzeit vor vielen Jahren schon bestanden hat und der aus Erkenntnis aller Betroffenen, der Steirer, der Oberösterreicher, der Fremdenverkehrsleute, des Bundesheeres, dann geschlossen wurde. Obwohl es bis voriges Jahr und auch noch bis heuer in den Spätherbst herein geheißen hat, daß man das zur Kenntnis nimmt, daß sich das mit Alpinismus und Tourismus nicht verträgt, wenn hier Sperrzonen sind, wenn hier scharf geschossen wird, müssen wir vermerken, daß ernsteste Absichten bestehen, hier wieder einen Scharfschießbetrieb, wenn auch nur probeweise, aufzunehmen. Meine Damen und Herren, das ist deshalb so problematisch, weil mit dem Dachstein ein Oberbegriff steirischer Fremdenverkehrswerbung hergestellt wurde, der weit über unsere Region hinausgeht. Dachstein ist das Sinnbild für Alpinismus, für den höchsten Berg, für den Gletscher. Er ist für den Tourismus erschlossen. Das hochalpine Wandern ist dort zu Hause, der alpine und der nordische Schilaf sind dort zu Hause. Nun soll hier mit einer einzigen Meldung, daß der Dachstein auch ein Schießplatz mit Sperrgebiet ist, diese Entwicklung zumindest schwer beeinträchtigt werden. Ich darf daher bitten, daß alle mithelfen, daß das wirklich noch ernstlich überdacht wird. Die Kollegen von mir, die Ennstaler Abgeordneten, haben gemeinsam mit mir einen Antrag eingebracht, die Landesregierung zu ersuchen, alle Schritte zu unternehmen.

Zum Schluß: Schon Peter Rosegger meinte, unser schönes Land sollte man vielen Menschen aus dem In- und Ausland näherbringen und dafür werben und reden. Hoher Landtag, meine Damen und Herren, bemühen wir uns gemeinsam darum. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Zur letzten Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kröll bezüglich des Schießplatzes am Dachstein kann ich für unsere Fraktion die Erklärung abgeben, daß es hier eine gemeinsame Auffassung in diesem Hause gibt und daß wir als Steirer alles zu tun haben, daß es nicht zu dieser Maßnahme kommt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Fremdenverkehr gibt es grundsätzlich und allgemein die gleichen Entwicklungen wie in der übrigen Wirtschaft. Es kommt vielleicht im einzelnen zu Verzögerungseffekten. In der Zeit der Hochkonjunktur war ein starkes Wachstum zu verzeichnen. Das hat auch für den Fremdenverkehr gegolten. Es ist zu einer beachtlichen Ausweitung der Bettenkapazität gekommen, zu einer Ausweitung, die in gewissen Bereichen in schwieriger werdenden Zeiten natürlich auch Probleme verursacht. Über den Fremdenverkehr, seine Zahlen und seine Fakten hat Herr Kollege Kröll sehr ausführlich berichtet. Er hat vor allem den steirischen Fremdenverkehr und seine Entwicklung in seine Betrachtung miteinbezogen. Erlauben Sie mir, daß ich dazu grundsätzlich eine Überlegung anstelle, eine politische Überlegung – das sage ich gleich voraus. Wenn hier mit Recht gesagt wird, der steirische Fremdenverkehr liegt im allgemeinen besser als der Fremdenverkehr in anderen Bundesländern oder überhaupt im Durchschnitt Österreichs, so ist das richtig und anzuerkennen. Es wäre aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, dann in der größeren Politik genauso anzuerkennen, daß Österreich in den entscheidenden Wirtschaftsfakten auch besser liegt als übrige Industriestaaten, die zum Teil reicher sind als wir. (Beifall bei der SPÖ.) Denn wenn wir diese logische Behauptung aussprechen, gibt es immer Schwierigkeiten und Probleme. Ich glaube, hier sollten wir mit gleichem Maß messen, denn letzten Endes hilft auch die allgemein günstigere Wirtschaftslage in Österreich unserem Fremdenverkehr. Da müssen wir uns völlig darüber im klaren sein, weil ja doch der Inländerfremdenverkehr eine sehr entscheidende Rolle spielt. Wir wissen, daß wir uns mehr anstrengen müssen, daß die Werbung um den Gast mit verbesserten Methoden gemacht werden muß, was sicher nichts Neues ist, und daß wir auch Dinge tun müssen, die in anderen vergleichbaren Fremdenverkehrsländern schon längere Zeit mit Erfolg praktiziert werden. Das heißt mit einem Wort: Die Steiermark muß ihre Landschaft, die vielfältige, schöne Landschaft, und alle Vorzüge unseres Landes besser verkaufen. Zum besseren Verkaufen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört natürlich auch ein Konzept. Um dieses Konzept geht es derzeit. Aber – auch das muß ich am Rande dazusagen – auch hier hat es einen Verzögerungseffekt gegeben. Sie kennen ja die Probleme im Führungswechsel des steirischen Fremdenverkehrs. Es war eine große Wachablöse. Es ist ein neuer Wirtschaftslandesrat gekommen, beachtliche Ankündigungen sind erfolgt, und letzten Endes war es ein kurzes Gastspiel, und man hat nach dem Motto

„Fangen wir nochmals von vorne an“ nun Herrn Dr. Helmut Heidinger die Verantwortung über die Wirtschaftspolitik, über den Fremdenverkehr unseres Landes übertragen. Und, Herr Landeshauptmann, ich kann es nicht lassen, eine kleine – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Tun Sie, was Sie nicht lassen können!“) – boshafte – ja ich muß, ich muß, es geht nicht anders, aus eigenster innerster Überzeugung, selbstverständlich – ich muß eine kleine boshafte Bemerkung an Sie als Landeshauptmann und auch als Landesparteiobmann der ÖVP machen. Es scheint doch so zu sein, daß die Beschäftigungsgarantie viel leichter ausgesprochen werden kann, viel leichter darüber geredet werden kann, als sie dann tatsächlich ist. Denn Sie waren auch nicht in der Lage, diesen sicheren Arbeitsplatz des Herrn Dipl.-Ing. Fuchs zu halten. Er ist zum Pendler nach Wien geworden. (Abg. Hammerl: „Bekommt er auch die Pauschale?“) Aber jetzt wieder zurück, das habe ich angebracht, jetzt kann ich wieder zu anderen Dingen zurückkehren. (Abg. Kröll: „Sonst tätest du einen Kropf bekommen!“) Das muß ein Steirer machen, das geht nicht anders. Ich möchte ebenso wie Kollege Kröll sagen, daß es in letzter Zeit beachtliche Aktivitäten im Fremdenverkehr unseres Landes gegeben hat. Es fand eine Fremdenverkehrsenquete statt. Man hat sich mit grundsätzlichen Problemen beschäftigt. Es hat vor kurzer Zeit einen Fremdenverkehrstag gegeben. Ein neuer Fremdenverkehrsdirektor ist gekürt worden und einige andere Dinge.

Lassen Sie mich aber hier an dieser Stelle auch etwas Grundsätzliches sagen. Wenn Herr Friedl, der derzeit ja noch der Fremdenverkehrsdirektor in Mairingen in der Schweiz ist, sein Amt im neuen Touristikzentrum antritt, wird er sicher die räumlichen Voraussetzungen dafür finden. Ich bin aber nicht mehr so sicher, ob er auch die organisatorischen Voraussetzungen dafür findet. Denn, meine Damen und Herren, obwohl ich die ehrenamtliche Tätigkeit aller im Fremdenverkehr Mitarbeitenden in besonderer Weise hervorstreichen möchte, muß doch deutlich gesagt werden, daß in den einzelnen Regionen ohne fachlich besonders ausgebildete Mitarbeiter – also Manager – nicht mehr wie bisher gearbeitet werden kann. Dies hat auch der zuständige Landesfremdenverkehrsreferent, Herr Landesrat Dr. Heidinger, sehr deutlich ausgesprochen. Aber das ist auch nichts Neues, diese Feststellung wurde schon einige Male in diesem Haus getroffen. Es ist meiner Meinung nach etwas verwunderlich und vor allem bedauerlich, daß die Steiermark als aufstrebendes Fremdenverkehrsland zum Unterschied von anderen Bundesländern weder eine Tourismusfachschule mit einer dreijährigen Ausbildungszeit noch eine Fachschule für den Fremdenverkehr besitzt. Im Bundesschulzentrum Hartberg könnten die freien Unterrichtsräume durch den Anschluß einer Fachschule für Fremdenverkehrsberufe an das Bundesoberstufenrealgymnasium sinnvoll ausgenutzt werden. Die Steiermark kann mit einer Hotelfachschule und einer Gastgewerbefachschule aufwarten, nicht aber mit einer dreijährigen Tourismusfachschule, wie beispielsweise Bad Leonfelden in Oberösterreich, St. Johann und Zell am Ziller in Tirol, oder mit einer zweijährigen Fachschule für Fremdenverkehr, wie in St. Pölten. Auch eine höhere gewerbliche Lehranstalt für Fremdenverkehrsberufe, wie in Villach, Krems, Bad Ischl, Bischofshofen, Sittenheim bei Salzburg oder Innsbruck, verteilt auf

alle Bundesländer, gibt es in der Steiermark bedauerlicherweise nicht. Ich möchte daher an den zuständigen Herrn Landesrat die Aufforderung richten, sich zu bemühen, daß Schulen ähnlicher Art in der Steiermark in Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat und dem Bundesministerium für Kunst und Unterricht ehemöglichst eingerichtet werden. Nur, wenn wir das entsprechend ausgebildete Personal für die verschiedensten Tätigkeiten im Fremdenverkehr haben, wird es möglich sein, allen Anforderungen, die die Zukunft verlangen wird, gerecht zu werden. Und zur Bewältigung der Probleme, die vor uns stehen, gehört zweifellos Optimismus. Und es gehört auch etwas mehr Glaube an die eigene Kraft und etwas mehr Glaube daran, die Möglichkeiten unseres Landes besser zu verwerten, dazu. Herr Landesrat Dr. Heidinger, Sie haben unsere Unterstützung in dieser Frage. Wir sind in der so wichtigen Angelegenheit des Fremdenverkehrs zur Zusammenarbeit bereit. Wir stellen eine einzige Bedingung, keine neue. Eine Bedingung, die in diesem Hause schon durch 20 Jahre hindurch, Jahr für Jahr, bei jeder Budgetdebatte gestellt worden ist: die Erstellung eines neuen Fremdenverkehrsgesetzes. Dieses Fremdenverkehrsgesetz muß – das ist die Bedingung, das sage ich sehr deutlich für meine Fraktion – im Jahre 1984 verabschiedet werden. Wir werden dazu unsere Vorstellungen einbringen, aber wir werden kein Verständnis für weitere Verzögerungen und weitere Ausreden mehr haben. Der steirische Fremdenverkehr braucht nicht nur neue Ideen, bessere Werbung, besseren Verkauf, er braucht dazu auch die notwendigen Mittel. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Hättest du die Bedingung nicht gestellt, so hätten wir alle geklatscht!“)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort.

**Abg. Mag. Rader:** Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Wir lesen immer am dritten Tag der Budgetdebatte die Anmerkungen, warum es eigentlich wiederum nicht gelungen ist, die Debatte zu straffen. Ein Ansatzpunkt wäre ja, wenn man sich einigen würde, Dinge, die schon gesagt worden sind, nicht mehr zu wiederholen. Erlauben Sie mir, daß ich den Versuch unternehme. Es ist zum Fremdenverkehr hier Positives und Kritik geäußert worden. Ich würde nur ergänzen: Der Landesfremdenverkehrstag hat bis zu einem gewissen Grad einen Start gegeben, hat eine neue Struktur fixiert, die jetzt arbeiten muß, und ich halte es für eine Frage der Fairneß, mich jetzt damit nicht auseinanderzusetzen, sondern im Verlaufe des kommenden Jahres werden wir sehen, wie sich diese Struktur bewährt. Das heißt, es wird jetzt weder vorweg Lob noch vorweg Kritik geben, sondern wir werden das von unserer Fraktion aus genau beobachten.

Ich möchte nur auf ein Thema eingehen, das ja schon am Fremdenverkehrstag und auch heute wieder hier Wellen geschlagen hat, bis zu einem gewissen Grad, das ist die Frage des Schießbetriebes am Truppenübungsplatz Dachstein/Oberfeld, der bekannterweise nur zum geringsten Teil oder überhaupt nicht auf steirischem Gebiet liegt. (Landesrat Dr. Heidinger: „Er liegt an der Grenze zum steirischen Gebiet!“) An der

Grenze zum steirischen Gebiet. Meine Damen und Herren, es wird so dargestellt, als ob seinerzeit im Jahre 1963 man überlegt hätte, ob dort ein Schießbetrieb sein soll, und alle Experten, der Bürgermeister Kröll hat es aufgezeigt, waren der Meinung, es wäre falsch, – auch der Herr Bundesminister Rösch wäre dieser Meinung gewesen – und nun sei ein neuer Minister gekommen, der ohne Rücksicht auf den Fremdenverkehr ganz einfach Scharfschießen hier angeordnet hat.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Erprobung und der endgültigen Erprobung ist auch 1963 nie erfolgt, aber der Bundesminister hätte nicht daran gedacht, ganz einfach, um allen etwas Böses anzutun, hier Scharfschießen anzuordnen, sondern er ist einem Wunsche nachgekommen. Einem Wunsch, der am 31. Oktober 1983 vom zuständigen Landeshauptmann, dem Herrn Landeshauptmann Ratzenböck, an den Herrn Bundesminister geäußert wurde, und zwar schrieb der Herr Landeshauptmann Ratzenböck: „Zurückkommend auf unser Gespräch anlässlich der Übernahme der Kremstal-Kaserne am 25. Oktober 1983“ – also sechs Tage später hat er das geschrieben – „bezüglich des Schießbetriebes am Dachstein/Oberfeld möchte ich meinen Vorschlag schriftlich deponieren. Um die allfälligen Auswirkungen eines Schießbetriebes feststellen zu können, halte ich es für sehr sinnvoll“ – schreibt Ratzenböck –, „versuchsweise den Schießbetrieb für ein Jahr zu genehmigen. Auf diese Weise könnte man dem Fremdenverkehr die Möglichkeit geben, genau zu prüfen, ob dieser Schießbetrieb störend ist und damit Beeinträchtigungen des Fremdenverkehrs verbunden sind. Ich wäre Ihnen sehr dankbar“ – schreibt Ratzenböck am 31. Oktober 1983 –, „wenn es zu einer Lösung in diesem Sinne kommen könnte.“

Der Herr Bundesminister hat sich bereiterklärt, diesem dringlichen Wunsch des zuständigen Landeshauptmannes nachzukommen und probeweise zur Klärung, wie stark die Beeinträchtigungen wirklich sind, diesen Schießbetrieb anzuordnen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, und die Zuständigen in dieser Region der Meinung sind, daß Sie ohne Erprobung natürlich von vornherein feststellen können, daß auf jeden Fall eine Beeinträchtigung stattfindet, dann bitte ich sehr herzlich, nicht nur seitens der Österreichischen Volkspartei in diesem Hause Anträge zu stellen, sondern daß Sie, vielleicht an der Spitze mit Ihrem Landesparteiobmann und Landeshauptmann, bei Ihrem Parteifreund Ratzenböck, der an sich gebietsmäßig kompetent ist, einwirken (Abg. Dr. Dorfer: „Kompetent ist nur der Minister, und sonst niemand!“), um diese Aufforderung an den Minister, probeweise einen Scharfschießbetrieb zu genehmigen, zurückzuziehen. Der Minister ist ja nicht von selbst darauf gekommen, sondern er hat auf einen Wunsch reagiert. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Der braucht nichts zurückzuziehen, der Minister hat zu entscheiden!“)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Dorfer:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Bevor ich auf mein eigentliches Thema eingehe, muß ich schon dem Herrn Kollegen Brandl eine kleine

Antwort geben, wenn er wieder „gebrandelt“ hat und meint, in der Steiermark hätte sich der Fremdenverkehr überdurchschnittlich entwickelt – so hast du das gemeint, das sei ein Verdienst der Landesregierung (Abg. Brandl: „Nur gegenübergestellt!“), im übrigen wirtschaftlichen Bereich sei die Steiermark unterdurchschnittlich, und das seien offensichtlich Versäumnisse der Landesregierung. Ich glaube, es steht außer jeder Diskussion, wo die Rückstände im übrigen wirtschaftlichen Bereich besonders liegen: Das ist die verstaatlichte Industrie, das ist die halbstaatliche Wirtschaft. Dort haben wir die großen Probleme, dort haben wir die großen Verluste bei den Arbeitsplätzen, und wer dort Hausherr, Eigentumsvertreter und Unternehmer ist, das ist seit 13 Jahren offensichtlich eindeutig erklärt, und wer dort die nicht wiedergutzumachenden Versäumnisse verursacht hat, ist auch klar: Das sind die Herren der Sozialistischen Partei, und niemand anderer. Daß die wirtschaftsgeographische Randlage der Steiermark, die sicher, wenn man die industriellen Ballungsgebiete Österreichs sieht, die größte Randlage aller österreichischen Wirtschaftsbereiche ist, auch eine große Rolle spielt, steht ja überhaupt außer Frage.

Hohes Haus, wir können feststellen, daß der Fremdenverkehr einerseits nach wie vor eine Wachstumsbranche ist. Der Herr Kollege Kröll hat schon gesagt, daß die Steiermark im Fremdenverkehr nach wie vor einen großen Nachholbedarf hat. Wir haben viele noch unerschlossene Chancen im Fremdenverkehr, und es steht außer Frage auch für mich, daß der Anteil des Fremdenverkehrs am steirischen Bruttosozialprodukt noch viel zu klein ist und bei einiger Anstrengung verdoppelt, ja vielleicht im Laufe von zehn oder mehr Jahren verdreifacht werden könnte. Andererseits muß ich unterstreichen, was auch der Herr Kollege Brandl schon gesagt hat: Der Fremdenverkehr ist ein Teil der Wirtschaft und daher in seiner Entwicklung von der übrigen wirtschaftlichen Entwicklung nicht abzukoppeln. Es ist nicht denkbar, das zu tun, wie es manchmal versucht wurde. Wenn die Einkommen gesamtwirtschaftlich sinken, so ist die logische Folge, daß zuerst dort gespart wird, wo die Ausgaben nicht unbedingt existenziell notwendig, lebenswichtig, sind: das ist beim Urlaub, das ist insbesondere beim Zweiturlaub. Das erleben wir nun seit einigen Jahren.

Ich möchte nur in aller Kürze feststellen, daß das Fremdenverkehrsjahr 1980/81 bisher die Spitzenwerte im österreichischen und im steirischen Fremdenverkehr gebracht hat, sowohl was die Übernachtungen betrifft als auch bei den Deviseneingängen. Seither stellen wir eine Stagnation dieser Ziffern, ja sogar ein leichtes Sinken dieser Ziffern, eine leicht rückläufige Entwicklung fest. Insgesamt ist das eben eine Folge der wirtschaftlichen Stagnation weltweit, insbesondere für uns maßgeblich im Fremdenverkehr auch in der Deutschen Bundesrepublik, von woher, soweit es die nicht-österreichischen Gäste betrifft, die meisten Ausländergäste eben kommen. Das ist aber – und das scheint mir entscheidend – insgesamt noch lange kein langfristiger Trendbruch in der Fremdenverkehrsentwicklung. Persönlich glaube ich, und es gibt Anzeichen, daß wir für die bevorstehenden Saisonen wieder mit einer leichten Besserung dieser Entwicklung rechnen können, weil wir einerseits ein internationales Zunehmen des wirtschaftlichen Optimismus konstatieren, und weil

vor allem auch der internationale Währungsfonds für die Industrieländer für 1984 ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent errechnet hat und damit rechnet; 1983 waren es nur 1,9 Prozent. Die Hauptursache dafür ist das kräftige Ansteigen des wirtschaftlichen Geschehens in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Für die Entwicklungsländer schätzt der internationale Währungsfonds das Wachstum 1984 auf 3,5 Prozent. Aber jetzt, meine Damen und Herren, kommt die Tragik: Für Österreich schätzt der gleiche internationale Währungsfonds in der gleichen Studie für 1984 nur zirka 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum. Das ist eine der niedrigsten Wachstumsraten unter allen OECD-Staaten überhaupt. Ich nenne hier nur einige der wichtigsten Industrieländer. Für das kommende Jahr 1984 fällt Österreich im Bruttoinlandsprodukt international gesehen weit zurück. Die USA werden ein Wachstum von 4,5 Prozent haben, Japan 3,5 Prozent, OECD im Schnitt 3,3 Prozent - also 3 bis 3,3 Prozent -, OECD Europa 1,5 Prozent, Bundesrepublik 1,5 Prozent und Österreich 0,5 Prozent. Und hier muß ich feststellen, daß dieses Zurücksinken des Wachstums unserer Wirtschaft eindeutig - ich betone hier eindeutig - hausgemacht ist, und nicht die Folge der internationalen Entwicklung. Hausgemacht, wie ich glaube, hauptsächlich aus zwei Gründen:

Erstens sind es die Auswirkungen des Belastungspaketes der Bundesregierung, das insbesondere auch in der Fremdenverkehrswirtschaft zusätzlich investitions-hemmend wirken wird. Wir werden zusätzliche Belastungen für die Betriebe in unserem Land von 14 Milliarden Schilling haben, und damit er sich auskennt, muß ich dem Herrn Kollegen Mag. Rader noch einmal sagen, daß die Gesamtbelastungen, wie es der Herr Präsident Ing. Stoisser gesagt hat, etwa 30 Milliarden Schilling sein werden. 14 Milliarden Schilling sind reine betriebliche Belastungen für die österreichischen Betriebe. (Abg. Halper: „Und der Rest? Sie stellen die Summe von 14 Milliarden in den Raum!“) Die übrigen Belastungen sind vor allem die Mehrwertsteuerbelastung, die Zinsertragssteuer und diese. (Abg. Halper: „Das sind Einsparungen und Umschichtungen - bitte alles zu nennen!“) Das ist nicht einmal ein Viertel von dem, was an zusätzlichen Belastungen auf uns zukommt, Herr Kollege. Und wenn der Herr Kollege Mag. Rader von der Entlastung der Wirtschaft gesprochen hat - ich will nicht davon schweigen: Das wird maximal 2,5 Milliarden Schilling ausmachen, aber ich betone hier, sechsmal soviel, rein für die Betriebe, zusätzliche Belastungen, wobei natürlich die restlichen Belastungen, etwa Zinsertragssteuer, Mehrwertsteuer, auch die Betriebe treffen, weil sich ja nicht alles überwälzen läßt, und weil ja jeder Unternehmer natürlich auch ein Konsument ist; das ist ja selbstverständlich. Aber die Entlastungen von etwa maximal 2,5 Milliarden Schilling sind zu einem Großteil solche, daß man sagen könnte, es sind indirekte Subventionen in erster Linie für die verstaatlichte Industrie. Die in drei Stufen zu erfolgende Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer trifft eben jene Bereiche der Wirtschaft, wo Gewerbesteuer nur mehr auf der Bemessungsgrundlage Gewerkekapital gezahlt wird, weil Gewinne nicht mehr vorhanden sind. Das ist vor allem in der verstaatlichten Industrie. Nicht viel anders ist es bei der Vermögenssteuer, weil bei der

Masse der Österreicher und auch der Klein- und Mittelbetriebe sowohl die Vermögenssteuer wie die Gewerkekapitalsteuer eine sehr untergeordnete Rolle spielt.

Ich möchte dazu auch noch feststellen, daß die Lohnnebenkosten 1984 bei zirka 94 Prozent liegen werden; das ist auch ein internationaler Spitzenwert. Österreich hat überhaupt Spitzenwerte bei der Besteuerung von Bier und Wein. Ich muß hier einige Ziffern nennen, weil das gerade für unseren Fremdenverkehr nicht uninteressant ist. Die Steuerbelastung bei Bier ist in Österreich 30,9 Prozent, in der Bundesrepublik 14,3 Prozent, in Italien 10,8 Prozent und in der Schweiz 5,5 Prozent. Die Steuerbelastung bei Wein ist in Österreich 28,1 Prozent, in der Bundesrepublik 11,5 Prozent, in Italien 8,3 Prozent und in der Schweiz 2,8 Prozent. (Abg. Preamberger: „Dann sind die Schweizer recht unanständig, denn ich habe in Genf für einen halben Liter offenen Wein 150 Schilling bezahlt!“) Das ist es ja eben, lieber Toni, weil in der Schweiz der Wirt noch eine höhere Gewinnspanne dabei hat, als er sie bei uns haben kann! Die im Vergleich zu den Konkurrenzländern stark angestiegene Steuerbelastung hat eben die Wettbewerbsposition der Fremdenverkehrsbetriebe international bei uns stark beeinträchtigt. Die Folge davon ist eine rückläufige Investitionstätigkeit. Das Belastungspaket kommt jetzt noch dazu - und das ist von der Bundeskammer ziemlich genau errechnet worden -, das für den Fremdenverkehr etwa 1,6 Milliarden Schilling zusätzliche Belastungen, rein betriebliche Belastungen, bringen wird. Es muß auch hier gesagt werden, daß die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes die Fremdenverkehrswirtschaft schwer trifft, die ja zum Teil nicht in der Lage ist, den Mehrwertsteuersatz ganz einfach zu überwälzen. Einmal schon deswegen, weil die Preisprospekte ja schon gedruckt sind und für die nächsten Saisonen nicht geändert werden können, außerdem ist es eine Gesamtpreisfrage und eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit international, man kann ja die Preise nicht beliebig hinaufschrauben, man braucht auch die Gäste.

Meine Damen und Herren, noch etwas muß ich dem Kollegen Rader sagen, weil er es im Laufe dieser Budgetdebatte schon dreimal angeschnitten hat, das ist das Belastungspaket der ÖVP im Jahre 1968. Meine Damen und Herren, das ist etwas wirklich völlig anderes. Damals - ich möchte sagen - bis einschließlich 1975 ist antizyklische Wirtschaftspolitik betrieben worden. Das heißt, man hat in Zeiten der Rezession Schulden gemacht, fehlende private Aufträge durch öffentliche ersetzt, Kredite genommen, und dann ist alles wieder weitergelaufen. In der guten Zeit hat man diese Schulden wieder abbezahlt. Daher war Schuldenmachen zumindest noch in der Rezession 1974/75 möglich. Man hat Schulden gemacht in der Rezession 1967 und dann danach diese unpopulären Belastungen eingeführt und einem geordneten Staatshaushalt mit einer Gesamtverschuldung von weniger als 10 Prozent der derzeitigen Gesamtverschuldung übergeben. Das sind ganz andere Größenordnungen. Der Abgeordnete Kollmann hat hier teilweise die Antwort schon vergeben. Hier Vergleiche mit damals anzustellen, ist einfach völlig unrichtig, denn, meine Damen und Herren, de facto machen wir seit zehn Jahren prozyklische

Wirtschaftspolitik. Was müßten wir jetzt seit zwei Jahren machen? Jetzt müßten wir Kredite aufnehmen und antizyklisch arbeiten. In Wahrheit arbeiten wir prozyklisch. Genauso wie in den guten Jahren vorher, wo man einfach Geld ausgegeben und nicht den Verschuldungsstand des Staates verringert hat. Man redet von Keynes und tut genau das Gegenteil, was Keynes eigentlich gepredigt hat. Als Antwort sagt man dann, „der Keynes oder seine Theorie wären nicht richtig“. Sie ist im wesentlichen richtig, nur muß man sie von beiden Seiten sehen und nicht nur von angenehmer Seite.

Die zweite Ursache für das Zurückbleiben des österreichischen Wirtschaftswachstums ist sicher die verspätete Strukturverbesserung unserer Wirtschaft, wo zum Teil offenbar heute noch gewisse Leute glauben – es werden zum Glück immer weniger –, daß man sich um die Strukturveränderungen herumschleichen kann. Ich weiß schon, wie hart diese Strukturveränderungen in Amerika und in England gemacht wurden, und wir liegen nicht auf der Linie derart harter Vorgangsweisen. Nur, herunkommen um die Notwendigkeit der Strukturveränderungen werden wir auch in Österreich nicht.

Insgesamt kann man wohl sagen, daß die Zunahme in der Wirtschaftskraft unserer wichtigsten Fremdenverkehrsgästeländer ab 1984 auch für uns im steirischen Fremdenverkehr wieder eine gewisse Hoffnung gibt, und es gibt einige Anzeichen dafür. Ich will mich doch nicht sehr konkret und sehr genau ausdrücken, weil das sicher noch zu früh wäre. Ich möchte hier nur in Stichworten einige Trends im Fremdenverkehr vortragen, die nicht unwichtig sind; nicht nur für uns wichtig sind, sie zu wissen, sondern vor allem für das Fremdenverkehrsmanagement und für die einzelnen Wirtschaftstreibenden im Fremdenverkehr. Zunächst einmal die Kostensteigerungen, die sehr auf die Investitionsfreudigkeit drücken. Daher Vorsicht bei größeren Investitionen! Ein sinkender Wareneinsatz bei steigendem Personalaufwand ist ein bedauerlicher Trend, den wir zur Kenntnis nehmen müssen. Positiv und wichtig zu bewerten ist ein wachsendes Interesse an Kooperationen im Fremdenverkehr überhaupt, von gemeinsamer Marktforschung bis zur Werbung, dann eine verstärkte Nachfrage nach Schnellimbisserverpflegung, Abnahme der À-la-Carte-Verpflegung und Verlagerung innerhalb der Verpflegungserlöse vom Keller auf die Küchenerlöse. Was zwar für einen Wirt sicher weniger interessant, aber immerhin ein Trend ist, den man zur Kenntnis nehmen muß. Nach wie vor spielt eine beachtliche Rolle die Gesundheitswelle, und wichtig ist auch festzustellen, daß wir einen Zug zur Erlebnisgastronomie haben mit Animatoren und insgesamt eben besonderer Betreuung der Gäste. Fallend ist die Vollpensionsnachfrage und steigend die Nachfrage nach Ferienwohnungen. Ein Faktum, das wir auch sorgsam verfolgen müssen mit allen Vor- und Nachteilen, die damit verbunden sind. Der Wirtschaftsrückgang drückt nicht auf den Wunsch nach höherem Komfort, sondern drückt höchstens im Ausmaß bei Verpflegung und bei den Extras. Betriebe mit guter Gästebetreuung, also guter Animation, haben bessere Auslastungen. Vorbuchungen am Beherbergungssektor gehen deutlich zurück, es ist das kurzfristige Straßehaus-Geschäft offensichtlich im Zunehmen, genauso wie der Bus- und Bahntourismus im Zunehmen ist.

Hier, Hohes Haus, darf ich noch auf eine Möglichkeit aufmerksam machen, die der steirische Fremdenverkehr und seine Organisatoren und Manager mehr als bisher noch nutzen sollten. Das ist die Einbindung der AUA in die Fremdenverkehrswerbung. Der Broschüre „Austrian Airlines im Dienst des Österreichischen Fremdenverkehrs“ ist jedenfalls zu entnehmen, daß von den 13,879.000 Ausländerankünften im Jahre 1980 in Österreich 225.000 Ausländer oder 1,62 Prozent mit Austrian Airlines in Österreich angekommen sind und hier übernachtet haben. Dabei sind die Tagesrückflüge und Transitpassagiere einbezogen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Österreich betrug 6,5 Tage. Man kann annehmen, daß rund 900.000 Nächtigungen in gewerblichen Betrieben der gehobenen Kategorie durch Austrian-Airlines-Fluggäste aus dem Ausland erfolgen. Jedes der 21 Verkaufsbüros, die von Austrian Airlines in 30 Ländern betrieben werden, ist primär eine Österreichverkaufsstelle. 475 Angestellte sorgen im Ausland für die Abwicklung des Flugprogramms und vor allem für eine straffe Verkaufsorganisation. Diese Verkaufsbüros haben selbstverständlich auch Kontakte mit potenten Reisebüros der jeweiligen Länder. Es wäre daher sehr zweckmäßig zu versuchen, die 21 Verkaufsbüros der AUA besonders auch in die steirische Fremdenverkehrswirtschaft einzubinden.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich zum bevorstehenden Landesfremdenverkehrsgesetz – ohne Termine zu nennen, wie dies der Kollege Brandl getan hat – folgendes sagen: Wie schon mehrmals an dieser Stelle ausgeführt, muß ich immer wieder feststellen, daß es im Rahmen des Begutachtungsverfahrens in der Interessensvertretung derer, die zur Kassa gebeten werden – und das sind die Mitglieder der Handelskammer –, nicht leicht sein wird, den gemeinsamen Nenner zu finden, der möglichst viele oder womöglich alle befriedigt. Aber wir werden diesen Interessensausgleich unter der Voraussetzung zustande bringen, daß Mitwirkungsrechte derer, die zahlen, bei Aufbringung und Verwendung der Gelder sichergestellt sind. So darf es jedenfalls nicht sein, daß die einen mit einer zusätzlichen Abgabe belegt werden und die anderen über die Verteilung der Mittel bestimmen. Wenn der Wille zu diesen Grundsätzen gegeben ist – ich zweifle nicht daran, vor allem auch nicht beim Herrn Landesrat Dr. Heidinger –, dann werden wir nach einem gründlichen Begutachtungsverfahren ein gutes steirisches Landesfremdenverkehrsgesetz bekommen. Es wird sicher kein Allheilmittel sein, wohl aber eine große Hilfe in unserer derzeitigen Fremdenverkehrssituation. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Kröll gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kröll:** Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Wortmeldung des Herrn Kollegen Mag. Rader zwingt mich zu dieser Berichtigung. Ich möchte es aber als Ergänzung und Erweiterung seines Wissensstandes in dieser schwierigen Causa verstanden wissen und nicht als Ärger, sondern als Bitte, dann, wenn er das weiß, auch unseren Standpunkt zu verstehen, um auch von seiner Seite her alles zu tun.

Der wesentliche Unterschied ist erstens, daß nicht der oberösterreichische Landeshauptmann - wie er gesagt hat - sozusagen die Kompetenz hätte. Es ist richtig, daß jetzt die Oberösterreichische Landesregierung für den Schießplatz eingetreten ist - das bestätige ich -, der große Unterschied liegt aber darin: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich zitiere aus dem Schreiben vom 8. März 1983 als Antwort des Herrn Ministers Rösch auf einen Brief von mir an ihn, wo er ausdrücklich feststellt: „Vom Bundesministerium für Landesverteidigung wird in der gegenständlichen Frage seit jeher der Standpunkt eingenommen, daß zur Aufnahme eines Schießbetriebes alle berührten Stellen ihre Zustimmung geben müssen.“ - Nicht nur Oberösterreich, ich komme gleich darauf zurück. - „Nur dadurch können nachträgliche Schwierigkeiten und Vorwürfe wegen des Schießbetriebes und einer sich daraus ergebenden Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs vermieden werden. Da in der letzten Besprechung unter Beiziehung aller Betroffenen keine Einigung erzielt wurde und vor allem seitens steiermärkischer Stellen beziehungsweise Gemeinden Einwände geltend gemacht wurden, ist diese seit jeher geforderte Voraussetzung, nämlich die Zustimmung aller Stellen, nicht erfüllt.“ Daher kommt er zum Schluß: „Seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung sind somit in Entsprechung der bisherigen eingehaltenen Vorgangsweisen“ - und das seit über 20 Jahren, bitte; alle Verteidigungsminister haben sich an diese übereinstimmenden Vorgangsweisen gehalten - „Beschlüsse gefaßt worden, eine Reaktivierung des Truppenübungsplatzes nicht ins Auge zu fassen, sondern an der prinzipiellen Entscheidung der Auflassung festzuhalten.“

Und wir, meine Damen und Herren, vom Fremdenverkehr haben überhaupt keinen Einwand, den jetzigen Betrieb, ohne scharfen Schuß, als hochalpines Übungsgelände aufrechtzuerhalten. Meine Damen und Herren, es ist an der Südgrenze der steirischen Grenze, wo ja der ganze Zubringerverkehr von der Steiermark mit der Seilbahn hinaufkommt und wo die Erschließung des Gletschers oben ist. Das war die Erklärung vom 31. Mai, die ich Ihnen verlesen habe, und dann hat der Herr Minister Frischenschlager eine aufschiebende Wirkung und eine Prüfung mit allen Befassten zugesagt und am 5. Dezember völlig überraschend im Rundfunk erklärt, daß ab Jänner 1984 ein Probetrieb, ohne Einbeziehung der steirischen Stellen, bitte, aufgenommen wird. Da finde ich es schon für notwendig, hier korrekterweise diesen Sachverhalt darzustellen, nicht um ärgerlich zu sein, sondern um zu bitten, jetzt die Verärgerung in unserer Region zu verstehen - auch eurer Leute, zum Beispiel der Wirt in der Ramsau -, denn 1963 ist das Scharfschießen oben eingestellt worden. Seither, bitte, haben sich der Tourismus und der Hochalpinismus oben versechsfacht. Die Argumente vor 20 Jahren zur Schließung sind ja seither fünfmal stärker geworden und nicht umgekehrt. Ich bekenne mich mit Begeisterung zum Bundesheer, aber aus dieser Sachlage heraus muß ich bitten, daß alle wirklich kompetenten und vernünftigen Menschen das so sehen. Der prominenteste Verhandlungsleiter dieser gemeinsamen Kommission ist ja der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart. Unter seinem Vorsitz war ja in Aigen im Ennstal noch dieses große Hearing mit den Militärs von Steiermark und

Oberösterreich und den steirischen Stellen. Damals wurde eben gesagt: „Wir sehen ein, es gibt hier keine Übereinstimmung.“ Daher meine Berichtigung, als Ergänzung und Information der wirklichen Aktenlage zu verstehen, und ich bitte noch einmal in dieser Sache um Gemeinsamkeit. Bitte, stellen Sie sich vor, wir können doch nicht der ganzen Welt erklären, daß auf der anderen Seite, ein paar Meter drüben, zwar Oberösterreich ist, wir aber mit dem Dachstein in der ganzen Welt werben und Hunderttausende Leute da hinaufführen. Allein die Tatsache - es muß gar nichts passieren - zu sagen: „Von ... bis ... ist wegen Scharfschießens gesperrt.“ Ich sage Ihnen, bitte, womit geschossen wird - das sind ja keine Kleinigkeiten: Es wird geschossen mit Infanterie- und Panzerabwehrwaffen und Granatwerfern. Das, bitte sehr, verträgt sich wirklich nicht mit diesem besonders geeigneten Berg für Alpinismus und Tourismus. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihm.

**Abg. Halper:** Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Ich teile durchaus die Sorgen des Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer in bezug auf den Fremdenverkehr. Aber ich glaube, in den letzten 13 Jahren war die Entwicklung im Fremdenverkehr in Österreich nicht so schlecht, und wir können uns international sehr stolz messen. Wir hatten im Jahr 1970 20 Milliarden Schilling an Deviseneinnahmen zu verzeichnen, 1982 waren es 85,5 Milliarden Schilling. Wir müssen aber auch im gleichen Atemzuge sagen, daß vor allem die Devisenabflüsse durch die Reisen der Österreicher durch den gesteigerten Wohlstand bedeutsam gestiegen sind und wir derzeit einen Devisenabfluß aus dem Titel „Fernreisen“ von jährlich 35 bis 38 Milliarden Schilling haben, und das macht uns sicherlich Sorgen, diesen Fluß des Inländerfremdenverkehrs auf die Steiermark umzudirigieren. Deshalb auch schon, weil, gemessen, Herr Kollege, am internationalen Vergleich, mit 11 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt die Fremdenverkehrswirtschaft weit an der Spitze steht, gemessen an allen anderen vergleichbaren Ländern, die in der Größenordnung von 1 bis 1,5 Prozent BIP liegen. Naturgemäß - und das wurde schon erwähnt - ist ja der Fremdenverkehr für über 38.000 Gewerbebetriebe Existenzgrundlage und schafft für 161.000 Berufstätige Arbeit und Einkommen.

Dazu auch eine Bemühung, die immer wieder seitens der Wirtschaft Gegenstand zur Diskussion ist: Das vermehrte Urlaubsangebot, das auch im nächsten Jahr um zwei Urlaubstage ausgeweitet wird, ist ja mittragende Säule, wie immer wir die Dinge diskutieren, um den Inländerfremdenverkehr auszuweiten und damit wieder Existenzen zu sichern.

Vielleicht noch eine Zahl: Wenn wir den Fremdenverkehr und die Deviseneinnahmen analysieren, müssen wir drei große Bereiche feststellen, woher der Einnahmenfluß kommt und wie sich dann die verschiedenen Steuerbelastungen auswirken. Unsere Gäste, die nach Österreich kommen, geben 53 Prozent für Unterkunft und Verpflegung aus, etwa 12 Prozent für Treibstoff und Kfz-Ausgaben und 35 Prozent für den

Tagesausflug, für die Durchreise, für den Souvenirhandel, aber auch für gesundheitliche Kuren und Erholungsmaßnahmen, die wir eben anzubieten haben. Ich gebe schon zu, daß wir nicht einen Trendbruch haben, aber einen Trendriß, der doch neue Bemühungen notwendig macht, und ich meine auch in diesem Zusammenhang, daß wir uns bemühen müßten, eine Neuorientierung des Fremdenverkehrs anzustreben.

Dabei ist nur ein Punkt – um es kurz zu halten –, daß wir die Touristikangebote erhöhen, und ein zweiter Bereich ist, daß wir, vielleicht über die Wirtschaft, über die Exportindustrie, versuchen, neue Märkte zu erschließen. Ich glaube sogar, der Herr Landesrat Dr. Heidinger war bei einer Idee mit dabei, die ich sehr phantastisch finde, daß man, wenn man die Schuhfabrik Köflach nimmt, die etwa 700.000 Paar Schuhschuhe erzeugt, diese in hohem Maße zu 80 Prozent exportiert – über 100.000 nach Japan –, daß auch diese Kartons mit einer Werbeschrift der Steiermark ein sinnvoller Werbeträger sein könnten, um auch diese Exportwirtschaft mehr in den Dienst des Fremdenverkehrs einzubeziehen. Also ich glaube, hier würden sich sehr viele gar nicht so teure Möglichkeiten anbieten, wie wir es jetzt mit den Messen haben, was ja auch sehr personalintensiv ist. Aber hier zu diesem Touristikangebot: Ich meine, daß wir ein solches Angebot in der Steiermark vorfinden, und gemeinsam durch Bemühungen des Bundes und des Landes könnte eine neue Attraktion entstehen und ausgebaut werden. Ich meine hier das Lipizzaner-Bundesgestüt Piber in der Weststeiermark, und aus der Perspektive, daß es ein Rom gibt, ein Rio de Janeiro, ein Venedig, gibt es auf der gesamten Welt nur ein Piber und eine Lipizzanenzucht. Wenn wir immer Österreich im Ausland assoziieren und mit Fremden sprechen, gibt es drei Begriffe: Ich möchte hier niemanden schmälern, das sind die Staatsoper und die Musik, das sind die Sängerknaben und das ist die Spanische Hofreitschule mit den Lipizzanern. Allein diesen Rohdiamanten Piber müßten wir besser nutzen, und es wäre auch für die Krisenregion Voitsberg-Köflach als Einheit Piber-Glas-Schaubergwerk ein richtiger Weg in eine bessere Fremdenverkehrsgesinnung. Allein die 70.000 Besucher jährlich zeigen Möglichkeiten auf, die wir besser nutzen könnten. Es waren alle sehr bewegt, als im Frühjahr dieses Jahres durch alle Medien auf der ganzen Welt die Seuche in Piber bekannt wurde. Wir haben insgesamt 39 Fohlen und Mutterstuten verloren. 31 Fohlen und acht Mutterstuten! Alle politischen Kräfte dieses Landes, Zeitungen, haben in Aktionen gesagt, hier muß etwas geschehen, und wir müssen dieses Kleinod erhalten. Ich möchte hier allen danken, dem Herrn Landeshauptmann, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross, den Tageszeitungen, der „Tagespost“ vor allem, die so mitgeholfen haben, hier auf das Problem aufmerksam zu machen, und allen, die Initiativen ergriffen haben. Ich meine, daß voran der Herr Minister Haiden positiv reagiert hat, vor allem in der Frage, daß für die Jahre 1984/85/86 ein großzügiges Investitions- und Ausbauprogramm für Piber vorgelegt worden ist. Es sollen für Piber insgesamt 40 Millionen Schilling in Fluß kommen für den Ausbau von Piber als Lipizzanergestüt und als Fremdenverkehrsattraktion der Steiermark. Dafür ist vor allem dem Herrn Bundesminister Dr. Günther Haiden recht herzlich Dank zu sagen.

Nunmehr liegen Details dieses Planes vor. Es soll ein Zuchtkonzept geben, die Zahl der Stuten und der Pferde in Piber soll bis zum Jahre 1987/88 von 138 auf 400 ausgeweitet werden. Für den Bereich der baulichen Investitionen sind 30 Millionen Schilling vorgesehen. Es ist eine Personalaufstockung auf 100 dauernde Beschäftigte vorgesehen, und für den Bereich des Fremdenverkehrs soll die Öffnung des Gestütes weiter stattfinden. Es sind sechs Galaveranstaltungen geplant, zwei spezifische für Senioren, und es sollen auch Schloßkonzerte in den auszubauenden Repräsentativräumen stattfinden. Die Bundesregierung hat die Zusicherung gegeben, vor allem sich zu bemühen, sämtliche Staatsbesuche nach Piber zu bringen, um auf diese Attraktion Piber hinzuweisen. In der nächsten Woche wird auch ein vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bezahlter Film „Hofreitschule Piber“ der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Für Besucher soll eine Schautribüne mit 800 Sitzplätzen geschaffen werden. Das sind sehr beachtliche Leistungen des Bundes, die einen wertvollen Beitrag zur fremdenverkehrsmäßigen Nutzung des Bundesgestütes darstellen. Nur noch eines zu Gerüchten, die immer wieder um den Quarantänestall in den Raum gestellt werden: Sie alle haben in der Presse verfolgt, daß der Präsident der Bundeswirtschaftskammer Sallinger einen Lipizzaner dem amerikanischen Präsidenten Reagan übergeben hat. Ich möchte hier nur mitteilen, und ich habe mich hier sehr gewissenhaft erkundigt, daß dieses Pferd, bevor es die Genehmigung erhalten hat, in die Vereinigten Staaten gebracht zu werden, zehn Impfungen über sich ergehen lassen mußte, daß dieses Pferd drei Monate in einem Quarantänestall, in einem Kotomatstall, aufbewahrt wurde, zu dem nicht einmal Reagan Zutritt gehabt hat, um festzustellen, ob dieses Pferd überhaupt seuchenfrei sei. Erst nach diesem Zeitpunkt ist es der Öffentlichkeit – sprich damit dem Präsidenten – übergeben worden. Wenn also jetzt die Diskussion auftaucht, daß die Zuchtbasis erweitert werden muß, weil wir alle wissen und feststellen, daß vor allem der Lipizzaner durch die Inzucht, durch die schmale Genbasis in seinem Bestand ernsthaft gefährdet ist, dann müssen wir auch Maßnahmen ergreifen, wenn wir Pferde aus Drittländern importieren, da müßte man einmal nachdenken, das Tierseuchengesetz stammt aus dem Jahre 1908, daß hier Maßnahmen getroffen werden müssen, um die heimische Population im Wesen zu schützen und vor allem Vorsorge zu treffen. Der Bund war durchaus bereit, den Anregungen der Landwirtschaftskammer entgegenzukommen und diesen Stall in der Steiermark zu initiieren. Ich darf nur sagen, daß 14 Landwirte in der Weststeiermark eingeladen worden sind, eben diesen Stall anzubieten. Auf Grund der Auflagen und der Dauer – man stellte sich vor, diese Quarantänestation für jeweils sechs Wochen zu errichten – haben sämtliche 14 Landwirte abgelehnt, weil sie nicht in der Lage waren, die hohen Kosten, die damit entstehen – der Bund bezahlt pro Tag nur 250 Schilling Einstellgebühr –, zu übernehmen. Derzeit versucht man, noch eine Lösung zu finden, doch im Bezirk Voitsberg diesen Kotomatstall zu errichten.

Geschätzte Damen und Herren, abschließend noch: Es wäre hier zu den Bemühungen des Bundes auch das Ersuchen an das Land Steiermark zu richten, nicht nur wie damals, als in der Stunde der Not durch Unter-

schriftenaktionen alle bewiesen haben, wie sehr sie mit dieser Einrichtung verbunden sind, sondern auch jetzt weiter zu kämpfen, daß auch seitens des Landes ein sinnvoller Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur von Piber stattfindet. Ich denke hier nur an die initiierten Anträge, wie die Verlegung der Landesstraße oder einer Gemeindestraße oder auch die Regulierung des Gailbaches im Bereich des Bundesgestütes, der jedes Jahr immer wieder dazu führt, daß es Hochwasser gibt. Hier könnte man wirklich rasch helfen. Ein letzter Punkt ist, für die 70.000 offiziellen Besucher mitzuhelfen, auch die geeigneten Parkplätze zu schaffen. Ich würde also abschließend meinen, wir alle sind im Fremdenverkehr auf der Suche nach neuen Angeboten. Wir haben in der Weststeiermark eine Attraktion, auf die wir alle stolz sein können, das ist das Lipizzanergestüt Piber. Und ich würde Sie alle bitten, helfen Sie mit, dieses Kleinod auszubauen. Ich würde mich freuen, Sie im Lipizzaner-Land begrüßen zu dürfen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Das Wort erteile ich nun Herrn Landesrat Dr. Heidinger.

**Landesrat Dr. Heidinger:** Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Im Vorjahr haben vier Redner und der Referent in einer Stunde und 50 Minuten das Ressort Fremdenverkehr abgehandelt. Es sind derzeit fünf Redner gewesen, die eine Stunde und zwölf Minuten geredet haben. Ich hoffe, ich werde einen kleinen Zeitvorsprung herausholen, weil ich durch die sachkundigen Darstellungen manches aus meinem vorbereiteten Manuskript wegfällen lassen kann. Und der letzte Beitrag des Herrn Kollegen Halper war auch schon die Überleitung zur Gruppe Landwirtschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich sind in den Referaten, von ein paar Anregungen abgesehen, fast nur positive Bemerkungen zum Fremdenverkehr der Steiermark gemacht worden, und ich bin als Referent in der unangenehmen Lage, dies relativieren zu müssen. Ich bin an und für sich mit der Situation des steirischen Fremdenverkehrs nicht überglücklich, um es vorsichtig zu sagen. Ich werde Ihnen auch begründen, warum. Im Jahr 1977 – jüngere Zahlen stehen mir nicht zur Verfügung – hat am Bruttoinlandsprodukt – das sind die Güter und Leistungen, die wir in der Steiermark erbringen – der Anteil des Fremdenverkehrs nicht einmal 4,7 Prozent betragen. Er war nur geringer in den traditionellen Industrieländern Ostösterreichs, in Niederösterreich mit 2,1 Prozent, in Oberösterreich mit 3,7 Prozent und in Wien interessanterweise mit 2,6 Prozent. Dagegen Kärnten 19 Prozent, Salzburg 29 Prozent und Tirol gar 44 Prozent. Nun möchte ich sicherlich keiner Monstruktur im Fremdenverkehr das Wort reden, aber für die Steiermark ist der Fremdenverkehr – und das hat der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer sehr richtig gesagt – eine Wachstumsbranche. Und daß ich glaube, daß das trotz der grundsätzlichen Situation konjunkturell und strukturell in Europa so sein wird, darin hat mich die Tagung der Euregio-Alpina in München, an der ich teilgenommen habe, bestärkt, wo festgestellt wurde

– und das ist eine Zahl, die kaum glaublich ist –, daß seit Kriegsende der Fremdenverkehr um 1000 Prozent gewachsen ist, also auf das Zehnfache, und daß er zum Unterschied von allen anderen Bereichen, vorhersehbar bis zum Jahr 2000, weiterhin mit einer Rate von 3,5 Prozent Wachstumsbranche bleiben wird. Was offen ist, ist, wer dieses Wachstum lukrieren kann. Sind es die Malediven, ist es die Karibik trotz kriegerischer Ereignisse, sind es die Seychellen, ist es Italien, Griechenland, Tunis, Marokko, oder ist es der Alpenraum? Wir haben im Alpenraum Bereiche, die fremdenverkehrsmäßig so stark erschlossen sind, daß man fast schon von einer Übererschließung sprechen kann. Wir sind aber in der Steiermark in der glücklichen Lage, noch sehr viele unberührte Gebiete zu haben. Um diese aber gleichzeitig für einen sinnvollen Fremdenverkehr nutzen zu können – es ist das Wort „sanfter Tourismus“ gefallen –, wird allgemeines Bemühen notwendig sein. Ich bin nicht gerne Prophet, aber eines ist sicher: Die Industrie Arbeitsplätze in der Steiermark werden zurückgehen. Wenn der Industrieausstoß auch vielleicht sogar steigt, wird die Rationalisierung die Zahl der Arbeitsplätze in der Massengüterindustrie reduzieren. Das kommt so sicher wie das Amen im Gebet. Im Bereich des Fremdenverkehrs ist die Rationalisierung fast nicht möglich, es sei denn, der Gast rationalisiert sie via Campingplätze und Selbstbedienungsbläden – auch darüber wurde gesprochen – selbst.

Über die Statistiken der unmittelbaren Gegenwart wurde geredet. Wir liegen besser, aber auch da sage ich ehrlicherweise: Die Marktleader haben immer mit den größten Umsatzrückgängen zu rechnen, wenn es krisenhafte Erscheinungen gibt, und für das Fremdenverkehrsjahr 1982/83 war der Schneemangel im Dezember eine ganz, ganz entscheidende Bremse. Und was im Dezember verlorengelht, ist nicht mehr einholbar.

Unser Standardfremdenverkehrsgebiet, die Dachstein-Tauern-Region, hat – so scheint es aus heutiger Tagessicht – hier für heuer einen besseren Start; der Bezirk Murau beispielsweise schon nicht mehr, und Kärnten auch nicht. So sind die Dinge eben auch von Zufälligkeiten abhängig, die wir trotz Schneekanonen im großen nicht bereinigen können.

Über die relative Turbulenz des Jahres 1983, was die Organisation betrifft, wurde bereits gesprochen. Die Dinge liegen hinter uns, und die einstimmigen Beschlüsse in den Gremien des Landesfremdenverkehrsverbandes haben mich sehr glücklich gemacht. Es ist nicht nur ein verbales Angebot der Zusammenarbeit, sondern sie ist auch realisiert worden, und dafür möchte ich allen Funktionären im Fremdenverkehr ebenso danken wie den Beamten der Abteilung.

Nun zum neuen Gesetz – der Herr Abgeordnete Brandl hat es angezogen; es waren etwas ultimative Worte, und wenn ich jetzt so reagieren würde wie ein anderes Regierungsmitglied, dann würde ich sagen: „Unter diesen Bedingungen bin ich leider nicht mehr in der Lage zu verhandeln. (Abg. Brandl: „Ein ganzes Jahr!“) Ich lasse mir keine Fristen setzen.“ Aber ich reagiere nicht so, Herr Abgeordneter Brandl, denn ich habe mir innerlich einen noch kürzeren Termin gesetzt. Ob er einhaltbar ist, kann ich jetzt noch nicht sagen.

Was die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer zu dem Gesetz betrifft: Er hat ja seinerzeit auch einen Initiativantrag in dieser Richtung eingebracht und hat nun die sicher unangenehme Aufgabe, als Kammeramtsdirektor den Interessensausgleich bei den Zahlern vorzunehmen. Es wird nur meiner Meinung nach deswegen leichter gehen, weil es erstens eine ausgezeichnete wissenschaftliche Studie des Herrn Dr. Schulmeister vom Wirtschaftsforschungsinstitut über die Multiplikatorwirkung und den Anteil der Fremdenverkehrseinnahmen bei den verschiedenen Branchen gibt, und zweitens, weil gesetzliche beziehungsweise verordnungsmäßige Beispiele vorhanden sind. Ich nehme an, daß der Anteil der Fremden, die sich die Haare schneiden lassen, im Salzbürgischen ähnlich ist wie in Schladming, und daher kann man diese Zahlen - und das sind ja recht komplizierte Modelle der Einhebung, die es da gibt - wahrscheinlich bedenkenlos übernehmen.

Wovor ich warnen möchte und immer wieder gewarnt habe: Wir werden jetzt Erhebungen machen, damit in den Erläuternden Bemerkungen auch bereits klargelegt wird - auch zur Erleichterung der Diskussion in den Gremien -, was jetzt schon freiwillig aufgebracht wird, denn in erster Linie wurde das Gesetz ja verlangt, um auch die „Trittbrettfahrer“ zum Zahlen zu bringen. Wenn - ich darf diese Zahl ja nennen, weil sie in einer öffentlichen Versammlung des Vereines „Ramsau - Dachstein“ genannt wurde - dort ein Budget von über 5 Millionen Schilling vorhanden ist, von dem der Löwenanteil von den dortigen Fremdenverkehrsinteressierten aufgebracht wird, dann wird auch gesetzlich nicht viel mehr herauskommen. In anderen Gebieten wird es möglicherweise anders ausschauen.

Über den neuen Manager wurde auch gesprochen. Ich hoffe, daß ich dem Präsidium des Fremdenverkehrsverbandes im Jänner darüber berichten kann. Ich hoffe auch, daß wir ihn quasi in einem Konsulentenverhältnis schon vorher zumindest zu den Sitzungen des Präsidiums bringen können, damit er langsam in seine Aufgabe hineinwächst. Sein Mitbewerber hat bei dem letzten Hearing vor dem Vorstand auf eine Frage des Präsidiumsmitgliedes Abgeordneten Kröll, was ihn mit der Steiermark verbinde, gesagt: „Grün, nah, preiswert.“ Grün - das grüne Herz der Steiermark, nah - es war ein Wiener, preiswert - hier müssen wir sicher aufpassen, denn ich habe immer schon die These vertreten, seit ich mich zu Fremdenverkehrsfragen geäußert habe, daß wir danach trachten müssen - und das ist die zweite große Aufgabe -, die Wertschöpfung aus dem Fremdenverkehr zu erhöhen. Ich bin sehr dafür, preiswert zu sein, aber ich bin nicht dafür, den Schilling um 50 Groschen zu verkaufen, wie ich das leider bei gewissen Fremdenverkehrsbetrieben gesehen habe, die sich wirklich so verkauft haben wie weiland der Faust an Mephisto.

Zur beschäftigungspolitischen Bedeutung des Fremdenverkehrs - ich komme damit noch einmal zurück zu meinen ersten Aussagen - einige wenige Zahlen: 1973 gab es in allen Sektionen der Handelskammer rund 57.000 Selbständige, 1983 war diese Zahl um knapp 800 oder um 1,8 Prozent gewachsen. Die Zahl der Unselbständigen hat sich um 6,1 Prozent auf 244.000 verringert. Daß die Unselbständigenzahl laut

Sozialversicherung viel höher ist, geht auf die versicherten Lehrer und die nicht pragmatisierten Beamten zurück. Im Fremdenverkehr hat die Zahl der Selbständigen um 2,1 Prozent auf rund 9000 zugenommen, die Zahl der Unselbständigen in der gleichen Zeit - 1973 bis 1983 - auf 14.285 oder um 28 Prozent. Das ist meine Hoffnung auch für die Zukunft, daß wir doch zumindest einen Teil der Arbeitsplätze, die wir vorhersehbar in der Industrie verlieren, im Fremdenverkehr neu schaffen können.

Nun in aller Kürze zu den Zielen und Maßnahmen und zu einzelnen Anregungen und Feststellungen der Herren Redner.

Arbeitsbeginn des Landesfremdenverkehrsverbandes als eigenständig agierende Stelle für den Bereich Marketing und Werbung.

Ausnutzung der Rosegger-Serie für die Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Steiermark und der Werbelinie der Steiermark; Waldheimat, Steiermark, Rosegger-Land als Arbeitstitel.

Adaptierung der Haas-Räume im Landhaus zu einem repräsentativen Steiermark-Fremdenverkehrshaus, in dem auch die Informationszentrale, die nach meinen Vorstellungen später in eine BTX-Zentrale für die ganze Steiermark ausgebaut werden soll und wo auch die Stadt Graz eingebunden wird. Ich hoffe, daß wir noch vor der Hauptsaison im Sommer dieses Haus der Bestimmung übergeben werden können.

Was mir auch ganz wichtig erscheint, ist die Koordination der Ansiedelungswerbung für die Steiermark. Es gibt hier einen ausgezeichneten Steiermarkfilm „Steiermark - Unternehmerland“ mit der Fremdenverkehrswerbung. Ich verschränke wieder mit dem, was ich heute vormittag darüber gesagt habe, auch mit dem Hintergedanken, daß die sehr geringen Mittel für die Ansiedelungswerbung hier vielleicht ohne störende Faktoren auch in der Fremdenverkehrswerbung doch eine bestimmte Verstärkung erfahren.

Zum Fremdenverkehrsgesetz habe ich schon gesprochen.

Das Sachprogramm Freizeit, Erholung, Fremdenverkehr im Rahmen der Raumordnung soll verabschiedet werden.

Wir werden - das ist ein Vorschlag, den ich im nächsten Präsidium auch personalmäßig besprechen werde - einen Arbeitskreis „Kultur und Fremdenverkehr“ installieren.

Und nun zur Schulung: Herr Abgeordneter Brandl, ich nehme deine Anregung sehr gerne auf. Sie ist ja nicht ganz neu, sie ist ja schon verschiedentlich auch vorgebracht worden. Ich darf nur auf eines hinweisen. Du hast auf die Berufsschule und Fachschule beziehungsweise Hotelfachschule in Bad Gleichenberg hingewiesen, übrigens weitgehend oder noch immer weitgehend auch eine Selbsthilfeorganisation der Handelskammer. Ich möchte hier vor allem dem verdienstvollen Mentor Kommerzialrat Kußmann wirklich herzlich danken für seine nimmermüde Initiative in diese Richtung. (Allgemeiner Beifall.) Wir haben auch ein Fremdenverkehrskolleg, das heißt, Maturanten können nach der Matura im Fremdenverkehrskolleg in Bad Gleichenberg ausgebildet werden. Wir sind hier etwa gleich wie Klebheim, die berühmte Fremdenverkehrs-

schule. Aber ich kann mir sehr gut vorstellen, daß wir eine Fachschule für Tourismus auch in Hartberg, das ja ein relativ fremdenverkehrsorientierter Bezirk ist, machen. Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich mit meinen Schulwünschen, etwa dem Elektronikkolleg Fürstenfeld oder dem Gewerbebundesoberstufenrealgymnasium Bad Radkersburg, die noch mein Vorgänger Landesrat Fuchs eingeleitet hat, auf keine große Gegenliebe beim Ministerium gestoßen bin. Vielleicht stoße ich beim Tourismus auf etwas größere Freizügigkeit. Daß wir vom Land hier ein bißchen mittun können, will ich nicht ableugnen, aber Fachschulen sind eigentlich Bundessache.

Nun zu einem nicht ganz angenehmen Thema, dem leidigen Kapitel der Fremdenverkehrsinvestitionskredite. Ich würde in einer der letzten Sitzungen des Hohen Hauses auch vom Abgeordneten Dr. Dorfer bereits darauf angesprochen. Ich habe gleich zu Beginn meiner Tätigkeit gebeten, daß alle Möglichkeiten der Bundesförderungen ausgeschöpft werden, weil ich gesehen habe, daß wir mit den rund 40 Millionen Schilling, die wir im Fremdenverkehrsfonds haben, bei weitem nicht das Auslangen finden. Aber die ganze Tragweite der Misere in diesem Bereich - ich gebe es gerne zu - habe ich erst vor kurzem festgestellt. Es ist leider so, daß wir noch nicht erledigte Anträge aus dem Jahre 1979 liegen haben, und daß wir im Jahre 1983 37 Millionen genehmigt haben, die wir noch nicht auszahlen konnten. Das heißt praktisch, wenn Sie in das Budget hineinsehen, in den zweiten Band unter Voranschlag Fremdenverkehrsinvestitionsfonds, daß 1984 nur die im Jahre 1983 bewilligten Anträge ausbezahlt werden können. Wir werden daher die Antragsteller hier noch nicht erledigter Ansuchen anschreiben, ob sie überhaupt noch darauf bestehen, weil sich der Antrag wahrscheinlich in vielen Fällen durch andere Finanzierung erledigt hat. Dann werden wir sehen, wie wir weitermachen. Ich denke auch - aber das bedarf sicher der Zustimmung des Hohen Hauses -, daß wir etwa im nächsten Jahr vom gewerblichen Investitionsfonds, vom gewerblichen Kreditfonds, Gelder für den Fremdenverkehrsfonds zusätzlich zur Verfügung stellen. Es ist leider so, daß unsere Aktion zu gut angekommen ist und daß unsere Möglichkeiten bei weitem überschritten sind. Zur Förderung darf ich sagen, daß ich gewisse vorsichtige Straffungen im Einvernehmen mit dem Präsidium des Fremdenverkehrsverbandes vornehmen möchte. Ich will zwar niemandem verwehren, Ortsprospekte zu machen, aber wenn kein vermarktungsfähiges Angebot vorliegt, dann werden Ortsprospekte nach meiner Vorstellung keine Landesförderung mehr bekommen. Ich werde auch denen den Vorzug geben, wo klare Entwicklungskonzepte und regionale Initiativen vorhanden sind, und bei Infrastrukturmaßnahmen müssen wir auf die Überforderung vor allem der Finanzierungskraft der Gemeinden Rücksicht nehmen. Wir haben im Entwicklungsprogramm bereits eine sehr deutliche Kritik bekommen, daß der Anteil an Subventionen für Mehrzwecksäle, die nur zum geringsten Teil auch in Fremdenverkehrsgebieten wirklich für den Fremdenverkehr zur Verfügung stehen, sowie für Schwimmbäder, die ja auch nur zum sehr geringen Teil dem Fremdenverkehr sozusagen allein zur Verfügung stehen, viel zu hoch sei und daß wir hier mit Fremdenverkehrsmitteln in der Vergangenheit zu großzügig gewesen sind. Auch

große Rückstände und Zahlungszusagen gibt es da. Ich glaube, daß es auch eine Aufgabe des nächsten Jahres sein muß, das abzubauen.

Nun noch ein Wort zu der Dachsteinsache. Der Landesfremdenverkehrsverband hat eine einhellig verabschiedete Resolution gefaßt. Ich habe darüber hinaus dem Herrn Bundesminister einen Brief geschrieben, aber bis heute ist keine Reaktion erfolgt. Ich werde gerne das Angebot des Hohen Hauses, mit diesem Initiativantrag im Rücken die Verhandlungen zu führen, annehmen. Der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat vielleicht geglaubt, er muß die ganze Geschichte ein bißchen parteipolitisch darstellen, weil es ein Minister ist, der der Freiheitlichen Partei angehört und der zufällig auch ein Salzburger ist. Man könnte boshafterweise meinen, daß das dazu dient, die nicht ganz glücklichen Zahlen des Salzburger Fremdenverkehrs ein bißchen zu fördern, indem es bei den Nachbarn recht kracht und die Leute dort nicht hingehen. Das will ich aber nicht annehmen. Was ich aber annehmen möchte, ist, daß auch die freiheitliche Fraktion es ablehnt, daß am Dachstein geschossen wird.

Es sind dort viele Ihrer Gesinnungsfreunde, ausgezeichnete Leute, die sicher keine Freude mit der Entscheidung des Herrn Ministers haben. Das traue ich mich zu sagen! Es wäre mir lieber, wenn wir eine einheitliche Auffassung hätten, als wenn ich dem Herrn Minister melden muß - und das würde ich auch tun -, daß die Steirer zwar dagegen sind, aber in meines Erachtens etwas zu weitgehender parteipolitischer Solidarität die Freiheitliche Partei nicht diese Meinung teilt. (Abg. Mag. Rader: „Das ist eine ungeheure Polemik!“) Das ist keine ungeheure Polemik, Herr Abgeordneter. Sie haben ja die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden und zu erklären, daß Sie die Resolutionen gegen den Schießbetrieb unterstützen. (Abg. Mag. Rader: „Eine ungeheure Polemik ist das!“) Wenn Sie es nicht tun, dann weiß ich auch Bescheid. (Beifall bei der ÖVP.)

Daß wir die Trends, die der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer angezogen hat, natürlich genau beobachten müssen und - das ist wieder die Chance eines Newcomers - daß wir das Angebot besser auf das abstellen, was es heute im Fremdenverkehr zu leisten gilt, darum werden wir uns bemühen.

Und schließlich über Piber, Herr Abgeordneter Halper, sind wir uns durchaus einig. Ich danke dafür, daß Sie anerkannt haben, daß hier auch die steirische Landesregierung, der Herr Landeshauptmann das Seine getan hat, und ich hoffe, daß wir alle in gemeinsamer Arbeit den steirischen Fremdenverkehr in den nächsten Jahren weiterbringen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Bevor wir in die Debatte des dritten Teiles der Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1984, Landwirtschaft, eingehen, eröffne ich die Verhandlung über die beiden Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 428/1 und Einl.-Zahl 429/1.

**Wir kommen zum Bericht des Landwirtschaftsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 428/1, betreffend die Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes 1983.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Wilhelm Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Fuchs:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zur Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes 1983: Durch die Wiederverlautbarung darf der materielle Gehalt des Gesetzes nicht geändert werden. Sie dient daher der Rechtsbereinigung, der Erleichterung der Gesetzesanwendung beziehungsweise -vollziehung und der besseren Übersicht für die Normadressaten.

Ich bitte um Annahme dieser Vorlage.

**Präsident Feldgrill:** Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses um ein Zeichen mit der Hand, falls Sie diesem Antrag zustimmen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 429/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Johann Aichhofer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Aichhofer:** Sehr geehrter Herr Präsident!

Gemäß Paragraph 17 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes 1976, Landesgesetzblatt Nr. 37 vom 21. April 1976, hat die Landesregierung jährlich einen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu erstatten.

Dieser Bericht hat auch eine Zusammenstellung aller auf Grund dieses Gesetzes durchgeführten Förderungsmaßnahmen zu enthalten.

Im Namen des Landwirtschafts-Ausschusses stelle ich den Antrag: Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark wird zur Kenntnis genommen.

**Präsident Feldgrill:** Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß der Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß heute mittags zusammengetreten ist und über ein Gesetz, Einl.-Zahl 514/1, Beilage Nr. 52, mit dem das Landesverfassungsgesetz 1960, das Landesbeamtengesetz 1974, die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz 1974, das Steiermärkische Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1962 und das Steiermärkische Bezügegesetz geändert werden, beraten und beschlossen hat.

Dieses Gesetz wurde nunmehr als selbständiger Antrag des Ausschusses gemäß Paragraph 12 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages eingebracht.

Nach Paragraph 12 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat dieser zu beschließen, ob über einen solchen Antrag unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob

er einem anderen Ausschuß oder der Landesregierung zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden soll.

Ich schlage vor, unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist angenommen.

Ich schlage weiters vor, dieses Geschäftsstück im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages als Tagesordnungspunkt 10 auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Hiefür ist die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Hohen Hauses erforderlich.

Ich ersuche Sie daher, wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Desgleichen hat der Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 380/1, Beilage Nr. 42, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut geändert wird, beraten und beschlossen und kann ebenfalls hierüber dem Hohen Haus antragstellend berichten.

Ich schlage daher auch in diesem Falle vor, die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 380/1, Beilage Nr. 42, als Tagesordnungspunkt 11 auf die aufgelegte Tagesordnung zu setzen.

Wie im vorhergehenden Fall ist hiezu im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich bitte Sie, wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum dritten und somit letzten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Buchberger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Buchberger:** Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben uns heute in der Früh bei Beginn der Abhandlung der Gruppe 7 erlaubt, Ihnen eine kleine Kostprobe steirischer Äpfel zu kredenzen (Allgemeiner Beifall.), wiederum einige Sorten. Wenn ich mich recht erinnere, ist das voriges Jahr so interpretiert worden, daß die Golden Delicious von einem lieblichen Ton und die rötlichgefärbten von einem bitteren Beigeschmack begleitet waren. So ungefähr, wenn ich mich recht erinnere, ist das voriges Jahr gemeint worden.

Wir haben uns heute während des gesamten Tages sehr ausführlich mit den Kapiteln der Gruppe 7 beschäftigt. Wenn ich mich recht zurückerinnere, war es auch schon in den vergangenen Jahren so, daß auch heuer wieder für das Budget 1984, schwerpunktmäßig, was die Zeitdauer betrifft, die Gruppe 7 behandelt wird. Vor allem deshalb, weil hier sehr

schwerwiegende Kapitel, siehe Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr und dergleichen, und das Kapitel Landwirtschaft beinhaltet sind. Es sind heute während des Tages bereits schwerpunktmäßig, wie gesagt, die Kapitel der Wirtschaft abgehandelt worden und immer wieder auch von der Sorge begleitet, daß die Arbeitsplätze gehalten und nach Möglichkeit zusätzliche geschaffen werden sollen. Ich darf von der Sicht der Landwirtschaft her daran anknüpfen, vor allem deshalb, weil auch wir von der Landwirtschaft her größtes Interesse dafür haben, daß wir eine Vollbeschäftigung im Lande haben, daß unsere Leute eine Beschäftigungsmöglichkeit finden. Vor allem sage ich es auch deshalb, weil bei uns auch in der Landwirtschaft jetzt schon 55 bis 60 Prozent aller bäuerlichen Betriebe oder Betriebsführer auf Grund der vorhandenen Betriebsgröße gezwungen sind, einem Nebenerwerb nachzugehen. Vor allem, wie gesagt, deshalb unser Interesse an der Vollbeschäftigung, daß hier eine breite Beschäftigungsmöglichkeit gegeben ist. Der zweite entscheidende Faktor ist der, daß immer dann, wenn keine Vollbeschäftigung gegeben ist, die Rate der Arbeitslosen im Steigen begriffen ist und dies sich logischerweise auch automatisch auf den Absatz landwirtschaftlicher Produkte auswirkt. Wir haben das bereits im vergangenen Jahr sehr deutlich miterlebt, daß bei gewissen Produkten, Fleischprodukten im speziellen, der Absatz im Inland deutlich zurückgegangen ist. Daher unser besonderes Interesse auch von seiten der Landwirtschaft, daß wir im Lande eine Vollbeschäftigung haben. Eine große Sorge ist schwerpunktmäßig nicht nur, daß die Insolvenzen im breiten Bereich der gewerblichen Betriebe eingeschränkt oder eingengt werden sollen, sondern die Hauptsorge gilt auch der verstaatlichten Industrie. Ich weiß als einer, der auch direkt mit einem verstaatlichten Betrieb gemeinsam lebt, was es bedeutet, wenn ich an die ELIN in Weiz denke, und das gleiche trifft auch für weite Gebiete des Mürz- und Murtales zu, was es bedeutet, wenn in diesen Regionen, wo diese Betriebe gegenwärtig stehen, wenn dort die Arbeitslosenzahl zunehmen würde. Dann könnten wir uns ausrechnen, wie die Entwicklung in diesen Regionen wäre. Weiz wäre ohne das Werk ELIN bei weitem nicht das, was es in der gegenwärtigen Zeit ist.

Wir haben auch in der weiteren Folge nun als vorangegangenen Tagesordnungspunkt den „Grünen Bericht“ des Jahres 1982 zum Beschluß erhoben. Der „Grüne Bericht“ 1982 hier im Lande Steiermark spiegelt an und für sich die gesamte Entwicklung in der steirischen Landwirtschaft im vergangenen Jahr wider. Alle Sparten und Bereiche der steirischen Agrarwirtschaft sind beinhaltet. Und wenn wir uns näher mit dem, was in dem Bericht drinnensteht, auseinandersetzen, müssen wir registrieren, daß auch bei uns in der Steiermark das Jahr 1982 kein sehr gutes Jahr für die Bauernschaft in der Steiermark gewesen war. Die Ausgaben haben eine Zunahme von 4,3 Prozent verzeichnet, die Einnahmen, Preis für den Gesamtdurchschnitt des vergangenen Jahres, ein Minus von 2,2 Prozent. Daraus ist sehr deutlich ersichtlich, daß sich die Preisschere bei uns im agrarischen Bereich in der Steiermark weiter geöffnet hat. Das gibt uns natürlich zur Sorge An-

laß, überall dort nachzusehen, in welchen Bereichen sind diese Entwicklungen im speziellen in der letzten Zeit und im letzten Jahr entstanden. Es muß unsere Aufgabe als Verantwortliche für die Landwirtschaft in der Steiermark sein, hier die Einkommensverhältnisse entsprechend zu verbessern. Und entscheidend beeinflusst, meine Damen und Herren, wird diese Entwicklung weitgehend und in erster Linie von der Export- und Importpolitik, die in der Kompetenz des Bundes liegt. Wir haben hier eine Situation und eine Entwicklung im agrarischen Bereich zu verzeichnen, die uns in weitem Bereiche auch zur Sorge Anlaß gibt. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang noch einige Zahlen nennen: Wir haben uns in der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark im Jahre 1982 mit 20 Konsolidierungsfällen beschäftigt und versucht, hier entsprechende Hilfestellung zu leisten. Im Jahre 1982 20 Konsolidierungsfälle, im Jahre 1983 waren es bereits 350. Daraus ist die Entwicklung ersichtlich, daß auch die Verschuldung bei uns im Lande, in der Steiermark, sehr stark zugenommen hat. Ich darf Ihnen zwei weitere Zahlen nennen: Vom Jahre 1960 bis 1982, also in den letzten 22 Jahren, sind in der Steiermark fünf bäuerliche Anwesen versteigert worden. Gegenwärtig ist die Situation so, daß gegen 41 Betriebe nun im Jahre 1983 bereits auch ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden ist, die Klage erhoben wurde, also noch nicht abzu-sehen ist, ob es bei diesen Betrieben nun in der Folge auch zu einer Versteigerung kommen könnte. Ich wollte damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, aufzeigen, daß genauso wie in weiten Bereichen der gewerblichen Wirtschaft oder auch in der Industrie, auch bei uns in der Landwirtschaft die Schwierigkeiten in der letzten Zeit zugenommen haben. Wir müssen das also mit aller Deutlichkeit registrieren. Ich habe bereits früher angedeutet und darauf hingewiesen, daß für uns in der Landwirtschaft und in der Agrarwirtschaft überhaupt ein entscheidender Faktor die Import- und Exportpolitik, die in der Kompetenz des Bundes liegt, ist. Wir haben nun auch in der letzten Zeit einige Systeme erreicht, die sich an und für sich schon recht gut auszuwirken begonnen haben. Ich denke, was die Obstwirtschaft betrifft, da haben wir schon seit Jahren ein sehr aktiv und positiv praktiziertes Dreiphasensystem, wo dann nur in der dritten Phase importiert werden darf. Es war uns im letzten Jahr mit Unterstützung unseres Agrarsprechers Riegler möglich, auch zu erreichen, daß wir bei einigen Produkten, ich denke an Kren und an Kürbiskerne, einen Wertzoll einzuführen in der Lage gewesen waren. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen, daß wir in der letzten Zeit versucht haben, die Verhandlungen einzuleiten, um weitere Sonderkulturbereiche in eine ähnliche Verpflichtung, in eine ähnliche Abschöpfungsform wie bei den vorgenannten, einführen zu können. Die Verhandlungen sind eingeleitet worden.

Wesentlicher Faktor im Bereich für die steirische Landwirtschaft sind für uns auch die Produktionsparten Vieh, Getreide und Milch. Ich möchte nur einen Bereich kurz beleuchten, nämlich den Bereich Vieh. Ich darf hier eines sagen, daß auf Grund einer Vereinbarung von Landesrat Koiner mit Bun-

desminister Haiden es an und für sich möglich war, einen sehr flotten Herbstviehabsatz einzubegleiten, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wo Minister Haiden diese Vereinbarung, die für den ganzen Herbst gegolten hätte, einseitig abgebrochen und von seiner Sicht her nicht mehr den notwendigen Betrag für die notwendigen Exporte zur Verfügung gestellt hat. Es hat in der weiteren Folge sehr intensiver Verhandlungen bedurft, um das ganze wiederum ins richtige Lot zu bringen. Es war dann nur zum Teil möglich, hier wiederum korrigierend eingreifen zu können. Wir sehen sehr deutlich, daß gewisse Dinge die Preisentwicklung bei uns im agrarischen Bereich weitgehend beeinflussen. Aber es wird im Zuge der Diskussion über das Kapitel 7, Bereich Landwirtschaft, noch weiterhin zu hören sein, welche Problemstellungen sich noch in diesen Fragen vor uns auftun. Aber ich möchte eine zweite Frage noch kurz beleuchten: Das betrifft die Ökonomie und in diesem Zusammenhang auch die Frage der Ökologie. Ich darf Ihnen hier eines sagen — ich habe das vor einigen Wochen schon versucht zu tun: Vom Standpunkt der Landwirtschaft her legen wir größten Wert darauf, daß die Luft in Ordnung bleibt, daß das Wasser rein bleibt und auch die Fruchtbarkeit des Bodens für die Zukunft erhalten bleiben soll. Keiner ist mehr daran interessiert, daß wir diese Faktoren und Elemente gesund erhalten, als der Bauer selber. Weil es ja im Gegensatz zu amerikanischen Farmen oder russischen Kolchosen bei uns im Lande so ist, daß wir die Betriebe weitervererben und wir daher, Gott sei Dank, gezwungen sind, eine nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens zu betreiben. Es wird von unserer Sicht her gesehen auch künftighin unsere Aufgabe sein, unseren Teil für die Gesunderhaltung dieser Elemente beizutragen. Allerdings haben wir keinen Einfluß darauf, wenn eine solche Beeinflussung und Verschmutzung von außen kommt. Es ist im Zuge der Diskussion auch heute und gestern angeklungen, daß die Frage des sauren Regens nicht nur bei uns im Lande, sondern weit darüber hinaus im mitteleuropäischen Bereich und im europäischen Bereich in der letzten Zeit in zunehmendem Maße besondere Bedeutung gewonnen hat. Es mag bei uns im Lande den Anschein erwecken — und bei mir oft seinerzeit auch —, daß man meint, unsere Wälder sind noch grün, es ist eh nichts passiert. Aber wenn wir einige Gebiete bei uns im Lande kennen und wissen, welche Schäden in der Umgebung solcher Gebiete aufgetreten sind, dann muß es bei uns zur Sorge Anlaß geben, hier mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Für uns muß die Entwicklung im Raum der Tschechoslowakei, im Raum des Erzgebirges, des Fichtelgebirges belehrend sein, wo hektarweise der Wald bereits dem Zusammenbruch nahe ist oder bereits zusammengebrochen ist. Wir werden uns dieser Entwicklung im besonderen Maße zuzuwenden haben. Und ich sage hier ein offenes Wort dazu: Es wird zuwenig sein, einen „Tag des Baumes“ zu deklarieren oder eine „Woche der Bäume“ oder ein „Jahr des Waldes“, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn wir die Situation kennen und wissen, dann muß ich eines sagen: Es

bedarf der täglichen Pflege von Generationen, daß sich ein Wald in der Form, wie wir es in der Steiermark haben, entwickeln kann und daher einer laufenden Betreuung und Beobachtung. Ich muß sagen, das ist ein guter Ansatzpunkt, aber wie gesagt, die Betreuung, die Bewirtschaftung und die Bearbeitung muß eine laufende und eine tägliche sein. (Abg. Loidl: „Es gibt ja auch einen ‚Tag des Kindes‘ beziehungsweise ein ‚Jahr des Kindes‘, aber trotzdem sollte man die Kinder auch nächstes Jahr umsorgen!“) Soll es auch geben, ja! Wie gesagt, ich habe bereits darauf hingewiesen: Diese Deklaration ist ein recht guter Ansatzpunkt, aber, wie gesagt, bei weitem zuwenig, um alle Lösungen in dem Zusammenhang bereits dadurch zu erreichen.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns immer wieder auch in der Steiermark diese Frage gestellt, weil wir es im gesamtagrarischen Bereich Österreichs gesehen an und für sich mit einer Überproduktion zu tun haben, die wir uns vor 10, 20 oder 25 Jahren in keiner Weise zu hoffen gewagt hätten. Da erhebt sich für uns die Frage, sich in der Produktion um Alternativen umzusehen, weil auch von Ihnen immer wieder an uns die Meinung herangetragen wird: „Ihr müßt euch halt in der Produktion beschränken, um sich die teuren Exportkosten, die immer wieder bei verschiedenen Produkten auftauchen, zu ersparen.“ Es gibt für uns keine andere Alternative, wie eben nach entsprechenden Produktionsalternativen zu suchen. Weil wir im steirischen Bereich ein Land vieler Nebenerwerbsbauern sind, wird es notwendig sein, unsere vielen Freunde, die einem Nebenerwerb nachzugehen gezwungen sind, beratend darauf hinzuweisen und aufmerksam zu machen, daß sie — von uns so beraten — nicht etwa ihre Grundstücke verkaufen sollen, sondern das soll die eiserne Reserve sein, aber sie sollen ihre Grundstücke, über die sie verfügen, extensiver bewirtschaften: durch Schafhaltung, durch Mutterkuhhaltung oder dergleichen. Erstens würde er seinen Grund bewirtschaften, und zweitens würde das auch eine Entlastung seiner Frau bedeuten und auch eine Entlastung für seine Person, weil er sich ja an und für sich — wie gesagt — anderswo einen zweiten Erwerb suchen mußte. Wir werden also auch künftig versuchen, auf diese Entwicklung schwerpunktmäßig einzuwirken. Aber wir haben auf Bundesebene andere Alternativen angeboten. Das ist keine Länderentscheidung, kann keine Länderentscheidung sein, hierfür sind entsprechende Bundesgesetze notwendig. Ich denke hier an Alternativen, wie die Erzeugung von Biosprit, den Olsaatenanbau, den Flachsanbau, den Pferdebohnenanbau als eine Alternative zur Sojabohne. Wir haben uns seit Jahren um diese Fragen bemüht, wir haben alle entsprechenden Untersuchungen und Vorbereitungen durchgeführt, aber geschehen ist bis dato auf Bundesebene nichts. Wir könnten also die Anbaumaßnahmen durchführen, aber eine einbegleitende Voraussetzung auch schon für den Anbau kann nur sein, daß vorher entsprechende gesetzliche Maßnahmen getroffen werden. Wir werden uns also auch weiter bemühen, daß hier auf dem Gebiet etwas geschieht. Wenn es zu spät ist, in kurzer Zeit wird es nicht möglich sein, Versäumtes nachzuholen.

Aber grundsätzlich abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir haben in der letzten Zeit und wir haben das auch im Zuge der diesjährigen Budgetdebatte miterlebt: Wir befinden uns an und für sich in allen Bereichen der Wirtschaft und auch betreffend aller Körperschaften, Gemeinde, Länder und Bund, in finanziellen Schwierigkeiten. Es ist für viele Gemeinden nicht mehr möglich, die Budgets zu erstellen — von ausgeglichen gar nicht zu reden. Daher müssen wir uns die Frage stellen, weil die Verschuldung auch auf Bundesebene von Jahr zu Jahr befürchtend größer geworden ist, ob an und für sich seit den letzten zehn, zwölf Jahren der Bevölkerung zuviel versprochen worden ist. Der Bevölkerung bei uns im Lande, österreichweit gesehen, sind Vorstellungen gemacht worden, und der Herr Ehrenobmann Ihrer Partei hat es in einer ausgezeichneten Form verstanden, der Bevölkerung zu sagen: „Ihr bekommt sowieso schon alles gratis, arbeiten braucht ihr immer weniger, ihr werdet immer mehr verdienen.“ Viele weite Kreise der Bevölkerung sind dieser Irrmeinung zum Opfer gefallen. Tief hinein — auch bei mir persönlich — mußte man schon überlegen, ob das so gehen kann: alles gratis, alles miteinander braucht nichts mehr zu kosten, jeder bekommt gleich viel. Ich sage das aus bäuerlicher Sicht heraus, weil uns eine solche Entwicklung an und für sich immer widersprochen hat, daß man alles gratis gibt und jedem gleich viel. Ob das eine gerechte einbegleitende Sozialpolitik gewesen ist, muß ich anzweifeln, wenn der, der 5000 Schilling im Monat verdient, gleich viel bekommt, Geburtenbeihilfe, Ehestandsbeitrag, wie der, der 50.000, 80.000, 100.000 Schilling verdient. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit her muß ich sagen, daß das nicht richtig ist, meine sehr Verehrten. (Abg. Präsident Zdarsky: „Die Geburtenanzahl ist gestiegen!“) Und daß es bei uns im Lande schon so weit war, von Sparsamkeit, Fleiß, Leistung, Beharrlichkeit, Selbstbeschränkung zu reden, daß das als konservativ und in der heutigen Zeit überhaupt nicht mehr passend abgelehnt worden und nebensächlich als abwertend apostrophiert worden ist. Heute befinden wir uns in einer Situation, meine sehr Verehrten, wo Ihr großer Vorsitzender abgetreten ist und andere die Geschäfte übernehmen mußten, die sich nun in einer Situation und in einer Lage befinden, das zu rasch angetriebene Rad wieder in das normale Tempo zurückzuführen. Und wie leicht das ist, meine Damen und Herren, das wird erst die Zukunft in der nächsten Zeit beweisen. Daher meine ich auch eines wiederum aus der Sicht des bäuerlichen Menschen, daß all das jetzt schon in der letzten Zeit verbraucht worden ist, was die nächste Generation unter Umständen erst, wenn es halbwegs gut läuft, erst erarbeiten muß. Das ist die schwierige Situation, in der wir uns befinden. Man könnte so sagen: Im letzten Jahrzehnt ist nicht nur die Frucht vor der Erntezeit ausgegeben worden, sondern es wurde auch das Saatgut für die Zukunft verbraucht. Als Bauer hoffe ich, daß eine Welle der Vernunft um sich greifen möge. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prutsch:** Frau Präsident! Hohes Haus!

Wenn der Kollege Buchberger über das Einkommen in der Landwirtschaft gesprochen hat, so muß man differenzieren. Ich denke, es gibt in Österreich keine Berufsgruppe, wo man bei der Einkommensberechnung so differenziert vorgehen muß wie in der Landwirtschaft. Man muß das Einkommen der Landwirtschaft, weil es auch mit der Witterung, der Ernte und so weiter zusammenhängt, wirklich für mehrere Jahre sehen. Man kann nicht auf der einen Seite die Bundesregierung kritisieren, sie habe zuviel versprochen und gegeben, und im selben Atemzug verlangen, daß die Förderung immer zu nieder ist. So kann man nicht Landwirtschaftspolitik betreiben. (Abg. Dr. Hirschmann: „Es ist 13 Jahre so gewesen!“ — Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich erzielte im Jahre 1982 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,1 Prozent. Dieser Wert lag über dem Durchschnitt der Industrieländer. Die OECD-Länder insgesamt hatten einen Verlust von 0,5 Prozent. Ohne den Bereich Land- und Forstwirtschaft wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich nur um 0,4 Prozent. Der Wert zeigt, daß die Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft noch immer eine dominierende Stellung einnimmt. Von den Gesamtbeschäftigten sind in Österreich 8,7 Prozent auf dem Agrarsektor beschäftigt. In der Bundesrepublik Deutschland sind es nur mehr 6 Prozent und in der EG im Durchschnitt 7,4 Prozent. In den rund 300.000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, davon sind mehr als die Hälfte Nebenerwerbsbetriebe, werden die für die Versorgung der gesamten österreichischen Bevölkerung notwendigen Nahrungsgüter und Rohstoffe produziert. Da der Inlandmarkt für viele Produkte nicht mehr aufnahmefähig ist — der Sättigungsgrad ist erreicht —, gibt es in den Produktionssparten Milch, Getreide, Vieh und Wein, insbesondere beim Export dieser Produkte, die größten Finanzierungsschwierigkeiten. Meine Damen und Herren, zum Beispiel hatte Österreich beim Getreideanbau in den letzten zehn Jahren jährlich eine Produktionssteigerung von 150.000 Tonnen. Die für Milch, Getreide und Vieh geschaffenen Ordnungselemente in Form von Absatz- und Preisgarantie können durch die ständige Produktionssteigerung von den öffentlichen Haushalten noch kaum aufrechterhalten werden.

Meine Damen und Herren! Welche Schwierigkeiten auf uns zukommen, bestätigte das vor kurzem in Athen stattgefundene EG-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, welches nach zweieinhalbtagigen Kontroversen wegen der Agrarfinanzierung gescheitert ist. Ich hoffe, daß die bevorstehenden Marktordnungsverhandlungen, die nicht leicht sein werden, im Geiste der Sozialpartnerschaft abgehandelt werden. Die Absatzsicherung für die Landwirtschaft ist zugleich die Arbeitsplatzsicherung für die Bauern. Die vom Kollegen Schwab anlässlich der vorletzten Kammervollversammlung angeregte Selbstbeschränkung bei der Erzeugung vorhin genannter Produkte könnte die angespannte Marktsituation entschärfen. Ich glaube, dieser Vorschlag ist auch für uns in Österreich überlegenswert.

Meine Damen und Herren! Es sind vom Bund 1984 für Marktordnungsausgaben Preisausgleiche in der Höhe von 4.785 Millionen Schilling vorgesehen. Davon entfallen für den Milchpreisausgleich 2.281 Millionen Schilling, für den Preisausgleich bei Schlachtieren und tierischen Produkten 665 Millionen Schilling. Jedes Kilogramm Lebendvieh im Export nach Libyen wird derzeit vom Bund mit 12,50 Schilling und vom Land Steiermark mit 3,20 Schilling und der Fleischexport nach Italien pro Kilogramm vom Bund mit 18 Schilling und vom Land Steiermark mit 3 Schilling gefördert. Niemand, glaube ich, wird behaupten, daß das Land Steiermark mehr fördern könnte.

Nun einige Worte zum Libyenexport. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist jetzt der Hit des Bauernbundes. Wer hat den Libyen-Exportmarkt erschlossen? Die sozialistische Bundesregierung! Was ist geschehen, als Ghadafi vor zwei Jahren in Österreich auf Staatsbesuch war? Wer hat Bundeskanzler Kreisky diesbezüglich beschimpft? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Heute beschimpfen wir den Terroristen auch noch!“) Der Bundesparteiobmann Mock! Auf der anderen Seite haben die Bauernbündvertreter zur selben Zeit am Ballhausplatz vorgesprochen, damit der Bundeskanzler mehr für den Libyenexport herausholt. Warum war heuer der Libyenexport fünf Monate unterbrochen? Wir hatten einen extrem heißen Sommer. Es war ja nicht möglich, Viehexporte nach Libyen durchzuführen, denn die Tiere wären ja verendet. (Abg. Pörtl: „Das hat mit dem Ghadafi nichts zu tun!“) Im Oktober! Aber so einen heißen Sommer, wie wir heuer gehabt haben! (Landesrat Koiner: „Das war doch jedes Jahr gleich — nicht nur heuer!“) Nein, Herr Landesrat, fragen Sie auch den Dr. Zimmermann, er hat es bestätigt, im Oktober wurden bereits die Verträge abgeschlossen, der Libyenexport floriert wieder. Ich glaube, es ist beim Libyenexport nicht zu übersehen, das zeigt auch das letzte Informationsblatt der Landeskammer — ich weiß nicht, ob Sie vom Bauernbund dieses Blatt bereits gelesen haben, es ist ein Problem der Viehexporteure. (Abg. Pörtl: „Ich habe es noch nicht gelesen!“) Nein? Es mag sein, Kollege Pörtl, daß du es noch nicht gelesen hast, weil es gestern erst von der Post zugestellt wurde. Da heißt es folgend: „Das Problem ist noch nicht gelöst. Es ist vor allem auch vor dem Hintergrund der Konkurrenz von privaten und genossenschaftlich organisierten Viehexportfirmen zu sehen.“ Was hat sich vor zwei Jahren abgespielt? Als wir auf dem Schweinemarktsektor im Jänner 1982 einen großen Überschuß hatten, wurden 10.000 Stück Schweine zum Export freigegeben. Um diesen Zuschlag hat sich wohl eine südoststeirische Firma beworben, aber die Agrosserta nicht. Ich habe diesbezüglich anlässlich einer Kammervollversammlung eine Aufklärung verlangt — ich habe sie bis heute nicht bekommen —, warum sich damals die Agrosserta nicht beworben hat. Man versucht auf diesem Gebiet immer wieder, den Markt zu übersättigen, damit man die Preise für die Bauern entsprechend drücken kann. (Abg. Grillitsch: „Das macht der Minister!“)

Für den Brotgetreideausgleich sind 698 Millionen Schilling, für den Futtermittelausgleich 97 Millionen

Schilling vorgesehen. Wenn der Bundesregierung ständig der Vorwurf gemacht wird, daß wir Sozialisten eine bauernfeindliche Agrarpolitik betreiben, werde ich Ihnen an Hand einiger Beispiele das Gegenteil beweisen: (Abg. Loidl: „Bravo!“ — Abg. Dr. Hirschmann: „Fragen Sie die Bauern!“)

Kommen wir einmal zum Landesbudget 1984, Ansatz 71, Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft. Für das Jahr 1979 war noch ein Erfolg von 107 Millionen Schilling ausgewiesen. Im Voranschlag 1980 waren es nur mehr 106 Millionen Schilling, im Voranschlag 1984 werden als Erfolg für 1983 103 Millionen Schilling ausgewiesen, im Voranschlag 1983 99 Millionen Schilling und für 1984 sind es gar nur mehr 97 Millionen Schilling. Also in fünf Jahren um 10 Millionen Schilling weniger!

Berücksichtigt man noch den Geldwertverlust, so werden innerhalb von fünf Jahren vom Land Steiermark für die Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft um rund 35 Prozent weniger Mittel zur Verfügung gestellt. (Abg. Loidl: „Bedauerlich! Schauderhaft!“)

Nun zum Ansatz 74, Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Hier waren als Erfolg für das Jahr 1979 228 Millionen Schilling ausgewiesen. Im Voranschlag 1984 sind es 259 Millionen Schilling — um 31 Millionen Schilling mehr als 1979. Optisch gesehen eine beachtliche Steigerung. Betrachtet man aber die einzelnen Ansätze beziehungsweise Posten näher, so wird diese Steigerung von 31 Millionen Schilling nur als Zuwendungen für Personalerfordernisse der Landwirtschaftskammer ausgegeben. (Abg. Loidl: „Was bekommen die Bauern?“ — Abg. Dr. Wabl: „Jetzt sagt der Pörtl nichts mehr!“) Die übrigen Posten, insgesamt gesehen, sind gegenüber 1979 gleichgeblieben.

Die 109 Millionen Schilling Personalaufwand sind fast fünfmal soviel wie der in der gleichen Untergruppe aufscheinende gesamte steirische Bergbauernflächenzuschuß für mehr als 11.000 Bergbauern. Dieser Zuschuß betrug 1979 noch 31,3 Millionen Schilling, für 1984 sind nur mehr 23,9 Millionen Schilling präliminiert.

Da aber im Gegensatz zum steigenden Personalaufwand die Zahl der zu betreuenden Betriebe in der Landwirtschaft ständig sinkt, müßte, ohne die Serviceleistung für die Bauern zu schmälern, eine Umwidmung eines Teiles der Personalkosten zugunsten der schwer arbeitenden Bauern für andere Förderungen möglich sein. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Buchberger: „Aber drüben hast du beim Budget zugestimmt!“)

Hohes Haus!

Trotz Erstellung eines Sparbudgets für 1984 ist es dem Landwirtschaftsminister gelungen, die Ansätze für die Landwirtschaft zu erhöhen. Zum Beispiel wurde der „Grüne Plan“ einschließlich Bergbauernsonderprogramm um 56 Millionen Schilling von 2.082 Millionen Schilling auf 2.138 Millionen Schilling erhöht. Durch den „Grünen Plan“ 1984 wird wiederum eine reibungslose und wirksame Abwicklung wichtiger einzel- und überbetrieblicher Förderungsmaßnahmen ermöglicht.

Im besonderen sind 1984 folgende Schwerpunkte und wichtige Maßnahmen hervorzuheben: Kreditpolitische Maßnahmen: Zinsenzuschüsse von 640 Millionen Schilling, 1983 waren es 635 Millionen Schilling, für ein AIK-Volumen von 2.500 Millionen Schilling. Bergbauernzuschüsse, Verwertungszuschüsse für Rindfleisch bei Bergbauernbetrieben, Mutterkuhhaltung 472 Millionen Schilling, 1983 waren es nur 452 Millionen Schilling. Landwirtschaftliche Regionalförderung: Erhöhung um 21 Millionen Schilling von 141 Millionen Schilling auf 162 Millionen Schilling. Für die Verkehrserschließung: von 412 Millionen Schilling auf 425 Millionen Schilling und so weiter.

Neben den Mitteln des „Grünen Planes“ kommen der Landwirtschaft 940 Millionen Schilling Mineralölsteuerrückvergütung zugute. (Abg. Tschernitz: „Das sind Leistungen!“ — Abg. Preamberger: „Pörtl, du mußt der Sozialistischen Partei beitreten!“) Für die bäuerliche Sozialversicherung sind 9.300 Millionen Schilling veranschlagt.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend ist zu sagen, daß aus dem Kapitel 60 und 62 6.996 Millionen Schilling Bundesmittel für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen. (Beifall bei der SPO.)

Obwohl die Landwirtschaft mit wenigen Ausnahmen in der Gesetzgebung und Vollziehung nach der Verfassung Landessache ist, mache ich dem zuständigen Agrarreferenten, Herrn Landesrat Simon Koiner, keinen Vorwurf, wenn er bei den Ansätzen 71 und 74 auf Grund der wirtschaftlichen Lage Abstriche hinnehmen mußte. Dieselbe Haltung aber verlange ich auch von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP! Machen Sie dem Landwirtschaftsminister nicht ständig den Vorwurf, er betreibe bauernfeindliche Agrarpolitik. In Wirklichkeit konnte er trotz der schwierigen (Abg. Grillitsch: „Er ist ja nicht allein dabei!“) budgetären Lage die Ansätze für 1984 für die Landwirtschaft im Gegensatz zum Land Steiermark weiter erhöhen. (Beifall bei der SPO und FPO.)

Hohes Haus!

Ich schließe in der Überzeugung, daß die Budgetansätze sowohl im Landes- wie auch im Bundesbudget den bäuerlichen Familien im Voll- und Nebenerwerb helfen sollen, ihrer vielfältigen Aufgaben der Ernährungssicherung und Erhaltung der Kulturlandschaft zu dienen. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident Klasnic:** Die nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Fuchs:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur eines einmal sagen: Ich habe Herzweh! Wir sind zwei Abgeordnete des gleichen Bezirkes. Ich habe gedacht, daß der Herr Abgeordnete Prutsch über unsere Probleme des Grenzlandes, der Bauern spricht. (Abg. Loidl: „Das hat er ohnehin gemacht!“) Er hat als Theoretiker einen Bericht mit Zahlen gegeben (Abg. Loidl: „Ihr wißt ja gar nicht, was Ihr alles bekommt!“), die ich selbst als gestandener Bauer gar nicht mitbekommen

habe. Aber dazu folgendes: Ich möchte nur ein paar Antworten geben, weil sonst komme ich mit dem, was ich sagen will, überhaupt nicht mehr zu recht. Zu den vier Milliarden: Es ist vom Abgeordneten Prutsch nicht dazugesagt worden, daß für zwei Milliarden Schilling Förderung die Bauern selbst aufkommen müssen. Sie werden es ja schon gehört und auch in den Zeitungen gelesen haben, Absatzförderungsbeitrag heißt, daß für alle Produkte, die wir erzeugen, auch der Landwirt seinen Beitrag leisten muß. Es wird beim Getreide sowie bei der Milch ein Absatzförderungsbeitrag eingehoben, und zwar 34 Groschen pro Kilo Getreide sowie 2,30 Schilling bei der Milch, um konkurrenzfähig im Export zu sein, sowie ein Stützungsbeitrag für das Produkt, das der Konsument bekommt. Es muß doch auch einmal gesagt werden, daß diese Förderungsbeiträge, die von meinem Vorredner in Milliardenbeträgen berichtet wurden, nicht nur dem Landwirt, sondern allen Österreichern zugute kommen. (Abg. Schrammel: „So wie bei der Bundesbahn!“)

Es ist hier von meinen Vorrednern die Genossenschaft Agrosserta angegriffen worden. Ich möchte dazu feststellen, ich bin weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat, wohl aber monatlich bei den Preisverhandlungen über Rinderabsatz dabei. Da sind die Agrosserta und die freien Handelsfirmen — wir haben neun an der Zahl —, dazu muß ich sagen, einmal im Monat sind die gewerblichen Handelsfirmen mit dem Preis besser bedient und einmal die Agrosserta. Ist das nicht gut, daß wir das haben? Wir sind auch froh, daß der Konsum und der freie Handel auch dieselbe Konkurrenz bieten. Halten Sie uns dies nicht vor. Es hat sich auch in diesem Monat gezeigt, daß diese Einrichtung der Zusammenarbeit für alle von Vorteil ist. Aber ich will hier nicht weiterreden, es wird diesbezüglich noch jemand anderer über diese Sache sprechen. Ich bin wirklich aufgeregt, weil ich das nicht erwartet habe, daß nur mit Zahlen aus der Theorie etwas gehandelt wird.

Ich komme jetzt zum Grenzland. Dort bin ich verantwortlich, dort habe ich meine Sorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grenzregion Südost- und Weststeiermark hat 39.800 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Betriebsgröße von 7,6 Hektar. (Abg. Dr. Wabl: „Der Kollege Prutsch kennt sich gut aus im Grenzland!“) Ich möchte Sie bitten und Ihnen wirklich etwas Konkretes sagen, wo Sie uns helfen könnten. Wo wirklich eine Hilfe drinnen wäre, wäre die Sorge um den Arbeitsplatz. Ich kann Ihnen auch sagen, wo die Möglichkeit wäre. Von diesen 39.800 landwirtschaftlichen Betrieben haben wir ungefähr 8000 Betriebe, wo aus der Veredelungswirtschaft und ihrer Betriebsgröße das Einkommen gesichert ist und von dem sie auch leben können. Wir haben aber rund 25.000 Betriebe, die einfach in der Veredelungswirtschaft nicht Platz und durch die Betriebsstruktur nicht die Möglichkeit für ein gesichertes Einkommen haben. Und da haben die Steirische Landwirtschaftskammer und die Präsidentenkonferenz schon vor fünf Jahren versucht, beim Minister das Obst- und Gemüsegesetz zu erreichen. Das Obst- und Gemüsegesetz heißt, eine Importabschöpfung.

Jetzt möchte ich Ihnen konkret etwas sagen. Durch lange Verhandlungen und konkrete Zahlen ist es voriges Jahr, am 1. Juli, gelungen, daß hier eine Abschöpfung ermöglicht wurde — Herr Präsident Buchberger hat es schon ganz kurz gestreift — bei Kren von 4 Schilling und bei Kürbiskernen von 10 Schilling. Es war im Jahre 1979 ja schon soweit, daß 600 Bauern ihren Kren nicht mehr verkaufen konnten, weil uns eben mit Importen aus Ungarn und über Deutschland der Markt zusammengeschlagen wurde. Es ist mit den 4 Schilling soweit gelungen. Wem kommt das zugute? Der Bundesregierung kommt diese Importabschöpfung zugute. Wir haben gar nichts verlangt dafür, daß wir eine Förderung oder Subvention bekommen sollen. 600 Bauern verkaufen tadellos zufrieden ihren Kren. Im vorigen Jahr ist im Hohen Haus gesprochen worden, Abgeordneter Chibidziura hat mich einen Ölschleich genannt, wir waren in größter Sorge, weil mit diesen Importen aus den Oststaaten unser Markt zusammengeschlagen wurde, was wir bestens aufgebaut hatten. Und mit diesen 10 Schilling Importabschöpfung und ungefähr bei 600.000 Kilo, was aus dem Ausland gekommen ist, mal zehn, ist jetzt für die Bundesregierung wieder eine zusätzliche Möglichkeit ihrer Budgetaufstockung gegeben. Durch diese Abschöpfungshilfe funktioniert der Absatz von Kürbiskernen bestens, wir sind jetzt in 15 Ländern der Welt und haben einen Absatz, daß wir, gerechnet bis 1985, für 8000 bis 10.000 Landwirte dieser kleinen Betriebsstruktur ein Einkommen finden, ein Einkommen eines Arbeitsplatzes, was der Bundesregierung gar nichts kostet, sondern sie nur abschöpft. So könnte bei den schwarzen Ribiseln und noch einigen anderen Spezialkulturen der Arbeitsplatz gesichert und das Pendeln erspart bleiben, wenn auch hier die Bundesregierung eine Abschöpfung tätigen würde. Der Landwirt hätte die Möglichkeit, dort in seiner Landwirtschaft zu leben und bei der Familie zu sein, um nicht den Arbeitern, die keine Landwirtschaft besitzen, den Arbeitsplatz streitig zu machen.

Auch sozialpolitisch ein Anliegen und eine Bitte. (Beifall bei der ÖVP.) Mir fällt soviel ein, daß ich gar nicht mein Konzept verwende. Abgeordneter Prutsch hat mich so in Raserei gebracht.

Nun noch ein zweites Problem. Ich habe in den drei Tagen immer gehört, alles ist von Ihnen ausgegangen, alles haben Sie gemacht. Jetzt brauchen Sie mir nur noch zu sagen, daß im Jahre 1957 auch Sie, meine lieben Freunde der Sozialistischen Partei, die Grenzlandförderung durchgeführt haben! Das hat Altlandeshauptmann Krainer gemacht. Er hat bescheiden angefangen, Dr. Niederl hat es fortgeführt, und unser Landeshauptmann Dr. Josef Krainer hat vor zwei Jahren die Ansätze verdoppelt, säumig ist zum Teil nur noch die Bundesregierung. Warum ich das sage? Weil ich vor ungefähr zwei Monaten mit Landeshauptmannstellvertreter Wegart und mit Ministerpräsident Albrecht zwei Tage in unserem Bezirk, in der Grenzregion, war. Er sagte, wie herrlich und schön diese Gegend sei und wie sauber diese Häuser seien. Ich konnte ihm dazu antworten, daß durch die Wohnbauförderung des Landes und die AIK-Kredite vom Bund diese neuen schönen Häuser im Grenzland entstanden sind. Und

dazu komme noch der Fleiß der Menschen. Er meinte: „Ihre Grenze lebt, meine Grenze ist tot.“ Das hat mich bewegt, weil ich gesehen habe, was hier im Grenzland unsere Regierung mit Dr. Josef Krainer und seinem Vorgänger geschaffen hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich will schon zum Ende kommen. Ich könnte es noch sehr lange fortführen, aber ich habe mir einen Schlußsatz geschrieben. Ich hätte noch die Verschuldung in der Landwirtschaft, aber diese Sorgen sind schon angerissen worden von Präsident Buchberger. Keine Sorgen haben wir bei unseren mittleren und größeren intensiv bewirtschafteten Betrieben, wir müssen nur trachten, daß die politischen Agrarpreise in Ordnung sind. Die brauchen keine Subvention und keine Förderung. Aber den kleinen Betrieben müssen und sollen wir helfen. Und da bitte ich, daß es uns gemeinsam für diese Betriebe im Grenzland gelingt. Wir brauchen keine — wie heute schon angedeutet — Gründung eines Grenzlandverbandes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir tun alles für das Grenzland. Wir arbeiten gemeinsam, Bund und Land. Nur ist das Land immer ein bißchen voran, und das ist Ihnen nicht immer angenehm. Ich komme zum Schluß und sage: Wir, diese Generation, haben eine Verantwortung übernommen. Wir gestalten jetzt die Gegenwart und haben die Pflicht, für die Zukunft, für unsere Jugend die Möglichkeit zu schaffen, im Grenzland zu bleiben und zu leben. Und staatspolitisch hat hier auch der Bund diese Pflicht. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

**Abg. Zellnig:** Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Ich bin eingangs sehr glücklich, daß von einigen Vorrednern, insbesondere von meinem Freund Prutsch, die Zahlen diskutiert und auf den Tisch gelegt worden sind. Wir alle, und ich besonders, haben beobachten können, daß es eigentlich bei unseren Freunden von rechts doch eine gewisse Nervosität gegeben hat. Wenn wir schon vergleichen, sehr geehrte Damen und Herren, dann vergleichen wir auf beiden Seiten.

Ich möchte vielleicht ein bißchen grundsätzlich auf das System eingehen. Wir brauchen im Interesse aller Österreicherinnen und Österreicher eine leistungsfähige Landwirtschaft. Innerhalb der Land- und Forstwirtschaft hat es eine gewaltige Aufwärtsentwicklung gegeben in Form von Produktivitätssteigerungen, sei es die Flächenproduktivität oder die Arbeitsproduktivität. Die österreichischen Bäuerinnen und Bauern ernten heute das Zwei- bis Dreifache auf der gleichen Fläche wie vor 30 Jahren. Die österreichischen Kühe melken das Zwei- bis Dreifache als vor 30 Jahren. Trotzdem hören wir ständig, sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere vom ÖVP-Bauernbund und der ÖVP, wie schlecht es den österreichischen Bauern gegenüber anderen Berufsgruppen geht. Ich lade Sie ein, eine Antwort dafür zu finden. Ich habe mich bemüht, in Form des Überdenkens dieses Systems vielleicht

doch einen Denkanstoß zu geben. Der Bauer wird immer mehr zum Rohstoffproduzenten. Der Bauer organisiert alles, was risikoreich ist, wie zum Beispiel die Aussaat, das Anpflanzen, das Anlegen der Obstanlagen. Er ist den Witterungseinflüssen ausgesetzt — Wetter, Hagel. Wir alle wissen es von der Praxis her. Er trägt die Risiken in der Aufzucht der Rinder. Was dagegen profitabel ist, was gewinnbringend ist, das organisiert das Agrarkapital, sprich die Genossenschaften. Der Bauer stößt in dieser Produktionskette am vorgelagerten Sektor auf die Genossenschaft, und wo er seine Halbfertigwaren oder die Rohprodukte verkauft, stößt er wieder auf die Genossenschaften.

Ich habe hier ein Beispiel, das ich Ihnen gerne vortragen werde: Im Jahre 1950 ist der Bauer bei 100 Schilling Lebensmittelwert, die der Konsument am Markt gekauft hat, noch mit 43,50 Schilling beteiligt gewesen. Der Bauer ist heute nur mehr mit 32 Schilling von diesen 100 Schilling Lebensmittelwert beteiligt. Und, sehr geehrte Damen und Herren, Sie werden jetzt keine Freude daran haben, ein praktisches Beispiel in der Steiermark: Die Arbeitsgemeinschaft steirischer Kürbiskernbauern in Mureck: Die Bauern bekamen im Jahre 1981 für ein Kilogramm Kürbiskerne, geschält, geputzt, vorbereitet, 41 bis 50 Schilling. Im Jahre 1983 waren es für die gleichen Kürbiskerne nur mehr 34 bis 45 Schilling. Ich möchte aber darauf verweisen, daß im Jahr 1982 die Preise noch bedeutend schlechter waren. Die Handelsgesellschaft für Landprodukte, sprich Agrosserta, verrechnete pro Kilogramm, in Plastiksäcken verpackt, Großhandelspreise von 133,83 Schilling. Sie hat somit einen Mehrertrag von 88,83 Schilling. Das ist eine Handelsspanne, sehr geehrte Damen und Herren, von 297 Prozent. (Abg. Fuchs: „Es bleiben 30 Prozent übrig, das andere ist Abfall!“) Ich bin der Meinung, am Vermarktungssektor, Herr Kollege Fuchs, läge viel drinnen. Ich spreche jetzt Sie an, ich meine die Herren des ÖVP-Bauernbundes: Sie sind die Funktionäre der Genossenschaften, und ich lade Sie herzlich ein, in diesen Genossenschaften die Interessen der Bauern stärker zu vertreten als in der Vergangenheit. Ich hätte noch einige praktische Beispiele.

Und jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, zur Agrarpolitik generell. Der ÖVP-Bauernbund, insbesondere die ÖVP, betrieb eine Agrarpolitik: Bauer ist gleich Bauer. Die Frage an Sie: Ist Bauer wirklich gleich Bauer? (Abg. Aichhofer: „Kann auch ein Eisenbahner sein!“) Ja, ein Eisenbahner ist ein Nebenerwerbsbauer. Und wenn ein Nebenerwerbsbauer hier an diesem Pult spricht, spricht er zumindest für 56 Prozent der steirischen Bauern. Mir ist bekannt, Sie vertreten die Nebenerwerbsbauern nur am Papier, Sie wollen die Nebenerwerbsbauern nicht, und Ihr Zwischenruf hat das wieder genau bestätigt. Wir vertreten auch die Nebenerwerbsbauern. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ist Bauer gleich Bauer? (Abg. Pörtl: „Kollege Zellnig, vorsichtig sein!“) Nein! Bei mir ist Bauer nicht gleich Bauer! (Landesrat Koiner: „Das ist eine wahrheitswidrige, üble Behauptung!“) Herr Landesrat, darf ich aus-

reden! Ich vertrete die Meinung, ein Bauer in der Gunstlage verglichen mit den Bauern in der Ungunstlage, das sind ganz verschiedene Produktionsbedingungen. Ich bin weiters der Meinung, daß das auch verschiedene Einkommensverhältnisse sind. Seit dem Jahre 1970, Herr Landesrat, haben wir eine differenzierte Agrarpolitik betrieben, wo wir von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, als Bauernspalter hingestellt worden sind. Wir haben eine Politik zugunsten der Klein- und Mittelbetriebe betrieben. Wir haben eine Politik betrieben, wo zum Beispiel der AIK für die schlechter gestellten Bauern einen günstigeren Zinssatz bringt als für jene Bauern, die es wirtschaftlich leichter haben. Wir werden uns zukünftig auch um diese Politik weiterbemühen.

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt zu einigen Aussagen vom Herrn Präsident Buchberger: Herr Präsident, es ist sicherlich richtig, daß die Konsolidierungsfälle zugenommen haben. Wenn wir in die Förderungsrichtlinien hineinschauen, haben wir gerade für jene Betriebe bessere Förderungsrichtlinien von seiten des Bundes geschaffen, dadurch ist es möglich geworden, jenen Betrieben, die unverschuldet in Not geraten sind, durch Konsolidierungskredite wirtschaftlich wieder auf die Beine zu helfen. Ich verstehe es nicht, daß so eine positive Maßnahme zugunsten jener Betriebe dann in politischen Aussagen als Beispiel hingestellt wird, wie schlecht es den Bauern geht! (Abg. Buchberger: „Die Konsolidierungsfälle haben zugenommen — das steht ja schwarz auf weiß!“) Auf Grund der besseren Richtlinien haben die Förderungsfälle zugenommen, indem die Richtlinien bedeutend erweitert worden sind. Der Export von agrarischen Produkten wird immer schwieriger. Der Weltmarktpreis wird immer niedriger, und wir müssen bei jedem Export auch Bauerngelder und Gelder der öffentlichen Hand dazulegen, daß wir überhaupt noch exportieren können. Im Jahre 1965 sind über 700.000 Tonnen Getreide importiert worden, im vergangenen Jahr sind etwas mehr als 800.000 Tonnen, und in diesem Jahr werden fast 900.000 Tonnen Getreide exportiert. Durch diese so positive Leistung der österreichischen Bauern, trotz dieser schwierigen Situation, sehr geehrte Damen und Herren, hat sich die Deckungsquote am Außenhandelsdefizit bedeutend verbessert. Im Jahre 1965 hatten wir nur eine Deckungsquote von 23,5 Prozent. Wir haben im Jahre 1982 schon eine Deckungsquote von 51 Prozent erreicht, also eine 50prozentige Verbesserung gegenüber dem Jahre 1965. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Wabl: „Pörtl, hör zu, das sind Tatsachen!“) Und ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, das spricht wirklich für die Agrarpolitik einer sozialistischen Alleinregierung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Schutz des Waldes ist für uns Sozialdemokraten eine Herzensangelegenheit. Und wir nehmen ihn sehr ernst. Wir bemühen uns, und gerade unser Landeshauptmannstellvertreter Gross hat in einer der letzten Klubsitzungen innerhalb unseres Landtagsklubs das Jahr 1984 zum „Jahr des Waldes“ ausgerufen. (Beifall bei der SPÖ.) Also nicht ein Tag, sondern ein „Jahr des Waldes“. Wir freuen uns, daß von seiten

der Bundesregierung auch diesbezügliche Maßnahmen gesetzt werden. Aber — und ich habe es in diesem Hause schon einmal gesagt — die gesetzliche Grundlage für diese so notwendigen und positiven Maßnahmen hat die sozialistische Bundesregierung gegen die Stimmen der ÖVP geschaffen. (Beifall bei der SPÖ.) Das Dampfkesselmissionsgesetz ist gegen Ihre Stimmen beschlossen worden. (Abg. Buchberger: „Weil sie in der Form nicht ausgereicht haben!“) Ich weiß schon, wir alle sind heute froh, daß wir dieses Gesetz haben. Wir alle wissen, daß es die Grundlage dafür ist, daß wir auch die Umweltbedingungen wieder besser in den Griff bekommen. (Abg. Karrer: „Du mußt den Bauern ihr Glück aufzwingen!“)

Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ein Beispiel der positiven Einstellung der Bauernschaft gegenüber ist — und es ist vom Kollegen Fuchs ausgesprochen worden — der Außenhandelschutz von Kren. Solche Maßnahmen sind richtig. Nur müssen wir auch offen und ehrlich dazu sagen, und ich freue mich darüber, daß hier die Konsumentenvertreter mit uns mitgegangen sind. (Abg. Loidl: „Zahlen müssen wir es!“) Wenn wir einen Außenhandelschutz haben, muß dieser Außenhandelschutz natürlich von anderen bezahlt werden. Ich weiß schon, wir schaffen damit Arbeitsplätze. Aber ich glaube, es ist auch notwendig, daß wir in diesem Raum dies aussprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, daß der Bergbauerndirektzuschuß für das Jahr 1984 durch den Bund neuerlich angehoben werden wird. Es ist auch eine bessere Staffelung nach dem Einheitwert vorgesehen, und zwar nach dem alten sozialdemokratischen Grundsatz „Dem Schwächeren besser helfen“. Die steirische Flächenprämie ist eine Förderung vom Land, über die wir froh sind, daß wir sie haben. Nur entspricht die steirische Flächenprämie nicht diesem Grundsatz. Hier bekommt der Kleine wenig, der Große viel und der ganz Große noch immer mehr als der Kleine. (Abg. Buchberger: „Der ganz Große bekommt überhaupt nichts!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, im Landesvoranschlag ist überhaupt kein Förderungsansatz für Produktionsalternativen vorhanden, obwohl die Landwirtschaft nach dem Kompetenzgesetz Landesache ist. Es sind auch keine Ansätze für Kreditverbilligungen im Landesvoranschlag zu finden, wie zum Beispiel in Tirol und Oberösterreich, wo auch das Land die AI-Kredite zusätzlich fördert. Den steirischen Bauern, sehr geehrte Damen und Herren, ginge es schlecht, wenn sie mit den Förderungsmitteleinrichtungen des Landes das Auslangen finden müßten. Zum Glück gibt es ein Bundesbudget, welches vorgesorgt hat, daß die Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft, die vom Bund bereitgestellten Mittel (Beifall bei der SPÖ.) für die Preisausgleiche auch für 1984 gesichert erscheinen, daß die Produktionsalternativen, wie zum Beispiel Ölsorten, durch den Bund gefördert werden, daß die soziale Sicherheit in der Landwirtschaft durch Bundeszuschüsse für die steirischen Bauern gegeben ist und daß durch Zinsenzuschüsse vom Bund sowie durch Beihilfen von Bund und Land für unsere Bauern

auch für 1984 diese Investitionen möglich gemacht werden. Die steirischen Bauern, sehr geehrte Damen und Herren, werden das Jahr 1984 mit ihrem gewohnten Fleiß trotz Schwarzmalerei durch die ÖVP mit Erfolg meistern. Unter einer Voraussetzung, und das hoffen wir alle, daß uns der Wettergott im Jahre 1984 gut gewogen sei. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura:** Werte Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Da heute diese Agrardebatte die letzte Agrardebatte für Landesrat Koiner als Landesrat sein soll, so möchte ich bitten, daß meine Ausführungen als Beitrag zu werten sind, nicht als Kritik, und als Bitte an seinen Nachfolger, der ja bereits in der ersten Bank sitzt und den ich natürlich gerne begrüße, als ein Beitrag zur Lösung der Probleme beziehungsweise eine Auflistung der Probleme, die noch zu lösen sind. Wir wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man die Probleme nur auf den ersten Blick betrachtet, ist man gerne verleitet zu sagen, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß das so und so und so zu lösen sei, und noch dazu leicht; erst nach genauerem Hinsehen — so ist es ja — muß man feststellen, daß gerade so es auch wieder nicht ist. Die Probleme in der Landwirtschaft sind natürlich sehr verwoben mit der Wirtschaft. Und weil die Probleme so schwer zu lösen sind, ist das System der Förderungen eingeführt worden. Gerade hier in dieser Sache hat das Land aber die Kompetenz. Wie schon heute der Präsident Buchberger angezogen hat, ist der Bund natürlich auch zusammen mit der Präsidentenkonferenz und der Paritätischen Kommission in der Preisgestaltung der Faktor, der eine große Rolle für den Bestand der Bauern spielt. Sowohl die Präsidentenkonferenz wie auch die Paritätische Kommission sind in erster Linie mit Mandataren der ÖVP und der SPÖ besetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt uns auch der „Grüne Bericht“ vor. Wenn man diesen „Grünen Bericht“ aufmerksam liest, dann sieht man, in welchem Zwiespalt die Landwirtschaft ist. Die Landwirtschaft produziert mehr und verdient weniger, und das ist vielleicht der Grund, warum sich dieser eminente Strukturwandel der letzten Jahre und Jahrzehnte so einschneidend in die Bevölkerung oder in die Betriebe der Bauern eingemengt hat. Die Bauern kommen mit dem Einkommen nicht mehr aus. Die Jungen gingen von zu Hause fort, die Alten — sagen wir es ehrlich —, die sich mehr an die Scholle gebunden fühlten, harrten aus, bis sie in die Pension gingen. Wenn wir die Zahlen ein wenig betrachten, sehen wir, daß seit dem Jahre 1961 der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung von 22,6 Prozent auf 10,3 Prozent im Jahre 1982 zurückgegangen ist. Das ist weniger als 50 Prozent des Anteiles. Noch stärker ist es bei

den Agrarbetrieben der Land- und Forstwirtschaft. Abnahme der Betriebe: Der Anteil von 0 bis 2 Hektar liegt bei 11 Prozent Abnahme, von 2 bis 5 Hektar bei 84 Prozent, von 5 bis 10 Hektar bei 24 Prozent, von 10 bis 20 Hektar bei 19 Prozent, erst bei über 200 Hektar gibt es ein Plus. Entschuldigen Sie, das waren jeweils die Anteile der bestehenden Betriebe. Die Abnahmen sind 5, 7, 9 und 3 Prozent und — wie gesagt — eine Zunahme bei über 200 Hektar.

Es gibt keinen einzigen Bezirk der Steiermark, in dem die landwirtschaftlichen Betriebe nicht abgenommen hätten. Alle Bezirke lagen bei Abnahmen von 3 bis 19 Prozent, lediglich der Bezirk Voitsberg hat „nur“ um 0,7 Prozent abgenommen und fiel damit total aus dem Rahmen. Ob die wirtschaftlich schlechte Lage der Industrie ausschlaggebend war, so daß hier kein freier Arbeitsplatz für aus der Landwirtschaft Scheidende da war, kann ich nicht beurteilen, und das will ich auch gar nicht behaupten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gegensatz zum Bundesmittel gestalten sich die landwirtschaftlichen Einkommen gerade in den steirischen Produktionsgebieten schlechter als im Jahre 1981. Die größten Einkommenseinbußen lagen bei durchschnittlich 8 Prozent je Familienarbeitskraft beim Gesamteinkommen. Am meisten aber traf es natürlich, gegenüber dem Niveau des Jahres 1981, die Obst- und Weinbauern. Hier zeigten sich krasse Gegensätze zwischen Mehrproduktion und Mindererträgen. Prinzipiell, von der Ernte her, war das Jahr 1982 ein gutes Bauernjahr und zum Teil wird es vom Jahr 1983 noch übertroffen werden. Ich meine aber, es ist sicherlich ein Frevel, wenn es dann heißt — und hier sollte man mit solchen Worten vorsichtig sein — Katastrophenernte und ähnliches.

Es stimmt mich traurig, wenn man zurückblättert und sich die abwechselnd aufeinanderfolgenden Beratungsformeln in Erinnerung ruft: Zuerst hieß es intensivieren, dann mechanisieren, dann chemisieren, dann spezialisieren und natürlich dann auch züchten zu Massenträgern. Was wurde im Endeffekt erreicht? Es wurden gigantische Steigerungsraten erreicht, auf der einen Seite, Gott sei Dank, auf der anderen Seite mußte man feststellen, daß diese Überschüsse den Preis zerschlugen. Dazu muß man auch noch ins Treffen führen, daß diese zum Teil an eine Ausbeutung grenzenden Erträge und Überschüsse teuer erwirtschaftet waren, so daß der Bauer gezwungen war, mehr zu produzieren, unter dem Motto: „Wenn du mehr haben willst, mußt du mehr produzieren.“

Die Folgen dieser industriellen Bewirtschaftung und ihre Auswirkung: Unsere Natur und unsere Umwelt waren die Opfer dieser verfehlten Agrarpolitik der letzten 38 Jahre. Es entstand ein großer Landhunger. Der Hunger nach Ackerland brachte die Feldraine und Büsche, in denen viele natürliche Schädlinge und Schädlingsvertilger ihren Unterstand hatten, zum Verschwinden. Man kann auch weitergehen und sagen, daß in vielen Bereichen die Regulierungen nicht so umfangreich notwendig waren, wie man sie ausgeführt hat. Und nun muß

man Überlegungen anstellen, wie man die stark abgesunkenen Grundwasserspiegel wieder etwas anheben kann. Durch Rückhaltebecken und Staustufen kann man eine Ökologiereparatur durchführen. Die Massenproduktion führte natürlich auch zu Monokulturen. Im Grünlandbereich bei den Gräsern und Wiesen, im Ackerbaubereich — wenn wir nur an unsere „Sterzbaumwälder“ der Süd-, Ost- und Weststeiermark denken —, in der Waldwirtschaft zu Fichtenkulturen, wobei man natürlich hochwertiges Saatgut, meist Hybridarten und daher nicht mehr weiter als Saatgut verwendbar, teuer kaufen mußte. Um den Ertrag weiter zu steigern, war es notwendig, Handelsdünger zu streuen, der in Schotterböden bis zu 90 Prozent ausgewaschen werden kann und damit auch unser Trinkwasser mit Salzen und Chloriden anreichert, so daß unter Umständen die Gesundheit von Tier und Mensch wieder gefährdet wird. Da kann auch das Hinaufsetzen der Toleranzgrenzen einfach nichts helfen.

Wenn man die Züchtungsergebnisse im tierischen Bereich betrachtet, so kann man sagen, daß sie sich sehen lassen können. Die Produktion von Milch und Fleisch je Tier wird von Jahr zu Jahr gesteigert, und trotzdem muß man sich wieder fragen: Was sind die Auswirkungen? Wer ein bißchen mit Landwirtschaft zu tun hat, kann sicher bestätigen, daß, wenn man heute in einem Schweinestall einen Plärrer macht, es unter Umständen passieren kann, daß ein oder zwei Pitreneber mit Herzinfarkt im Stall liegen (Abg. Brandl: „Da hast du aber übertrieben!“) oder die Hochleistungskuh im Rinderstall plötzlich keine Milch mehr gibt. Das ist sicherlich eine Gefahr der Überzüchtung, die man halt auch irgendwo einmal überlegen muß. (Abg. Aichhofer: „Chibi, wenn du in den Saustall hineinkommst, werden sie sofort blau!“) Ich hätte gemeint, sie bekommen einen Rotlauf. Das ist, glaube ich, die üblichere Art.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mir nicht vorstellen, daß das alles das Ziel der Verantwortlichen sein konnte. Die Abnahme der bäuerlichen Bevölkerung — ich sagte schon, in 20 Jahren wurde der Prozentsatz der bäuerlichen Bevölkerung mehr als halbiert —, das Land ökologisch ausgeraubt, eine Überproduktion, die man mit großen Stützungen verkaufen muß, und das alles unter dem Motto des Zaublerlehrlings: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.“ (Abg. Karrer: „Dir paßt aber auch nichts!“) Genau das, was der Herr Abgeordnete Prutsch gesagt hat, daß in Europa auch kein besseres Rezept vorhanden war und daß eben auch die EG am Ende der Finanzierbarkeit der Agrarmärkte angelangt ist. Die Industrieländer werden immer mehr zu Agrexportländern, Agrarüberschuß, der natürlich auf ökologischer Ausbeutung beruht. Als Gegensatz dazu gibt es in der dritten Welt die hungernde Bevölkerung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die dritte Welt hat einfach nicht die Kaufkraft, um auf dem Weltmarkt einkaufen zu können. Wenn wir heute und jetzt nach drei Tagen dieser Landtagsdebatte zurückblicken, dann können wir sehen, daß in erster Linie zwischen ÖVP und SPÖ ein gegenseitiges Aufrechnen von Versäumnissen da

war. Stellt man sich die Frage, die man sich eigentlich stellen muß, wer die Schuldigen sind, so muß man natürlich — wenn man weiter konsequent ist — sagen, das sind jene, die dafür bis jetzt die Verantwortung getragen haben. Das gilt natürlich auch für andere Bereiche, nicht nur für die Landwirtschaft. Wir möchten als Freiheitliche feststellen, daß wir an der derzeitigen Situation keine Schuld mittragen. (Abg. Brandl: „Das ist beruhigend!“) Wir sind aber bereit, natürlich für die Lösungen der Zukunft mitzuarbeiten und unsere Vorstellungen einzubringen. Das ist — glaube ich — doch etwas, was man anbieten kann. (Abg. Pinegger: „Reden wir nach drei Jahren weiter!“) Die Frage ist, kann man diese Überproduktion sinnvoll verwerten. Da gibt es natürlich die Möglichkeit, sie an die Entwicklungsländer zu verschenken, wobei das natürlich auch nicht so einfach ist. (Abg. Zellnig: „Wer zahlt das?“) Indien nimmt zum Beispiel keine Milch. Die zweite Möglichkeit ist der Biosprit, mit dem man auch die Überschüsse abarbeiten könnte. Und in Deutschland ist es beinahe soweit, daß der Biosprit als Zumischung zum Benzin kommen wird. Es ist natürlich nicht einfach, da die Zuständigkeit bei mehreren Ministerien liegt. Schwierige Verhandlungen über die Verordnung der Entbleiung des Benzins sind bereits im Bundestag im Gange, so erzählte man mir. Katalysatoren wird man einbauen, nachdem die Versuche positiv sind. In Österreich gibt es aber natürlich auch eine Lobby, die sich dagegen wehrt, daß so etwas eingeführt wird. Das ist die OMV, gar keine Frage. Dann muß es natürlich auch notwendige begleitende Maßnahmen geben, wie zum Beispiel den Beimischungszwang mit einer handelsrechtlichen Absicherung. Es darf nicht passieren, daß die OMV das billige Methanol aus Brasilien kauft und unsere Landwirtschaft wieder unter Umständen auf den Produkten sitzen bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Biospritzerzeugung sind Produkte wie das Futtergetreide, die Zuckerrübe, Zuckerhirse und so weiter vorgesehen. Dies kann eine Entlastung des Marktes bringen. Wir Freiheitlichen sind für ein gesamtwirtschaftliches Denken. Ich glaube, gerade dem jungen Bauern muß man sagen, daß man dieser Selbstvernichtung Einhalt gebieten muß. Es ist notwendig, daß man auch in der Landwirtschaft umdenkt. Für die Existenz eines Bauernhofes wird immer wieder nur die ökonomische Bilanz herangezogen. Das ist sicherlich richtig. Aber allzu oft wurde mit hohem finanziellem Aufwand eine Ware produziert, deren Roherlös abzüglich der Verwertungsbeiträge und der hohen Aufwendungen für Handelsdünger, Spritzen, Saatgut und so weiter unbedeutend ist. Als Erlös kann immer nur das gelten, was unter dem Strich übrigbleibt — der Nettoerlös. Der kann unter Umständen größer sein, wenn man auf natürliche, biologische Methode wirtschaftet. Beispiele dafür gibt es ja schon. Der biologische Landbau bricht, was schon durchgedrungen ist, in eine Marktnische ein. Ich möchte das Beispiel der Steirischen Beerenobstgenossenschaft anführen. Hier kann Präsident Buchberger sicherlich bezeugen, daß man sich bemüht hat, nach der Methode Fürst eine biologische Bewirtschaftung von schwar-

zen Johannisbeeren einzuführen. Es hat dabei auch große Probleme gegeben, meine Damen und Herren. Sehr hohe Herren der Kammer haben damals gesagt: „Ein Wahnsinn, Rückfall in das finsterste Mittelalter!“ Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, das war im Jahr 1972. Herausgestellt hat sich, daß der Verkauf der Beeren zu höheren Preisen an die Reformwarenindustrie, also der Mehrerlös je Kilogramm, die Mindererträge annähernd ausgeglichen hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damals wurden die Beratungsspesen von der STBOG übernommen wie auch Biodünger und Kalk. Sie glauben es nicht, aber durch diese Bearbeitungsmethode gibt es bei mir zu Hause, im Johannisbeergarten, in unserer Plantage wieder Regenwürmer. Der finanzielle Mehrertrag wurde von der STBOG an die Nichtbiobauern im genossenschaftlichen Sinne ausbezahlt.

Meine Damen und Herren, man darf nicht nur eine ökonomische Bilanz ziehen, sondern es bedarf auch einer Energiebilanz. Wir haben in diesem Haus erst vor wenigen Monaten den Energiebericht besprochen. Wir sollten uns überlegen, was in diesem Bericht nicht angesprochen wurde, nämlich das Energiesparen in der Landwirtschaft. Im Grunde entsteht die Groteske, daß groß vom Energiesparen geredet wird und größte Energiemengen im Handelsdünger verlorengehen. Hier wäre eine Einsparungsmöglichkeit gegeben. Anstatt den Handelsdünger radikal einzuschränken, wird oft das Gegenteil getan. Leider es ist so, daß man nicht so schnell umstecken und umändern kann, wenn man zuerst diesem Trend nachgegangen ist. Die Bauern aber verbrauchen den Handelsdünger im guten Glauben weiter. Die Energiebilanz ist mit Sicherheit negativ.

Wir haben die ökonomische Bilanz, wir haben die Energiebilanz, aber noch keine ökologische Bilanz erstellt. Wenn ich hier wieder die Steirische Beerenobstgenossenschaft und ihre biologische Bewirtschaftung als Vergleich hernehme, dann kann ich sagen, daß es eine ausgesprochen positive ökologische Bilanz gibt. Ich glaube — und hier werden Sie mir zustimmen —, ökologische Bilanzen sind in der Landwirtschaft notwendig. Die Erde ist ein Raumschiff und die Forderung des Umweltschutzes der Ökologiereparatur muß gehört werden. Ich weiß hier, daß Sie ja schon einer Meinung mit mir sind. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich bin voll einer Meinung!“) Es ist notwendig, die Verbesserung des Kreislaufes der Natur durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich ist es im Verkauf notwendig, Marktnischen zu finden. Glücklicherweise ist das Gesundheitsdenken im Vormarsch, das Schlanksein ist „in“, und dies fördert das biologische Denken in der Landwirtschaft. Das Denken geht vom Zwei-Schnitzel-Denken auf das Ein-Schnitzel-Denken zurück. Ich möchte hiebei die Gelegenheit benützen, um dem Kameraden Fuchs meine Anerkennung zu zollen, weil auf dem Kürbissektor bereits gute Fortschritte und Ansätze für einen ökologischen Kürbisanbau vorhanden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, daß Sie drängen. Ich hätte ja noch einiges

zu sagen. (Abg. Brandl: „Gelbe Karte!“) Die „Gelbe Karte“ bedeutet, Gott sei Dank, nur Verwarnung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte doch bitten, daß Sie mich weitersprechen lassen. Es kann sich jetzt nur mehr um Stunden handeln, bis ich fertig bin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier ist natürlich einiges versäumt worden. Ich möchte wohl noch den Herrn Landeshauptmann ansprechen. Und zwar, Sie wissen ja, ich möchte das alle Jahre wieder tun, nämlich die Änderung der TKV-Ordnung reklamieren.

Ich hätte noch vieles über das Waldsterben zu sagen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es würde an den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes geschrieben, es möge so rasch wie möglich entschieden werden. Präsident Melichar hat zurückgeschrieben, daß er nicht in der Lage ist, das Verfahren zu beschleunigen!“) Danke! Falls es zurückkommt, kommt ja der Bericht, nicht? (Abg. Brandl: „Du kannst nächstes Jahr wieder fragen!“) Na ja, sonst sind wir wieder bei der Generaldebatte dabei.

Nun, ich könnte ja noch vieles aufführen: Die Kontrolle in der Genossenschaft, die Milchwirtschaft — na, was haben wir denn noch —, die Imkerei, den Honig und die Qualitätsmerkmale, die Dorferneuerung, die Bergbauernzuschüsse — aber das ist ja schon vor mir gesagt worden —, die AIK-Kredite und die positive Lösung des Karpfenproblems, Initiativen über den Umweltfonds und vieles, vieles mehr. Die Zahlen, die die Herren der SPÖ vorgelegt haben, hätte ich natürlich auch noch. Schließlich und endlich befinde ich mich heute zum ersten Mal in der Lage, auch etwas auf den Tisch legen zu können, wovon ich sagen kann: Das haben wir in Wien gemacht! Es ist halt so schön, wenn man auch etwas aufweisen kann, nicht? (Allgemeine Heiterkeit.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, Sie nehmen zur Kenntnis, daß ich weitere vier Zettel weglege.

Wir haben einen neuen Landesrat zu erwarten, und wir setzen natürlich in ihn hohe Erwartungen, das ist klar. (Abg. Grillitsch: „So hoch wie in Muhrer!“) Ja, wenn er das bringt, was der Muhrer bringt, sind wir zufrieden. Das ist gar keine Frage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte doch noch ein steirisches Sonderkulturengesetz reklamieren. Wir haben gesehen, daß sich unser Buschenschankgesetz gut entwickelt hat und daß damit sehr viel für die einzelnen Weinbauern möglich war. Wir wissen genau, daß die Zollabsicherung über den Bund gehen muß. Nur glaube ich, daß es im Rahmen des Gemüsegesetzes nicht geht, weil man sich bereits in der Präsidentenkonferenz nicht mehr einig ist. Eine Vorgangsweise wie bei den Karpfen wäre sicherlich von Vorteil.

Dieses Sonderkulturengesetz wäre eine Chance für die Bauern im Grenzland, die ja zum Teil auf Grenzertragsböden, auf Hutweiden, Johannisbeerplantagen geschult haben und deren Ertrag zu 95 Prozent in den Export geht. Aber von Nachteil ist, daß die Beeren als Naturprodukt exportiert werden müssen, weil der Ausfuhrzoll auf Saft weit höher

ist als auf das Naturprodukt. Hier muß man ansetzen. Ich habe bereits mit unserem Staatssekretär Bauer in Wien verhandelt und gesprochen, daß hier eine Änderung eintritt, damit die Wertschöpfung im Lande bleibt und die Absicherung des Bauernhofes als Arbeitsplatz möglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte langsam zum Schluß kommen (Beifall bei der ÖVP und SPÖ), möchte aber nicht versäumen, doch noch festzustellen, daß ich hoffe, daß die Pannen mit dem Viehexport seitens der Steiermark nicht wieder passieren. Es wurde mir gesagt, daß so lange die Agrosserta exportiert hat, sehr wohl noch die Stützung möglich war, diese aber für die privaten Betriebe nicht mehr möglich war. (Landesrat Koiner: „Herr Abgeordneter, wer hat Ihnen denn das gesagt? Kann ich das auch wissen?“) Herr Landesrat, ich sage es Ihnen nachher. (Abg. Aichhofer: „Wir möchten es auch gerne wissen!“)

Herr Landesrat, ich habe als Vertreter für die Freiheitlichen die Aufgabe übernommen, Ihnen für Ihre Leistungen, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit in diesem Hause vollbracht haben, ein herzliches Dankeschön zu sagen. Wir wissen genau, daß Sie immer ein harter Kämpfer für Ihre Vorstellungen waren, wodurch wir uns vielleicht miteinander nicht ganz so leicht getan haben. Ich bin aber auch überzeugt, daß es jeder andere bei Ihnen ebenso schwer gehabt hat. Ich darf Ihnen den Dank der FPÖ-Fraktion übermitteln, und ich glaube, wenn Sie auch persönlich nicht immer mit mir einer Meinung waren, so hoffe ich, daß Sie mir das verzeihen, und trotzdem darf ich für das Klima der Zusammenarbeit danken. Ich darf Ihnen im Namen der Freiheitlichen Gesundheit wünschen sowie für Ihren weiteren Lebensweg Glück, Freude und Zufriedenheit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Grillitsch:** Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Nach der heiteren Begegnung, die uns jetzt gegönnt war, muß ich doch ganz kurz auf meine Vordredner eingehen. Mich wundert es ja nicht, wenn es einer selbst nicht merkt, wo die Glaubwürdigkeit verlorengeht, daß der SPÖ-Bauernverein nicht weiterkommt. Wenn wir gestern abend den „Grünen Bericht“ diskutiert haben, war die Aussage des Herrn Abgeordneten Zellnig: „Warum müssen wir jetzt den 82er diskutieren? Der ist ja längst überholt, der 83er ist eh noch schlechter in der Einkommenssituation.“

Und heute hier in der Budgetdebatte für die Landwirtschaft versucht er die Dinge so darzustellen, wie gut und wie glänzend es den Bauern seit 1970 eben geht und daß das die beste Agrarpolitik ist, was wir überhaupt je erlebt haben, und vergißt aber ganz, dabei auch die Wahrheit zu sagen. (Abg. Meyer: „Das ist die Wahrheit!“) Das ist das, was mich persönlich stört, und das ist das, was ich auch mit der Glaubwürdigkeit meine. Wenn man in der eigenen Gemeinde nicht in der Lage ist, bitte, wenn man einen Termin zur Übergabe

eines Amtes fixiert hat und dann keinen mehr dazu findet, dann ist die Glaubwürdigkeit verlorengegangen. (Abg. Dr. Wabl: „Was hat das mit der Agrarpolitik zu tun?“) Und so wird eben in der Agrarpolitik auch die ganze Zeit gespielt. Der Wahrheit wird ausgewichen. Wenn man beim Minister vorspricht, kommt man darauf, daß er durch seine Landesobmänner gar nicht informiert ist, daß die Dinge in Wirklichkeit ganz anders sind. Ich komme noch darauf zurück, und die budgetären Auswirkungen, die werden einfach falsch dargelegt. Ich glaube, Herr Abgeordneter oder meine Herren da drüben, Ihnen wird es sicher bekannt sein, daß sich der Anteil am Bundesbudget seit 1970 halbiert hat und daß dadurch dem bäuerlichen Einkommen 2 Milliarden Schilling öffentlicher Gelder fehlen. Und Sie werden sicher auch wissen — du hast es gestern auch bestätigt —, daß sich die bäuerliche Einkommenssituation im Hochalpengebiet im Jahre 1983 verschlechtert hat, um 3 Prozent, und daß sich der Abstand zum Industriearbeiter von 1970 bis heute von 2570 Schilling auf 8370 Schilling vergrößert hat. Du wirst sicher in deinem eigenen Betrieb, sofern einer vorhanden ist, noch merken, daß das Dreifache für Investitionen ausgegeben werden muß, daß sich auch der Tauschwert sehr wesentlich verändert hat. Wir erleben es in der Sparte Holz genauso wie in der Viehsparte, daß in den letzten Jahren keine Besserung möglich war. Wenngleich beim Holz eine etwas bessere Preissituation im heurigen Jahr feststellbar war, liegen wir immerhin noch unter 15 Prozent vom Jahre 1981 bei steigenden Werbungskosten und Betriebskosten. Wir wissen, daß es auch eine schwierige Situation am Schwachholzsektor gibt, daß dort die Preise eher fallend sind.

Nun zu euren Ghadafi-Ochsen, wie ihr sagt, weil ihr euch so gefreut habt — Libyenexport nennen wir es. Ich hatte die Ehre, bei einer Delegation von zehn Leuten dabei zu sein, die am 31. Oktober beim Herrn Minister vorgesprochen hat. Der Herr Minister hat gar keinen Wert auf eine Auskunft von einem Fachmann gelegt, sondern ihm war es mehr wert, uns einfach in kurzer und sozialistischer Manier, wie er es eben gewohnt ist, Agrarpolitik zu machen, abzufertigen. Er hat uns auch — ich sage es hier — belogen. (Abg. Tschernitz: „Das ist ein starkes Stück!“) Auf die Frage, ob er denn vom steirischen Landesobmann der SPÖ nicht informiert sei, nachdem gerade in der Gemeinde oder in den umliegenden Gemeinden des steirischen Landesobmannes wir im Bezirk die größten Schwierigkeiten gehabt haben, hat er gesagt: „Nein, die Situation ist nicht so, ich habe Zusagen von zwei steirischen Firmen, die das ganze aufkaufen.“ So war die Situation dort, bitte. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, so kann man nicht Agrarpolitik machen (Abg. Ofner: „Und so kann man auch nicht reden!“), weil gerade die Libyen-Ochsen die Rohrware sind, die vom Berg kommt, die entweder in Marsch gesetzt oder ansonsten direkt von der Weide vermarktet werden muß, und die eine Existenzfrage für die obersteirischen Bergbauern ist. 300 Stück sind in Obdach und Umgebung gestanden, aber er hat es nicht für notwendig befunden, daß er den Minister informiert. Ob-

wohl Herr Landesrat Koiner schon im Sommer des heurigen Jahres die Stützungsmodalität mit dem Herrn Landwirtschaftsminister abgesprochen hat, hat er sich nach einer Kursänderung des Dollarkurses geändert und hat gesagt: „Man kann nicht zulassen, daß da etwa die in der Vergangenheit verlorenen Gelder bei den Exporten den Firmen wieder zukommen würden oder daß sich das auf das bäuerliche Einkommen positiv auswirken würde.“ Meine Damen und Herren, der Preis ist um 50 Groschen zurückgegangen, fünf Monate hat es keinen Libyenexport gegeben, und erst jetzt im Dezember, nachdem wir auch die Landesmittel entsprechend angehoben haben, war es dann möglich, daß er wieder langsam in Bewegung kommt. Was passiert dabei? Die Märkte gehen uns verloren, meine Damen und Herren! Deshalb brauchen wir ein längerfristiges Konzept in der Agrarpolitik, vor allem auch was die Stützungen anlangt. Ich bitte Sie, daß Sie diesen Einfluß bei der Bundesregierung auch ausüben, daß Sie Agrarpolitik für die Bauern machen und nicht Agrarpolitik für die SPÖ. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich laut Paragraph 37 Herrn Abgeordneten Zellnig das Wort und weise darauf hin, daß die Redezeit fünf Minuten nicht überschreiten darf.

**Abg. Zellnig:** Frau Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Sicherlich kann es so herauskommen vom Abgeordneten Grillitsch aus meinem Bezirk, der hier glaubwürdig die Unglaubwürdigkeit meiner Person in meinem Wirken als Bürgermeister verkünden will. (Abg. Ofner: „Das ist eine Frechheit!“) Als Anlaß nimmt er die Abwesenheit meiner Person bei einer Hauseröffnung. (Abg. Tschernitz: „Was ist das für ein Klima im Landtag!“) Lieber Kollege Grillitsch, jeder Bürgermeister hat einen Stellvertreter. Bei dieser Hauseröffnung ist mein Stellvertreter anwesend gewesen und hat sehr wohl die Gemeinde vertreten. Ich bitte um Kenntnisnahme. Nur jener Bürgermeister kann nicht hingehen, der viel Arbeit hat und anderwärtig positiv in seiner Tätigkeit als Bürgermeister wirkt.

Sehr geehrte Damen und Herren, noch etwas: Der Libyenexport: Liebe Damen und Herren, sind Sie doch ehrlich in dieser Situation. Gerade du, Herr Abgeordneter Grillitsch, weißt es doch, der Libyenexport ist ja nur deswegen gestockt worden, weil der Dollarkurs von 16,50 auf 19,50 Schilling angehoben worden ist. Der Libyenexport wird auf Dollarkursbasis abgewickelt, und ich vertrete die Meinung, es ist Angelegenheit aller Österreicherinnen und Österreicher, daß der Steuerschilling einfach sinnvoll angewendet wird. (Abg. Grillitsch: „Es war euer Ziel, dem Bauern 50 Groschen zu nehmen!“) Die Demonstration der Bergbauern durch den Bauernbund in Wien, diese Demonstration ist keine Demonstration für die Bergbauern gewesen, sondern eine Demonstration für den Handel, sehr geehrte Damen und Herren, indem die Ochsen, lieber Kollege Grillitsch (Abg. Grillitsch: „90 Bauern

aus Obdach habe ich in meiner Liste!"), von der Agrosserta schon lange vorher mit 27,50 Schilling Produzentenpreis für den Libyenexport eingekauft worden sind, obwohl der tatsächliche Produzentenpreis schon 29,50 Schilling gewesen ist. Dann kam die Demonstration, sehr geehrte Damen und Herren. Der Libyenexport wird planmäßig durchgeführt. Es ist bekannt, daß bereits zwei Schiffe mit 1000 Stück, und daß die nächsten zwei Schiffe am 27. und 21. Dezember verladen werden. Das sind die Fakten, und das ist die Wahrheit. (Abg. Grillitsch: „Warum sind sie nicht schon im Oktober verladen worden? Wir haben ein Glück, daß das so spät gekommen ist!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, das war meine Berichtigung.

Sehr geehrter Herr Landesrat Koiner! Jahrelang habe ich die Ehre gehabt, mit Ihnen in der Landwirtschaftskammer zusammenzuarbeiten, auch in der Opposition, jawohl, es ist richtig. Ich habe mich ständig bemüht, sicherlich nicht immer im Gleichklang, auch die Interessen der Bauern zu vertreten. Überwiegend waren es die Klein- und Mittelbauern. Mir tat es außerordentlich leid, als Sie damals auf Grund Ihrer Berufung zum Landesrat diese Funktion in der Kammer aufgegeben haben. Ich möchte Ihnen als Obmann der SPO-Bauern ein herzliches und aufrichtiges Dankeschön sagen für diese so positive Zusammenarbeit — in manchen Bereichen auch mit unterschiedlicher Auffassung. Aber es ging immer um die Interessen unserer Bauern. Lieber Herr Landesrat, ich wünsche Ihnen für die weitere Zukunft Glück und vor allem Gesundheit. Mögen Sie ihren wohlverdienten Ruhestand in einer gewogenen Gesundheit in Ihrer Familie verbringen können, was Sie auf Grund Ihrer sehr verantwortungsvollen Funktionen in den letzten Jahren nicht tun konnten. Herzlichen Glückwunsch! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schwab:** Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Sie brauchen keine Angst zu haben, ich werde keine lange Rede halten, zumindest nur einen Bruchteil der Zeit brauchen, die der Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura gebraucht hat.

Es gibt in der Steiermark 22.000 Bergbauern, das ist rund ein Drittel aller steirischen Höfe. Die Hälfte davon, also etwas über 10.000, sind Betriebe in der Zone III, und kein ernstzunehmender Mensch zweifelt heute eigentlich daran, daß gerade die Bergbauern einen sehr wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft leisten und durch die Besiedlung und die Bewirtschaftung der Berggebiete in weiten Bereichen Österreichs und vor allem der Steiermark auch eine wichtige Basis für den Fremdenverkehr schaffen. Bergbauernpolitik ist daher eine Aufgabe, die weit über die agrarpolitischen Zielsetzungen hinausgeht.

Meine Damen und Herren, sehr sachlich auch einige Berichtigungen und Richtigstellungen im Zusammenhang mit den Zahlen und mit den Millionen,

mit denen der Herr Kollege Prutsch herumgeführt hat. Mir hat das Herz höher geschlagen vor lauter Millionen. Die Bergbauern, meine Damen und Herren — und das sind die echten, realen, bereinigten Zahlen — verlieren 11 Prozent ihres Einkommens im Vergleich des letzten Jahres. Sie alle wissen, daß die Armutsgrenze in Österreich jährlich festgelegt wird. Diese Armutsgrenze liegt derzeit bei 3955 Schilling. 36 Prozent der Bergbauern liegen unter dieser Armutsgrenze. Das zeigt, glaube ich, sehr deutlich, wo wir in dem Zusammenhang liegen. Es hat sicherlich die Direktzuschüsse gegeben, Gott sei Dank, das haben wir immer angestrebt, Bund und Land gemeinsam — das betone ich ausdrücklich —, nur, und das ist wieder ein springender Punkt, wurden diese Direktzuschüsse in den letzten Jahren fast ausschließlich auf Kosten der Investitionsförderung erhöht, und das ist ein entscheidender Punkt. Interne Umschichtungen: Dort herunterschneiden, dort dazugeben. Wir sind sehr froh, daß der Minister jetzt unserem jahrelangen Drängen nachgegeben hat. Ich erinnere an den Fernsehausschnitt vor zwei oder drei Tagen etwa, wo er auch gemeint hat, ja, wir müßten uns doch wieder stärker in die Richtung der Investitionsförderung bewegen, damit auch Impulse in die Wirtschaft gegeben werden.

Zum Wegebau ein Weiteres: Kollege Zellnig, bitte, höre mir kurz zu! Er ist sehr angeregt in eine Diskussion verwickelt.

Kollege Zellnig, zum Wegebau ein paar Dinge in dem Zusammenhang, weil du gemeint hast, vergleichen wir auf beiden Seiten. Das halte ich für sehr richtig — vergleichen wir auf beiden Seiten. Es ist immer sehr hochgelobt worden, was die SPO-Regierung in diesen 13 Jahren gemacht hat. Vergleichen wir wirklich auf beiden Seiten: Der Anteil des Bundes an der Wegbaufinanzierung ist von 50 Prozent im Jahre 1970 auf 30 bis 40 Prozent — das pendelt — in den letzten Jahren gesunken. Ich bin gern bereit, auch die Zahlen vorzulegen. Der Anteil des Landes ist im gleichen Zeitraum von 1970 bis 1983 von 18 Prozent im Jahre 1970 auf über 30 Prozent in den letzten Jahren angestiegen. Warum? Weil ich der Meinung bin — und ich sage es auch, warum —, daß man nicht nur die Ansätze ausschließlich im Budget sehen darf, sondern weil gewaltige Landesmittel auch in euren Gemeinden und vor allem in unseren Gemeinden an Bedarfszuweisungen direkt auch an die Gemeinden gegangen sind für diesen Bereich des Wegebauens. So schaut es in diesem Zusammenhang aus — ich möchte das klarstellen.

Einige wenige Sätze zum „Jahr des Waldes“. Ich habe gar nichts dagegen, daß das „Jahr des Waldes“ ausgerufen wurde, nur ist es mir ein bißchen zuwenig. Wenn wir überlegen, daß diese 300.000 Hektar geschädigter Wald in Österreich, zusammgelegt, meine Damen und Herren, auf ein Stück, auf eine Teilfläche, und auf die Steiermark umgelegt, bedeuten würden, daß bereits nahezu ein Drittel unserer gesamten Waldfläche in der Steiermark vom sauren Regen geschädigt und arg gefährdet ist, wobei wir wissen — das wissen die Fachleute und auch die Bauern —, daß es

schwierig ist, exakt und genau zu trennen, wie weit wirklich der extrem trockene Sommer und Herbst des heurigen Jahres natürlich diese Entwicklung auch beschleunigt haben — das muß man dazusagen. Ich möchte sehr klar herausstreichen, daß einfach dringende Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zu setzen sind, entsprechend dem Regierungssitzungsantrag unseres Herrn Landesrates Koiner und dem darauffolgenden Beschluß vom 21. November 1983 in der Regierungssitzung. Die forstlichen Kompetenzen liegen überwiegend auf Bundesebene, und hier ist der Herr Landwirtschaftsminister einigermassen im Verzug.

Zum gesamten Bereich der Agrarpolitik: Vier Punkte halte ich für unerlässlich: Der Herr Kollege Prutsch hat mich in der Frage der Selbstbeschränkung zitiert. Dazu stehe ich. Selbstbeschränkung ja, aber, bitte, man muß unter allen Umständen differenzieren, und in ganz bestimmten Sparten. Es sind erstens alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die dem Schutz der inländischen Produktion dienen und die zu einer verstärkten Miteinbindung des Bundes in die Absatzförderung führen, weil das letztlich meiner Meinung nach auch eine Frage der Gerechtigkeit ist. Zweitens: Es ist dringend notwendig — und wir fordern das jahrelang —, Produktionsalternativen endlich zu realisieren. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Größten Wert — das ist ein weiterer Punkt, und das ist auch höchst notwendig, und wir kommen damit den Konsumenten sehr entgegen — muß man auch auf die Qualität der Produkte legen.

Meine Damen und Herren, abschließend lassen Sie mich noch eines sagen, weil es vor allem um die Bergbauern geht und weil sie Beispiel für Leistungswillen und Sparsamkeit sind. Das sind Kriterien, die meiner Meinung nach in Zukunft für die Gesamtgesellschaft unverzichtbar sein werden. Intensive Arbeit und Lebensfreude hängen sehr eng zusammen. Und vor allem unsere Bergbauern sind dafür ein Beispiel. Was man heute — und mit dem möchte ich abschließen — als Ökologie bezeichnet, ist im Grunde genommen das alte bewährte bäuerliche Denken, dem sich unsere Gesellschaft verstärkt wieder zuwenden müssen: Das ist die Ehrfurcht vor allem, was lebend ist, das ist der Respekt vor der Kreatur, das ist auch das nachhaltige Wirtschaften, das Nicht-von-der-Hand-in-den-Mund- und Von-heute-auf-morgen-Leben, und das ist letztlich auch — und dazu bekennen wir uns — der schonende Umgang mit den Gütern der Erde. Wenn wir die Natur beherrschen wollen, meine Damen und Herren, müssen wir ihr gehorchen. Das spürt und das weiß keiner letztlich so gut wie der Bauer selbst. Es sind die bäuerlichen Grundhaltungen — ich sage es noch einmal —, die Bestand haben, und auch wir — das sage ich durchaus selbstkritisch dazu — tun gut daran, uns immer wieder auch zu prüfen und zu fragen, wieweit wir auf dem richtigen Weg sind. Diese Grundhaltungen — und das muß man, glaube ich, auch feststellen — wurden aber vor allem im technischen Bereich mißachtet und müssen heute — und seien wir ehrlich, und schauen wir an den Dingen nicht vorbei — in einem oft mühsamen Lernprozeß wieder aufgebaut werden. Es ist unumgänglich notwendig, viel Geld und vor allem viel Geist in diese

Maßnahmen zu investieren, in dem Wissen, daß wir die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen haben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Neuhold:** Sehr geehrte Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wollte mich eigentlich zum Thema der Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe zu Wort melden. Aus solidarischen Gründen, weil auch andere nach mir noch reden möchten, mache ich es kurz und möchte nur etwas in Erinnerung rufen. Wer von uns bäuerlichen Vertretern erinnert sich nicht daran, daß es seinerzeit einen sozialistischen, holländischen Landwirtschaftsminister gegeben hat, nach dem der sogenannte Mansholt-Plan benannt ist, der damals als großer sozialistischer Agrartheoretiker für ganz Europa gegolten hat und der nach einem Besuch in der Südoststeiermark festgestellt hat, daß man hier am besten eine riesige Aufforstungsfläche machen soll, denn zwei Prozent der bäuerlichen Betriebe wären genug. Lieber Kollege Zellnig, das wollte ich deswegen in Erinnerung rufen, weil heute hier so getan wurde, als würden wir uns nicht um diese kleinen bäuerlichen Betriebe kümmern. Gerade wir und unsere vorgehenden Agrarpolitiker von damals, ich erinnere an Präsident Wallner, den diese Feststellung damals tief ins Herz getroffen hat, möchte ich sagen als echter praktizierender Bauer, die waren es damals, die diese Entwicklung hintangehalten haben, die sich dagegengestellt haben, weil — ich weiß noch um die Diskussionen, die damals stattgefunden haben — viele kleinbäuerlichen Betriebe und Familienerhalter Angst bekommen und gefragt haben, soll denn das wirklich sein? Soll hier ein neues frühzeitiges Bauernsterben einsetzen? Wir haben diese Entwicklung damals aufgehalten, und wir haben recht gehabt damit. Die meisten dieser kleinbäuerlichen Betriebe haben es durchgehalten bis heute und Mansholt hat unrecht behalten. Das möchte ich zur Erhaltung der bäuerlichen Familien feststellen.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Im steirischen Landesvoranschlag sind sehr positive Ansätze für die Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe enthalten — ich erinnere nur in Schlagworten an die Grenzlandförderung —, hier könnte die Fraktion des sozialistischen Landvolkes wirklich auch etwas solidarischer sein und auch zum Minister fahren und dort versuchen, diese Mittel, die uns noch immer vorenthalten werden, zu bekommen. Es ist die Telefonschließung im ländlichen Raum, die vielen bäuerlichen Familien zu Hilfe gekommen ist, weil es sonst zu teuer gekommen wäre. Es ist der Ausbau des Wegenetzes, es sind die Kleinlandwirte- und Notstandsbeihilfen, es ist die Jungfamilienförderung bei Hausstandsgründung, wenn das direkt auch nicht in dieses Kapitel fällt, immerhin so, daß es den bäuerlichen Familien zu Hilfe kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es heißt ein Merksatz: „Es muß Menschen geben, die mehr

tun als ihre Pflicht." Und nachdem es hier heuer in diesem Hohen Haus noch nicht gesagt wurde, möchte ich auf unsere Bäuerinnen verweisen, die zu diesem Menschenkreis gehören, ohne eine Wertung vollziehen zu wollen, aber die gerade im Nebenerwerbsbauernbereich vieles wieder ausgleichen müssen, was der bäuerliche Familienerhalter, weil er sich im Nebenverdienst befindet, zu Hause nicht machen kann. Ich meine daher, eine neue positive moralische Wertung der Familie insgesamt — meine sehr verehrten Anwesenden, ich sage das auch als praktizierender Christ —, der kinderreichen bäuerlichen Familien im besonderen müßte auch von der offiziellen Politik her erfolgen, denn die Vielzahl und Vielfalt unserer bäuerlichen Betriebe muß erhalten bleiben im ländlichen Raum, denn ohne diese gäbe es keinen Erholungsraum, keine Blutauffrischung für den städtischen Raum. Ich glaube auch, daß wir immer wieder in echter Gemeinschaft die ewigen menschlichen Werte weiterpflegen müssen. Dazu bitten wir um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident Klasnic:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl.

**Abg. Pörtl:** Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Zellnig hat damit begonnen, daß er sich sehr eindrucksvoll mit dem System befassen wird. Und sehr treffend hat der Abgeordnete und Kollege Neuhold Bezug genommen auf das System, wo ein Nebenerwerbsbauer in der Steiermark und ebenso ein Bergbauer nach dieser damaligen Mansholt-Idee keine Chance gehabt hätten. Meine Damen und Herren, es war der steirische und österreichische Bauernbund, der den Begriff „bäuerlicher Familienbetrieb“ geprägt hat, der sein Einkommen aus der Landwirtschaft und auch außerhalb der Landwirtschaft beschafft, und auch den Begriff geprägt hat, den lebendigen, lebensfähigen, wirtschaftlich starken ländlichen Lebensraum. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte das an die Spitze deshalb stellen, weil wir heute tatsächlich den Eindruck haben, das möchte ich dem Kollegen Prutsch zugute halten. Sein Gewissen ist noch in Ordnung. Weil er ein schlechtes Gewissen hat, hat er uns Bauern jeden Schilling vorgerechnet, was wir bekommen haben, meine Damen und Herren! (Abg. Prutsch: „Das war eine Feststellung!“) Wir aus den bäuerlichen Lebensbereichen haben keinen Neid, wenn die verstaatlichte Industrie eine Hilfe braucht, alle übrigen Berufsgruppen, meine Damen und Herren. Ich möchte das deshalb behaupten, weil du versucht hast, mit Zahlen einfach uns zu verwirren, und ich wiederhole: Im Jahre 1970 ist (Abg. Dr. Wabl: „Das ist gelungen!“) — ist nicht gelungen, Kollege! Du kennst dich so nicht gut aus, bei dir ist es vielleicht gefährlich (Abg. Brandl: „Eine entscheidende Wendung!“) — ist der Anteil vom Bundesbudget: Agrarbudget 1,2 Prozent. Im Jahre 1983 0,49 Prozent, und für mich ist ein Budget eine klare gesetzliche Norm, die politische Zielrichtung, in welche Richtung die Gesamtpolitik betrieben wird. Diese

Behauptung stelle (Abg. Zellnig: „Kollege, weißt du das Verhältnis zwischen Landesförderung und Landesbudget?“) — lieber Freund Zellnig, ich habe meine persönlichen Ausführungen gemacht, nur möchte ich dir sagen, das Verhältnis Land : Bund ist — bitte — 1 : 83, das ist das Landwirtschaftsbudget im Landesbudget. Lieber Herr Kollege Zellnig, das mußt du nachlesen. Das stimmt haarscharf, genau. Aber gestern, ganz interessant, ist auch der sozialistische Bauernvertreter aufgekreuzt und hat behauptet, in der Sozialpolitik hat eigentlich die Sozialistische Partei alles geregelt, die Bauernpension, alle Begünstigungen wurden (Abg. Brandl: „Es wurde viel getan!“ — Abg. Prensberger: „Haben wir immer befürwortet!“) — ein kleines Momentl, wir werden die Sache ein bißchen klarstellen. Es wurde 1969 beschlossen, und jetzt hört zu: Da gibt es zwei Anträge von der Sozialistischen Partei, vom Abgeordneten Häuser und Abgeordneten Pansi. Folgende Vorschläge: Frage: Zu welchen Gunsten? Die im OVP-Entwurf vorgesehene Bauernpension sollte um die Hälfte gekürzt werden und erst in fünf Jahren in Etappen auf die geplante Höhe, die die OVP vorgeschlagen hat, angehoben werden. Zweiter Antrag Pansi: Die Beiträge im Betrieb tätiger Kinder sollen nicht ein Drittel, sondern die Hälfte betragen. Und dann will man den Eindruck erwecken, als sei die Sozialistische Partei die soziale Partei für die Bauern und eigentlich soll eines in einem umfassenden Applaus sich bewegen. Meine Damen und Herren, ich möchte (Abg. Prensberger: „Ohne Beitragsleistung könnte es keine Pension geben!“) — gar kein Problem, können wir genau nachweisen, lieber Freund. Im Protokoll im Parlament steht es ganz genau. Lieber Freund, noch ein Gedankengang dazu, was die Beitragsleistungen betrifft. Wir haben derzeit die Situation, daß wir eine zweifache Dimension der Beitragserhöhungen haben. Einerseits die Beitragsdynamik, die wir verstehen, weil auch die Pensionsdynamik da ist, aber auch die zweite Dynamik, die Einheitswerterhöhung, meine Damen und Herren, mit Mehrheit der Sozialisten beschlossen im Jahre 1980, das marschiert flott dahin, und die Bauern bezahlen ganz kräftig mit barem Geld, meine Damen und Herren. (Abg. Brandl: „Das kann nicht stehenbleiben!“) Es ist eine ganz wunderbare Aussage, wenn ausgeführt wird, daß wir in der Steiermark eigentlich bäuerliche Interessensvertretungen und Selbsthilfegemeinschaften und Genossenschaften nicht mehr in den Funktionen vor uns haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir diese Situation betrachten, wissen wir alle — und es wäre sehr gut zu wissen —, daß in einer Zeit diese Genossenschaften gegründet wurden, die Landwirtschaftskammer gegründet wurde. Im Jahre 1848 gab es 149.300 bäuerliche Betriebe, jetzt haben wir 64.500 Betriebe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt herrliche Beispiele, um dem Genossenschaftswesen immer wieder sozusagen eines anzuhängen. Beim Milchpreis zum Beispiel: Die herrlichsten Geschichten werden erzählt: 4,51 Schilling macht der Milchpreis aus, 11,50 Schilling muß der Konsument zahlen, die Molkerei in der Mitte wird dick und fett. Meine Herrschaften, ich möchte das einmal im Land-

tag erklären, daß das nachhaltig zum Lesen ist. (Abg. Brandl: „Das ist ja unverständlich!“) Ja, ich bin dir dankbar, daß das unverständlich ist. Und jetzt die Erklärung: 4,51 Schilling bekommt der Bauer mit 3,6 Prozent Fett. 2,16 Schilling gehen an den Fonds, damit sich der Konsument Käse und Butter zu erschwinglichen Preisen kaufen kann, meine Damen und Herren. (Abg. Hammer: „Was der Staat stützt!“) 0,37 Schilling gehen in den Solidaritätsfonds, wo versucht wird, auch die Exporte zu stützen. (Abg. Preamberger: „Die kosten uns einen Haufen Geld, wir müssen aber exportieren!“) Moment, das ist kein Haufen Geld! 0,37 Schilling ist für den Transportkostenausgleich. 0,52 Schilling gehen in diesen Fonds, wo die Exporte für die Molkereiprodukte mitfinanziert werden, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, 1,78 Schilling bekommt die Molkerei auf privater oder genossenschaftlicher Basis für die Verarbeitung der Milch, für den ganzen Fuhrpark und vor allem für die Energie, meine sehr verehrten Damen und Herren, inklusive der Löhne 1,78 Schilling! Die Einzelhandelsspanne beträgt 1,31 Schilling und die Mehrwertsteuer 0,85 Schilling. Und dann wird in Bausch und Bogen erklärt, diese Genossenschaften, die eine Solidaritätsgemeinschaft speziell für den Bergbauern sind, sind nicht mehr voll funktionsfähig. (Abg. Hammer: „95 Prozent der bäuerlichen Produkte gehen über die Genossenschaften!“) Ich möchte das nur zur Illustration klarstellen, weil das das beste Beispiel ist.

Es wäre fast noch eine Aussage zum Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Chibidziura notwendig, aber er nimmt auf Bundesebene keine Schuld auf sich. Es hat ja der Herr Kollege Muhrer die Wasserglasmethode erklärt: Führ hat er gesagt, es ist halb leer, jetzt sagt er, es ist halb voll — eigentlich kein Problem. Der reißt also nichts zusammen, der Herr Minister Haiden läßt ihn eh nicht heran.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend einige Gedanken, weil die Behauptung aufgestellt wurde, es sei nicht notwendig, die Interessensvertretung in vollem Umfange zu erhalten. Die Veränderungen der Bedürfnisse auf der gesamten Welt und in der Entwicklung sind ganz enorm. Nehmen wir nur einen Bereich her: Wir wissen sehr genau — und der Herr Präsident hat das ausgeführt —, daß die Frage der Energie eine entscheidende Frage sein wird. Wir verbrauchen 83 Prozent der Energie als nichtvermehrbar Energie, als Fossilenergie, Öl, Kohle, Gas, und 17 Prozent, meine sehr verehrten Damen und Herren, als wieder erneuerbare Energie. Und gerade die Interessensvertretung der Landwirtschaftskammer ist schwerpunktmäßig in dieses Thema eingestiegen, weil wir sehr genau wissen, daß wir hier Änderungen in Zukunft zu erwarten haben.

Mit dem Handelsdünger, mach dir keine großen Sorgen, der ist eh so teuer, daß die Bauern sehr sparsam umgehen. (Abg. Preamberger: „Pörtl, vergiß nicht, die Oesterreicher aufzufordern, sie sollen mehr österreichischen Käse essen als französischen!“) Ich rede jetzt gleich direkt von der Energie. Der gesamte Pflanzenbestand auf dieser Erde — eine rein informative Mitteilung — macht mehr

aus (Abg. Hammer: „Wie viele Apfel haben die Oberösterreicher importiert?“) als die gesamten Energiereserven. Jährlich produzieren wir das Zehnfache der Energie, die wir verbrauchen. Nur müssen wir überlegen — und daher hat die Landwirtschaftskammer den Schwerpunkt „Heizen mit Holz“ gesetzt —, und wir wissen aber, das ist bei dieser Tagung sehr stark herausgekommen, daß die größte Energiequelle eigentlich das Energiesparen ist. Von 100 Prozent gehen eigentlich 49 Prozent praktisch verloren. Das ist eine entscheidende Frage, die wir auch in diesem Hohen Haus, wo sachliche Themen behandelt werden, aussprechen müßten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einmal eine politische Aussage: Kann es bei diesem Maßnahmenpaket, Belastungspaket, eigentlich gerecht sein, wenn die Energie mit 54 Prozent belastet wird und die Luxusausgaben mit 6 Prozent belastet werden? Ob das die sinnvollste Form der Lenkung einer wirtschaftlichen Entwicklung ist, möchte ich in Frage stellen. Wir wissen also daher, daß wir derzeit nur 5 Prozent über die Holzverbrennung an Energie haben, daß wir bis zu 15 Prozent erreichen könnten. Wenn wir in der Steiermark zum Beispiel die Rinde, die immer mehr nicht im Wald bleibt, in den Sägewerken entrinden würden, hochgerechnet, wenn wir alles verwerten könnten, wäre das ein Gesamtwert von 300 Millionen Schilling. Ich muß das noch sagen, das ist sehr wichtig. Wenn ihr nicht so polemisch gewesen wärt, hätten wir uns das vorher erspart.

Meine Damen und Herren, ich bin also persönlich überzeugt, daß wir auch konkrete Ansätze mit unseren Energiewäldern haben. Wir würden uns Regulierungen ersparen, wenn wir dort Energiewälder ansetzen. Wir haben Ansätze zur Holzschnitzelverarbeitung. Ich möchte ersuchen, daß wir auch in Zukunft in der Landwirtschaft nach der Devise uns weiterentwickeln, wie wir es bisher gemacht haben: Eben aus Problemen Chancen entwickeln. Das wird die Devise der Zukunft sein, es wird aber auch die Devise sein, diese Selbstbeschränkung nicht nur der Landwirtschaft zu empfehlen, Herr Kollege Prutsch, sondern bitte auch allen Berufsschichten (Abg. Prutsch: „Das hat der Kollege Schwab gesagt. Ich habe das nicht gesagt!“) in unserem Lande. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Aichhofer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Den letzten beißen die Hunde. Indem der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura seine Zeit nicht voll aufgebraucht hat, möchte ich sie jetzt ausfüllen.

Man könnte sagen, verehrte Damen und Herren, wenn man 38 Jahre zurückdenkt: Wie haben sich die Zeiten geändert! Damals, von 1945 bis 1950 hier im Hohen Hause, haben sich die Abgeordneten und die Regierungsmitglieder Gedanken gemacht, wie können wir unser Volk ernähren. Heute machen wir uns Gedanken, wie können wir die Überschußproduktion irgendwie an den Mann

bringen. (Abg. Premsberger: „Das ist aber noch angenehmer!“) Verehrte Damen und Herren, warum ist das passiert? Weil wir eine fleißige bäuerliche Bevölkerung haben. (Beifall bei der ÖVP.) Weil wir eine Bevölkerung haben, die heute in der Lage ist, fast zu 100 Prozent den Tisch des Volkes zu decken. Wir haben schon im Jahre 1962 versucht, den Kleinen zu helfen, denn gerade im Grenzraum gibt es mehr als 80 Prozent landwirtschaftliche Betriebe, die nur bis zu 5 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche besitzen. Im Jahre 1962 wurde der Verband steirischer Feldgemüsebauern gegründet, damit man auf kleiner Fläche auch ein dementsprechendes Einkommen erzielen kann. Und gerade durch die großen Insolvenzen im Grenzland überhaupt, möchte ich bitten, daß wir jenen Menschen, die versuchen, auf kleinster Fläche Sonderkulturen zu erzeugen, die Chance geben. Sie haben praktisch nur die Chance, wenn wir schnellstens ein Obst- und Gemüsegesetz in die Wege leiten, damit der Absatz gesichert wird. Es darf nicht sein, daß bei den schwarzen Johannisbeeren, die von den bäuerlichen Menschen mit Fleiß und Schweiß aufgebaut wurden, noch größere Rodungen stattfinden. Es darf nicht sein, so wie 1980, 1981, 1982 und auch 1983, daß der Beerenpreis zwischen 7 und 9 Schilling liegt. Verehrte Damen und Herren, ich selbst habe vor 20 Jahren schwarze Johannisbeeren angebaut und habe damals 8 Schilling Vertragspreis bekommen. Die Pflückkosten waren damals ein Schilling, jetzt bezahlen wir 3,50 bis 4,50 Schilling. Das ist ein Ruin der kleinen Existenzen, und ich möchte bitten, helfen wir zusammen, daß diese kleinen Existenzen weiterhin dort leben können, besonders im Grenzraum. Und ich möchte bitten — Sie können viel dazu beitragen —, kaufen Sie die steirischen Produkte, sagen Sie es Ihren Leuten, fahren Sie hinunter ins Grenzland zu den Weinbauern, zu den Buschenschenken. Wir brauchen kein Grenzlandinstitut steirischer Art, was da gegründet werden soll. (Abg. Hammer: „Kauft steirische und österreichische Traktoren!“) Du, bei mir gibt es nur Steyr-Maschinen, du kannst schauen kommen. Aber viele schreien: „Kauft steirische Waren“. Man braucht nur im Fernsehen schauen, da steht immer „Kauft österreichische Produkte“. Was ist denn bei der Gendarmerie, was ist bei der Post? Muß die Post mit Toyota-Maschinen fahren? Müssen russische Autos von der Polizei gekauft werden? (Abg. Hammer: „Richtig, ist nicht in Ordnung!“) Groß schreien, aber nichts dazu beitragen, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Wir müssen versuchen, den Lebensraum besonders des kleinen Menschen hier im Grenzraum wieder attraktiv zu gestalten. Tragen Sie damit auch dazu bei, daß die Grenze lebendig bleibt. Ich habe das schon einige Male gesagt, meine Damen und Herren. Die Grenze ist die Schale unserer Heimat. Und wenn die Schale in Gefahr ist, ist auch der Kern in Gefahr. Sie können mit gutem Willen dazu beitragen, daß die Grenze lebendig bleibt. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPO.)

**Präsident Feldgrill:** Zur Gruppe 7 „Landwirtschaft“ erteile ich dem Herrn Landesrat Simon Koiner das Schlußwort.

**Landesrat Ing. Koiner:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Im muß dieses Schlußwort, so unangenehm es ist, mit einem Geständnis beginnen, weil es zweifellos so ist, daß es zu den Pflichten des Landesrates für Land- und Forstwirtschaft gehört, auf die in der Debatte vorgebrachten Meinungen und Behauptungen einzugehen und seine Meinung dazu zu sagen, und auf der anderen Seite von dem zwar anmaßenden, aber vielleicht verständlichen Wunsche geleitet zu sein, in Frieden aus diesem Hause zu scheiden. Und auch in Betracht ziehen zu müssen, daß ich diese lange Budgetdebatte von mir aus um einiges verlängern muß. In einem solchen Falle muß man sich entscheiden — ich werde das Pflichtvergehen auf mich nehmen, zu den vorgebrachten Dingen im agrarischen Bereich nichts zu sagen.

Ich möchte eigentlich dieses Schlußwort benutzen, um zu sagen, daß ich dem Herrn Präsidenten des Steiermärkischen Landtages mit Schreiben mitgeteilt habe, daß ich meine Funktion in der Steiermärkischen Landesregierung mit Ende dieser Agrardebatte zurücklege, und ich muß dieses Haus um Verständnis bitten, daß das in einer dreitägigen, angespannten Zeit ist und daß das noch zusätzlich Ihre Zeit in Anspruch nimmt. Es ist deswegen geschehen, weil ich Ihnen ersparen wollte, da es in der Landesverfassung steht, wenn so etwas eintritt, ist unverzüglich der Landtag einzuberufen, daß wegen der Wahl eines Regierungsmitgliedes die Weihnachts- und Neujahrszeit damit belastet ist. Ich bitte um Verständnis für diese Maßnahmen, und ich bin es auch schuldig, zu sagen, was der Grund dafür ist, wenngleich es mir gar nicht so recht ist, daß diese Gründe eigentlich, sicher unbeabsichtigt, in der Presse schon zu lesen waren. Anspruch auf diese Erklärung hätte dieses Hohe Haus und hätten die zuständigen Gremien. Aber das haben wir nicht immer in der Hand, und ich bitte dies so aufzufassen. Nun der Grund: Meine Damen und Herren! Ich stehe im 63. Lebensjahr, und ich habe seit dem 18. Lebensjahr — Kriegsjahre eingerechnet — gearbeitet. Und wenn da und dort auch die Meinung vertreten ist, vielleicht nur als Herrenbauer, so nehme ich in Anspruch, daß ich in dieser Zeit schwer gearbeitet habe. Und in einem gewissen Alter läßt die Leistungswilligkeit und die Leistungsbereitschaft nach. Da muß man konsequent sein. Man kann nicht Landesrat bleiben, die Bezüge beziehen, einen Dienstwagen und einen Dienstfahrer beanspruchen und die Dinge dann nicht erfüllen aus dieser verminderten Leistungsbereitschaft, die einfach mit einem solchen Amt verbunden sind. Da muß man konsequent sein. Ich habe in der letzten Zeit hier viel Nachsicht gehabt, das ist im Prinzip eigentlich nicht angebracht. Das waren die Gründe, warum ich mich zu diesem Schritt entschlossen habe. Ich glaube, die Konsequenzen waren einfach unerläßlich. Ich möchte mich herzlich bedanken bei diesem Hohen Haus für die eigentlich über die Grenzen hinausgehende Art der Aufnahme, wie ich sie gefunden habe. Es ist das eine der schönen Erinnerungen, und es ist auch für mich eine der Zukunftshoffnungen für eine Zeit, die sicherlich nicht leichter werden wird, sondern — wie ich meine —

eher schwieriger. Ich möchte mich herzlich bedanken bei meinem Büro, beim Bürovorstand, Frau Dr. Klug, bei Herrn Dr. Puntigam, bei Herrn Glettler, die mir auch am Anfang in der „Lehrzeit“ eine großartige Hilfe waren und mit denen es überhaupt nie Probleme gegeben hat, im Gegenteil, jede Unterstützung von dort her, die ich gebraucht habe. Ich möchte mich herzlich bedanken bei den Abteilungsleitern jener Abteilungen, die bei mir ressortiert haben, bei der Rechtsabteilung 14, Wirkl. Hofrat Dr. Nopp, habe ich es gestern getan, er hat sich auch gestern verabschiedet, weil er heute eine familiäre Sache hat, auch in meinem Büro, und was eigentlich auch — wie hat er gesagt — einen harten Mann, Herr Abgeordneter Chibidziura, dann doch auch bewegt, ist, wenn ein solcher Mensch dann aus dem Büro mit Tränen hinausgeht. Ich möchte mich herzlich bedanken bei Herrn Wirkl. Hofrat Dr. Ressi der Rechtsabteilung 8, der mir jederzeit zur Verfügung gestanden ist mit seinen Herren. Den Hermann muß ich eigentlich dazusagen als Abteilungsleiter, Schulreferat eine erstrebenswerte Art der Zusammenarbeit, und kollegiale Verbundenheit mit Herrn Veterinärdirektor Neubauer, eine so positive Überraschung in seinem Alter als installierter Veterinärdirektor, daß ich mich sehr freue, daß dieses Amt nun so behauptet ist. Und Forstreferat, Dr. Kalhs, auch hier ist — glaube ich — ein guter Weg vor uns, der gerade auf diesem Gebiet so notwendig ist. Herzlichen Dank Ihnen allen und Ihren Mitarbeitern für die wirklich großartige Art und Weise, wie Sie meine Arbeit unterstützt haben.

Ich möchte zwei vielleicht doch namentlich erwähnen, und zwar nicht deswegen, weil es Namen sind, sondern weil es eine besondere Art ist, daß es diese Zusammenarbeit gegeben hat. Dir, Herr Landeshauptmann, über eine lange Zeit, und dem Pertl Buchberger in der Kammer. Ich möchte die zwei Namen deswegen erwähnen und Sie bitten, mir das nachzusehen, weil ich mir mit den zwei genannten Personen immer vorgekommen bin wie ein Ackergaul, der neben dem anderen eingespannt ist, und wo man halt miteinander versucht, einen Wagen durch die Zeiten und durch das Gelände zu ziehen.

Es bleibt mir abschließend, Ihnen allen in diesem Hohen Haus, meine Damen und Herren, alles Gute zu wünschen: Für Ihre Arbeit, die schwierig sein wird, die von dem Bemühen getragen sein wird, für die Menschen in diesem Lande da zu sein, und ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen, daß Ihnen die Realisierung dieses Vorhabens möglich sein wird. Eine Zeit wie jetzt birgt für jedes Parlament, und so auch für den Landtag, meine Damen und Herren, die große Gefahr, in Verbalpolitik auszuweichen, wenn die Probleme so groß werden, daß man sich fast nicht finden kann, hier eine Lösung anzubieten. Das ist die eigentliche Gefahr der Demokratie, das ist ein Ausweichen in der ersten Phase und eine ganz bittere Reaktion darauf. Ich weiß, wie leicht so etwas gesagt ist und wie schwer so etwas dann realisiert werden kann. Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, vor allem auch im Hinblick auf all das, was damit zusammen-

hängt, daß Ihnen das auch in der Zukunft in vollem Maß gelingen möge. Danke schön! (Allgemeiner sehr starker Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich gestatte mir, zu bemerken, daß es das erste Mal während der Budgetdebatte und der Gruppe 7 ist, daß ein Regierungsmitglied sein Amt zurücklegt. Ich möchte daher die Gelegenheit wahrnehmen, dem Herrn Landesrat Koiner recht viel Glück, Erfolg und Gesundheit weiterhin zu wünschen, und stelle den Antrag namens des Finanz-Ausschusses, der Gruppe 7 die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident Feldgrill:** Sie haben den Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist, möge ein Händezichen geben.

Die Gruppe 7 ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Sie haben aus dem Schlußwort des Herrn Landesrates Simon Koiner zum Abschnitt Landwirtschaft der Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1984 entnommen, daß er mit heutigem Tage sein Mandat als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zurücklegt. Es ist dies eine persönliche Entscheidung des Herrn Landesrates, die wir zu würdigen haben.

Herr Landesrat Koiner war in der Zeit vom 23. April 1968 bis 30. Juni 1980 Mitglied des Hohen Hauses. Am 4. Juli 1980 erfolgte seine Wahl zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung.

Seine weiteren Funktionen, wie Obmann des Steirischen Bauernbundes, Obmannstellvertreter des Osterreichischen Bauernbundes und Obmann des Steirischen Raiffeisenverbandes, weisen auf den breiten Bogen seines vollen Einsatzes im Interesse der steirischen Bevölkerung hin. Diese Einsatzbereitschaft hat Herr Landesrat Koiner stets durch seine sachkundigen, von großer Erfahrung getragenen Stellungnahmen und Reden unter Beweis gestellt.

Lieber Freund!

Wir verabschieden uns von dir mit aufrichtigem Dank für deine bisher geleistete Arbeit.

Im Namen der Damen und Herren des Hohen Hauses und ganz besonders in meinem eigenen Namen wünsche ich dir für deinen weiteren Lebensweg viel Glück. (Sehr starker allgemeiner Beifall.)

Nachdem Herr Landesrat Simon Koiner mit heutigem Tag sein Mandat zurückgelegt hat, ist es erforderlich geworden, ein neues Regierungsmitglied zu wählen.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird jede Wahl im Landtag mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich schlage im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Wahl durch Erheben einer Hand durchzuführen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Buchberger um Erstattung eines Wahlvorschlages.

**Abg. Buchberger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Leben muß weitergehen. Ich darf im Namen der Fraktion der Österreichischen Volkspartei als Nachfolger für den bisherigen Landesrat Simon Koiner Herrn Dipl.-Ing. Josef Riegler vorschlagen.

**Präsident Feldgrill:** Sie haben den Wahlvorschlag gehört. Ich ersuche die Damen und Herren, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, um ein Händenzeichen.

Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Damit ist Herr Dipl.-Ing. Josef Riegler zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt. (Allgemeiner Beifall.)

Ich ersuche Herrn Dipl.-Ing. Josef Riegler um die Erklärung, ob er die Wahl annimmt.

**Dipl.-Ing. Riegler:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke Ihnen für das Vertrauen, verspreche Ihnen, mit aller Kraft für das Land Steiermark zu arbeiten und nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Ich begrüße Herrn Dipl.-Ing. Josef Riegler als neuen Landesrat und bitte ihn, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Für seine kommende Tätigkeit in der Verantwortung als Mitglied der Landesregierung gelten ihm unsere besten Wünsche.

Wir kommen nun zur Gruppe 8, Dienstleistungen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kollmann:** Herr Präsident, Hohes Haus!

In der Gruppe 8, Dienstleistungen, finden wir die Posten für Liegenschaften, Grundbesitz, Wohn- und Geschäftsgebäude, für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, für die Forstgüter, Forstgärten und Baumschulen sowie für die wirtschaftlichen Unternehmungen des Landes, darunter die zusammengefaßten Verkehrsbetriebe, Reisebüros, Kongreßhäuser und sonstige wirtschaftliche Unternehmungen.

An Einnahmen sind für die Gruppe 8 präliminiert: 81,433.000 Schilling. An Ausgaben: 156,164.000 Schilling.

Die Gruppe 8 wurde im Finanz-Ausschuß beraten, und ich darf namens des Finanz-Ausschusses um Annahme der Ansätze bitten.

**Präsident Feldgrill:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 8 zustimmen.

Die Gruppe 8 ist somit einstimmig angenommen.

Gruppe 9, Finanzwirtschaft.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Strenitz:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, sieht für das Jahr 1984 Einnahmen in der Gesamthöhe von 9.472,614.000 Schilling vor. Als Ausgaben sind präliminiert: 2.446,752.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme.

**Präsident Feldgrill:** Ich unterbreche die Sitzung für kurze Zeit, bis die Landesregierung den neuen Landesrat angelobt hat, und erteile dann nach Abschluß der Gruppe 9 dem Herrn Landesrat Dr. Klausner das Wort. (Unterbrechung um 19.15 Uhr.)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (Wiederaufnahme der Sitzung um 19.20 Uhr.) Es liegt zur Gruppe 9 keine Wortmeldung vor. Ich bitte Sie um ein Händenzeichen, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 9 zustimmen.

Die Gruppe 9 ist einstimmig angenommen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Klausner. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dr. Klausner:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich zunächst für die verschiedenartigen Aufmerksamkeiten bedanken, die mir im Laufe der Budgetdebatte zuteil geworden sind.

Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Wortmeldung zur Gruppe 0 auch auf Prozentsteigerungen Bezug genommen, die sich im Rechnungsjahr 1982 in seinen Ressorts, beim Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und bei mir ergeben hätten. Ich kann sie leider aus dem Rechnungsabschluß 1982 heraus nicht nachvollziehen. Der gesamte ordentliche Haushalt hat 1982 Mehrausgaben von rund einer Milliarde 12 Millionen Schilling ergeben, das sind um 5,3 Prozent mehr als veranschlagt.

In den von mir verwalteten Bereichen wurden 2 Milliarden 296 Millionen Schilling veranschlagt, aber um 498 Millionen Schilling oder 21,7 Prozent mehr ausgegeben. Davon waren allerdings nur 7,8 Millionen Schilling oder 0,76 Prozent nicht durch entsprechende Mehreinnahmen bedeckt, weil es sich bei 238,5 Millionen Schilling um Umsatzsteuer handelt; denen entsprechende Gegenposten gegenüberstehen, bei 198 Millionen Schilling um Umschuldungsmaßnahmen, denen 200 Millionen Schilling an Mehreinnahmen gegenüberstehen, und bei 53,6 Millionen Schilling um Zuführungen und gleichzeitig Ausgaben in derselben Höhe, die aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds resultieren.

Auch die Ansätze für Veranstaltungen, Verfügungsmittel und Ehrungen der gesamten Landesregierung werden von der Rechtsabteilung 10 verwaltet und haben 1982 Mehrausgaben von einer Million 631.000 Schilling oder 24,2 Prozent ergeben. Im Vorjahr hat der damalige Abgeordnete Ing. Turek kritisiert, daß dem Voranschlag Investitionssummen nicht zu entnehmen seien. Heuer findet sich auf Seite XXIV im Band I eine solche Zusammenstellung. Danach sind insgesamt Investitionen ins eigene Vermögen und Investitionsförderungen von 4.846.000.000 Schilling vorgesehen, das sind um 21,8 Prozent mehr als im Vorjahr. 1983 waren es 4,519 Millionen Schilling oder 21,7 Prozent. Absolut haben wir heuer eine Steigerung von 327 Millionen Schilling zu verzeichnen. Ich freue mich, daß die Diskussion um die sogenannte Beschäftigungsgarantie manches in Bewegung gebracht hat. Insbesondere dort, wo es um die Klärung und Definition des Begriffes geht. Die Ausführungen des Herrn Kollegen DDr. Steiner habe ich so verstanden, daß diese Garantie nicht für einen Betrieb, sondern für eine Region Geltung haben sollte. Mir ist allerdings nicht bekannt, daß außerhalb der verstaatlichten Industrie irgendein Unternehmer die Bereitschaft zu einer solchen Aussage bekundet habe. Jedenfalls waren die Verteidigungsthesen des Herrn Prof. Tichy bei der Diskussion mit Staatssekretär Lacina völlig eindeutig auf die verstaatlichte Industrie allein bezogen. Wir werden ja sehen, was die geänderten Vorschläge des Landes nunmehr zur Folge haben werden.

Zum Jahresende haben wir ein paar erfreuliche Nachrichten erhalten. Die Deutsche Bundesbank hat das Geldmengenziel für 1984 so festgesetzt und den dazugehörigen Kommentar so formuliert, daß kein Zweifel überbleibt. Sie geht klar davon aus, daß der Konjunkturaufschwung und dessen Finanzierung gesichert sei. Zu einer in der Tendenz ähnlichen Aussage, wenn auch mit einigen Vorbehalten, ist der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, Dr. Krammer, gekommen. Wir dürfen daher davon ausgehen, daß die Annahmen vor allem auf der Einnahmenseite des Budgets auch tatsächlich realisiert werden können. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, daß dem steirischen Landeshaushalt mit seinen rund 23 Milliarden Schilling große Bedeutung für die Wirtschaft und die Gesellschaft dieses Landes zukommt. Wir haben über die Verwendung dieser Mittel diskutiert, verhandelt und uns geeinigt. Wir hoffen, daß die Steuerzahler mit den erzielten Kompromissen einigermaßen zufrieden sind, danken ihnen und für ihre Arbeit und ihre Leistung und hoffen, daß es uns gemeinsam gelingen wird, auch das Jahr 1984 erfolgreich zu bestehen. Ich habe allen, die an der Erarbeitung des Voranschlages mitgewirkt haben, insbesondere den Beamten der Rechtsabteilung 10 mit Herrn Hofrat Dr. Kriegseisen, zu danken, aber auch den Herren der Landesbuchhaltung, mit Herrn Hofrat Ramschak, die die ordnungsgemäße Durchführung laufend gewährleisten und überwachen. Schließlich wünsche ich namens meiner Parteifreunde und unseres Parteiobmannes Hans Gross Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, aber auch allen Steirerinnen und Steirern eine erfolgreiche Arbeit in einem

friedlichen 1984 und danke Ihnen für die Zustimmungen zu diesem Landesvoranschlag. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt ist bekanntlich unterteilt in ein Normalprogramm und ein Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm mit einer Schlußsumme von 830,254.000 Schilling. Ich bitte im Namen des Finanz-Ausschusses um Annahme.

**Präsident Feldgrill:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört, wenn Sie ihm die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Händenzeichen. Der außerordentliche Haushalt ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu den 30 Beschlüßanträgen des Landesvoranschlages 1984. Ich schlage vor, in zwei Teilen abstimmen zu lassen.

Im ersten Teil: 27 Beschlüßanträge, die von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden, ein Beschlüßantrag, der von der Sozialistischen Partei Österreichs und der Freiheitlichen Partei Österreichs unterstützt wird, die Österreichische Volkspartei jedoch mitstimmt, und ein Beschlüßantrag, der von der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs unterstützt wird, die Sozialistische Partei Österreichs jedoch mitstimmt; und im zweiten Teil: über den Beschlüßantrag, der nur von der Österreichischen Volkspartei unterstützt wird. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut: Der Ansatz 050015-8170 „Entschädigungen für Kontrolltätigkeit des Landes und bei Beteiligungen bei Haftungen“ in der Höhe von 3,4 Millionen Schilling bei den Einnahmen in der Gruppe 0 entspricht nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten nicht der Budgetwahrheit. Es handelt sich hierbei um Haftungsprovisionen des Landes, die in der Gruppe 9 in Ansatz zu bringen gewesen wären. Nachdem die Kosten der Aufsicht- und Kontrolltätigkeit der vom Land entsandten Vertreter durch die betroffenen Gesellschaften nicht refundiert werden, ist dies auf der Einnahmenseite des Landesvoranschlages entsprechend darzustellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern die Landesregierung auf, im nächsten Landesvoranschlag dieser Tatsache Rechnung zu tragen und der Budgetwahrheit zu entsprechen.

Ich frage nun den Herrn Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Hans Brandl, ob er den Antrag stellt, über die Beschlüßanträge in dieser Reihenfolge abzustimmen.

**Abg. Brandl:** Herr Präsident, ich stelle diesen Antrag.

**Präsident Feldgrill:** Ich ersuche nun die Damen und Herren, die den 29 Beschlüßanträgen des ersten Teiles des Mündlichen Berichtes Nr. 31 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Beschlusanträge des ersten Teiles sind somit angenommen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, welche dem Beschlusantrag der Österreichischen Volkspartei des zweiten Teiles zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei angenommen ist. Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hubert Schwab. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schwab:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der detaillierte Dienstpostenplan liegt Ihnen auf. Er unterteilt sich in fünf Bereiche: Erstens in die Hoheitsverwaltung, der Landesrechnungshof scheint erstmals in einem Budget mit 27 Dienstposten auf, das Amt der Landesregierung insgesamt mit 2786, dazu kommen die Sozialhilfverbände mit 363, das Bauwesen mit insgesamt 2665, insgesamt beträgt die Summe in der Hoheitsverwaltung 5841.

Der zweite Bereich ist der Bereich der Sanitätsanstalten einschließlich der Schulen für Sanitätspersonal und die Landesaltenpflegeheime, 8783 Dienstposten.

Der dritte Bereich sind sonstige Dienststellen mit 1730.

Der vierte Bereich sind die Wirtschaftsbetriebe mit 527. Insgesamt direkte Dienstposten beim Land Steiermark 16.881, das ist ein Plus von 44 gegenüber dem Jahr 1983.

Als fünfter Teil, als Durchlaufer praktisch für das Land, kommen noch die Pflichtschullehrer sowie Lehrer an landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen dazu. Hier sind 13.012,6 Dienstposten angegeben.

Ich ersuche um Annahme.

**Präsident Feldgrill:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie kennen die Ansätze des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

**Präsident Feldgrill:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen.

Damit ist der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan einstimmig angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 423/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

**Abg. Brandl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verzichte auf ein Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme.

**Präsident Feldgrill:** Wer mit den Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 423/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Einstimmige Annahme!

Damit sind der Landesvoranschlag, der Dienstpostenplan und der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan einstimmig angenommen.

**5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 92/12, zum Antrag der Abgeordneten Sponer, Omer, Brandl, Freitag und Genossen, betreffend die Ausbezahlung der Kindergartenbeihilfen an die Kindergartenerhalter.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Sponer.

**Abg. Sponer:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die gegenständliche Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich die Damen und Herren des Hohen Hauses um die Zustimmung zu dieser Vorlage.

**Präsident Feldgrill:** Keine Wortmeldung. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer ihm die Zustimmung erteilt, möge ein Händenzeichen geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 417/1, Beilage Nr. 49, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieses Gesetz bildet die Grundlage zur Finanzierung von Investitionsvorhaben und Investitionsförderungsmaßnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1984. Ich ersuche um Annahme.

**Präsident Feldgrill:** Sie haben den Antrag gehört. Ich ersuche die Damen und Herren, die ihm die Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 418/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Wohnung Nr. 10, Feldbach, Turnerweg 3, an ORR. Mag. Helmut Krasser zum Preis von 301.340 Schilling.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tramusch, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Trampusch:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß behandelt, und ich darf namens dieses Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, den Ankauf zu den genannten Bedingungen zu beschließen.

**Präsident Feldgrill:** Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 419/1, betreffend die Ermächtigung zur Ersteigerung der Betriebsliegenschaft EZ. 151, KG. Radersdorf, GB. Fürstenfeld, durch das Land Steiermark, sowie für den Fall der Ersteigerung Ermächtigung zur Einräumung einer Kaufoption zugunsten der Firma Xaver Haas, Holzbau, D-8355 Falkenberg, hinsichtlich der Liegenschaft EZ. 151, KG. Radersdorf.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrammel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Vorlage hat der Finanz-Ausschuß einstimmig beraten, und ich ersuche um Annahme.

**Präsident Feldgrill:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sollten Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 421/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 2, KG. Pircha, Gerichtsbezirk Gleisdorf, an Herrn Erich Ladler, 8051 Graz, Schippingergasse 55.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Trampusch:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Auch diese Vorlage hat der Finanz-Ausschuß einstimmig beschlossen, und ich darf daher namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, die Vorlage anzunehmen.

**Präsident Feldgrill:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 424/1, über die Bedekung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1983.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gesamtsumme beträgt 245.624.129,23 Schilling. Die Bedeckung und Aufgliederung ist in der Regierungsvorlage enthalten.

Ich ersuche um Annahme.

**Präsident Feldgrill:** Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses um ein Zeichen mit der Hand, falls Sie dem Antrag zustimmen

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 425/1, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 243, KG. Freidorf a. L., Gerichtsbezirk Deutschlandsberg, mit dem Wohnhaus Frauental, Glinzer Straße 26, gemeinsam mit dem Sozialhilfverband Deutschlandsberg.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Trampusch:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Auch der gegenständliche Antrag ist im Finanz-Ausschuß einhellig beraten worden, und ich darf namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, diesen Antrag anzunehmen.

**Präsident Feldgrill:** Keine Wortmeldung. Ich lasse abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 427/1, betreffend den Erwerb der Betriebsliegenschaften der Firma Felten & Guillaume, Stahl- und Walzwerk Diemlach, Gesellschaft m. b. H., 8605 Kapfenberg-Diemlach, und zwar der EZ. 16, KG. Diemlach, GB. Bruck, und EZ. 113, KG. Diemlach, GB. Bruck, im Gesamtflächenausmaß von 107.257 Quadratmetern um den Kaufpreis von 18,5 Millionen Schilling, zuzüglich 10 Prozent Grunderwerbsnebenkosten in Höhe von 1.850.000 Schilling, insgesamt also um den Betrag von 20.350.000 Schilling, durch das Land Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kollmann:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Betriebsliegenschaft der ehemaligen Firma Felten & Guillaume in Kapfenberg wurde von einem Amtssachverständigen mit 24.251.000 Schilling geschätzt. Das Land kann diese Liegenschaft um insgesamt 20.350.000 Schilling erwerben.

Der Finanz-Ausschuß stellt den Antrag, diesen Kauf zu genehmigen.

**Präsident Feldgrill:** Ich lasse abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**13. Bericht über den selbständigen Antrag des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 514/1, Beilage Nr. 52, Gesetz, mit dem das Landesverfassungsgesetz 1960, das Landesbeamtengesetz 1974, die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz 1974, das Steiermärkische Gemeindevertragsbedienstetengesetz 1962 und das Steiermärkische Bezügegesetz geändert werden.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum Antrag des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, betreffend den Privilegienabbau, darf ich mitteilen:

Der Antrag sieht vor:

Erstens: Öffentlich Bedienstete des Landes, der Gemeinden und der Stadt Graz, die ein Landtagsmandat ausüben, bleiben — wie schon bisher — grundsätzlich im Dienststand ihrer Gebietskörperschaft. Ihr Bezug wird jedoch mit 1. Jänner 1984 um 25 Prozent gekürzt.

Zweitens: Sollte die Tätigkeit eines Landtagsabgeordneten als Beamter mit der Ausübung seiner Mandatsfunktion aus verschiedenen Gründen unvereinbar sein, so ist dem Beamten zunächst ein zumutbarer anderer Arbeitsplatz zuzuweisen. In Ermangelung eines solchen ist die Außerdienststellung des Beamten durchzuführen. Beantragt der Beamte seine Versetzung in den Ruhestand, so ist sie zu bewilligen.

Drittens: Übt der in den zeitlichen Ruhestand versetzte Beamte sein Mandat nicht mehr aus, so ist er auf seinen Antrag hin wieder in den Dienststand aufzunehmen.

Viertens: Wird der Beamte in seiner Ausübung des Mandates außer Dienst gestellt, so gebührt ihm ein Ruhebezug, wie wenn er in den zeitlichen Ruhestand versetzt worden wäre, jedoch höchstens 75 Prozent seines Aktivbezuges.

Fünftens: Der Pensionsbeitrag der Mitglieder des Steiermärkischen Landtages wird von gegenwärtig 7 Prozent auf 13 Prozent, jener der Regierungsmitglieder von gegenwärtig 9 Prozent auf 16 Prozent erhöht.

Sechstens: Fallen innerhalb eines Jahres zwei Abfertigungsansprüche aus zwei verschiedenen Mandatsfunktionen an, so gebührt nur noch einer, nämlich der höhere Anspruch.

Siebtens: Für Abgeordnete und Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung wird ein absoluter Pensionsplafond in der Höhe des Landeshauptmannsbezuges eingezogen.

Achtens: Diese gesamte Neuregelung im Verein mit der vollen Besteuerung des Politikerbezuges ab 1. Jänner 1984 und den neuen Offenlegungsvorschriften für Regierungsmitglieder macht die als Vorleistung ergangene Einfrierung der steirischen Politikerbezüge seit dem 1. Jänner 1983 gegenstandslos. Sie entfällt künftig.

Gleichzeitig mit der Verabschiedung dieses Antrages — einstimmig im Ausschuß — haben die drei im Steiermärkischen Landtag vertretenen Parteien die Erklärung abgegeben, daß sie nach dem Vorliegen der Beratungsergebnisse und Empfehlungen der von der Landeshauptleutekonferenz eingesetzten Kommission die Gesamtproblematik im Hinblick auf weitere, über die gegenständliche Lösung hinausgehende Regelungen verhandeln werden.

Ich ersuche namens des Ausschusses um Annahme des Antrages.

**Präsident Feldgrill:** Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**14. Bericht des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 380/1, Beilage Nr. 42, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut geändert wird.**

Berichterstatter ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher:** Der Antrag umfaßt zwei Punkte: Erstens: Das Problem von Bürgermeistern, die eine Ausgleichszulage neben einer sonstigen Pension erhalten. Mit dieser gesetzlichen Regelung soll erreicht werden, daß das Land die ihnen sonst entfallende Ausgleichszulage ersetzt.

Zweitens: Das mit dem Einfrieren der Politikerbezüge in Zusammenhang stehende Einfrieren der Pensionsbezüge von Bürgermeistern sowie der Bezüge von Witwen und Waisen wird saniert.

Ich ersuche namens des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses um Annahme des Antrages.

**Präsident Feldgrill:** Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses um ein Zeichen mit der Hand, falls sie dem Antrag zustimmen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieser Landtag hat, obwohl vermutlich jedes Mitglied des Hohen Hauses und auch die vielen Journalisten und Zuhörer immer wieder einmal stöhnen und ächzen über die Länge und über diese oder jene Auseinandersetzung oder Redeschlacht, doch immer wieder seine Höhepunkte und auch seine großen Augenblicke, um das abgegriffene Wort von den Sternstunden nicht zu strapazieren. Ein solcher großer Augenblick war ganz sicher, jedenfalls für mich, und ich habe den Eindruck, daß das ganze

Haus es so empfunden hat, das Abschiedswort des Simon Koiner. Und eigentlich sollte man ihm nicht viel hinzufügen. Wir alle wissen, daß er ein Mann ist, der aus der Kriegsgeneration gekommen ist, der als obersteirischer Bauer mit den Wurzeln seines Vaters im früheren Landbund aus dem nationalen Teil der steirischen Bauernschaft stammt und der — so erinnere ich mich jedenfalls zurück — bei seinem ersten Auftreten als Abgeordneter in diesem Hohen Hause, ich bin als Zuschauer auf der Galerie gewesen, schon einen sehr überzeugenden Eindruck hinterlassen hat. Jene, die damals auch dabei waren, erinnern sich daran. Er war ja in diesem Sinn, in dem wir das vom Alter her sagen wollten, kein Newcomer, sondern ein Mann mit einem gerüttelten Maß auch an politischer Erfahrung als Kammerobmann seines Heimatbezirkes und als neugewählter Abgeordneter. Jedenfalls hat sich schon damals mit aller Deutlichkeit der Grundtenor seines Wesens auch hier gezeigt, nämlich einerseits spritzig und mit einiger Härte sich in eine Auseinandersetzung zu begeben, auch in Kontroversen zu begeben, dabei aber das Augenmaß zu halten, den politischen Gegner in seiner Position richtig einschätzend, jene Linie zu finden, die letztlich zu einem Erfolg der Sache beiträgt.

Es war für mich persönlich ein großes Erlebnis, als er als neugewählter Obmann des Steirischen Bauernbundes, der ja manches Mal auch sehr zurückhaltend reden konnte und ohne große innere Bewegung von seinem Bauernhof geredet hat, vom steirischen Bauernbund, sozusagen diesen Saal im Raiffeisenhof damals — ich erinnere mich gut zurück — tief beeindruckt hat, auch emotional. Als er dann in die Nachfolge des großen Josef Wallner trat, dieses oststeirischen Bauernführers, als Präsident der Steirischen Kammer, da hatte er sein ganz eigenes Profil und auch dieses Gewicht einer Persönlichkeit, die geformt durch das Leben, auch durch die Härte des Lebens, eine innere Deckung dessen ausstrahlt, was er sagt. Und ich glaube, das ist auch so geblieben, als er es auf sich genommen hat, ein Mitglied der Landesregierung zu werden. Ich habe mir schon erlaubt, heute früh zu sagen, drüben in unserem Klub, daß ja das Amt der Präsidenten der Steirischen Kammer ein stolzes Amt eines Herrenbauern im guten Sinne des Wortes ist, und ich bin sehr froh, daß er zur Definition dieses Begriffes in seinem Schlußwort auch einiges beigetragen hat, während die Mitwirkung in diesem neunköpfigen Gremium ja der Dienst an einer größeren Führungsgruppe ist, allerdings mit demselben Ziel. Und das ist auch ein wichtiges Beispiel, wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen, nicht nur, daß ich ihm persönlich sehr herzlich danke, weil ich weiß, daß dies ein Akt seiner persönlichen Freundschaft gewesen ist, die Ackergäule, von denen er geredet hat, haben das so verstanden, und daß er es auf sich genommen hat, obwohl er damals — er hat nicht oft davon geredet — eigentlich von seiner Gesundheit her nicht unbedingt sich ein neues schweres Amt antun hätte müssen. Daher haben wir es auch verstanden und gewürdigt, daß er gesagt hat: „Ich bin dir beigestanden, habe meine Aufgabe erfüllt in diesen Jahren.“ Nun holen wir jenen Steirer aus Wien zurück, der dort im Parla-

ment am Ring eine der profiliertesten Erscheinungen gerade auch der jüngeren Abgeordnetengeneration gewesen ist. Ich möchte dem Simon Koiner sehr, sehr herzlich danken. Der Präsident dieses Hauses hat es schon getan, und aus der Haltung, aus dieser nonverbalen Kommunikation dieses — wie ich glaube — großen Augenblicks war spürbar, daß jeder eigentlich in diesem Saale von einer solchen Gesinnung getragen war.

Natürlich kommt einem bei der Gelegenheit auch in Erinnerung, was der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und was auch der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Rader, anlässlich des Abganges des Präsidenten Hanns Koren ausgesprochen haben und was ich die Ehre gehabt habe, auch zu sagen: Dieses Land ist reich an großen Persönlichkeiten. Wir müssen dankbar dafür sein. In der Nachfolge sozusagen des obersteirischen Bauernführers Anton Pirchegger und des oststeirischen Josef Wallner hat Simon Koiner die Agrarpolitik, aber darüber hinaus auch die Landespolitik ganz allgemein, vor allem auch im Wohnbaubereich, entscheidend geprägt. Mit ihm geht natürlich auch eine Generation. Und so, wie wir vor drei Jahren die Kriegsgeneration abgelöst haben und in die hohen Ämter berufen wurden, so wird nun ein Mann in dieses Amt eintreten — und ist von Ihnen einstimmig gewählt worden —, der wiederum einer Generation angehört, die eigentlich schon eine junge Generation repräsentiert. Das möchte ich mir erlauben, auch zu sagen: Das ist ein Zeichen der Dynamik und der inneren Kraft, auch der Politik dieses Landes, daß auch im Ablauf der Generationen jene Männer sichtbar werden, auch in diesem Hohen Haus, die das Morgen prägen werden, die das Übermorgen in diesem Land prägen werden. Und Simon Koiner hat es ausgesprochen, und wir alle haben es so empfunden: Es wird die große Aufgabe auch dieser, unserer und der nächstfolgenden Generationen sein, trotz aller großen Probleme, Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen, die es auch diesmal in den drei Tagen wieder gegeben hat, redlich den Dienst an diesem Land und möglichst gemeinsam zu vollziehen.

Ich kann nicht bestreiten, daß mich der Beitrag des Präsidenten der Arbeiterkammer am heutigen Vormittag, insbesondere in diesem letzten, frei gesprochenen Teil, gerade auch zu dieser Haltung tief beeindruckt hat, weil er auch einer Generation angehört, die den Krieg erlebt hat und die dieses Land wieder aufgebaut hat.

Meine Damen und Herren, wir wollen uns bemühen, in einer guten Gesinnung die Jahre, die vor uns liegen, wirklich auch mit Problemlösungen zu bedenken, die dem Ganzen dienen. Niemand weiß, was dieses Jahr 1984 bringen wird, und es wird nicht nur einfach die Fortschreibung des Jahres 1983 sein, es wird viel Neues bringen — im wahren Sinne des Wortes. Wir haben es eigentlich heuer erstmals erlebt — ich jedenfalls persönlich habe es so empfunden —, daß diese Welt wirklich und ganz tief bedroht ist. Das ist ein Bewußtsein, das sich in unseren Tagen ausbreitet. Es gibt so etwas wie eine Stimmung von Gefahr, die über unserer Welt liegt, über der großen und auch über unserer

kleinen Welt. Wir wollen keine falschen pathetischen Töne in diese Stunde tragen, aber der Appell auch dieses Jahres an uns bedeutet, daß wir in der Gesinnung derer, die zusammen die Not lindern wollen, Wege in die Zukunft weisen wollen, die wirklich gegangen werden. Da danke ich Ihnen allen in diesem Hohen Hause. Das ist keine Anmaßung, wenn ich das als Landeshauptmann sage, sondern das kommt aus einem dankbaren Herzen im wahrsten Sinne des Wortes. Das gilt für die Herren, die hier auf dieser Regierungsbank sitzen, und vor allem dem einen, der sie gerade verlassen hat, das gilt aber auch für alle, die auf den Bänken des Hohen Landtages ihren Platz haben.

Und ich möchte darüber hinaus auch ein Wort des Dankes sagen — ohne Anbietung sage ich das; wir schauen uns da oft direkt ins Auge — dem Herrn Landesrat Dr. Christoph Klauser auch für seine Arbeit an diesem Landesbudget — es war schwierig, es hat Auseinandersetzungen gegeben, es ist ein gemeinsames Budget geworden, wir alle stehen dazu — und mit ihm auch seine Beamten, die mit großem Einsatz und mit viel Engagement diese Aufgabe über die Pflicht des Tages hinaus erfüllen.

Ich möchte auch jenen danken, die mit Ende dieses Jahres in Pension gehen. Wir haben jeweils in den einzelnen Referaten diesen Dank ausgesprochen, auch persönlich, und unseren vielen Mitarbeitern in der Landesverwaltung. Dieser Dank gilt aber auch den Stenographinnen hier und den Herren auf der Journalistenbank, die das in der jeweils eigenen Interpretation, die die Demokratie unseres Landes so lebendig macht, hinaustragen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend in diesem Rosegger-Jahr ein Rosegger-Zitat sagen. Es ist vor über 100 Jahren geschrieben worden und hat eine ungeheure Aktualität, wie so vieles, was dieser große Mann aus der steirischen Waldheimat geschrieben hat. Er schreibt: „Man sollte sich öfter daran erinnern, daß unsere politischen Parteien, die uns so viele Sorgen und Widerwärtigkeiten machen, an sich notwendig und daher

berechtigt sind.“ Und ich würde in Klammer dazu sagen: Gerade im Anhang an das, was man Privilegienabbau nennt, ist dieses Wort mutatis mutandis zu verstehen. Er sagt abschließend: „Sie bilden untereinander gleichsam ein Gegengewicht, eine Einheit. Wenn eine Partei wegfiel, ginge es noch schiefer als es ohnehin geht.“ Ein steirisches Glück auf. (Allgemeiner starker Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Meine verehrten Damen und Herren!

Nach einer Dauer von fast 33 Stunden haben sich 55 Abgeordnete und 9 Regierungsmitglieder zu insgesamt 147 Wechselreden gemeldet. Damit hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1984 und die auf der Tagesordnung stehenden weiteren Punkte beendet und das Arbeitsjahr abgeschlossen.

Es wurden 85 Anträge von Abgeordneten, 160 Regierungsvorlagen, davon 13 Gesetzesvorlagen, zwei Anzeigen und zwei dringliche Anfragen eingebracht sowie 163 Beschlüsse, darunter 15 Gesetzesbeschlüsse, gefaßt. Außerdem wurden bei vier Landtagsitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 52 Anfragen von Abgeordneten eingebracht.

Von besonderer Bedeutung war auch die Arbeit der Landtags-Ausschüsse, welche in 55 Sitzungen die vom Landtag beschlossenen Vorlagen vorbereitet haben.

Der Ablauf der diesjährigen Budgetsitzung war gezeichnet von den Sorgen um unsere Betriebe und Arbeitsplätze, von den Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Umweltprobleme und der großen Sorge um den Frieden in der Welt.

Wir hoffen, diese vor uns liegenden Probleme und Schwierigkeiten meistern zu können.

Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren im Hohen Haus, wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest sowie viel Glück und Gesundheit für das Jahr 1984.

Ich danke Ihnen, die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner starker Beifall. Ende der Sitzung: 20.05 Uhr.)